

**MASTER  
NEGATIVE  
NO. 94-82086-3**

## **COPYRIGHT STATEMENT**

The copyright law of the United States (Title 17, United States Code) governs the making of photocopies or other reproductions of copyrighted materials including foreign works under certain conditions. In addition, the United States extends protection to foreign works by means of various international conventions, bilateral agreements, and proclamations.

Under certain conditions specified in the law, libraries and archives are authorized to furnish a photocopy or other reproduction. One of these specified conditions is that the photocopy or reproduction is not to be "used for any purpose other than private study, scholarship, or research." If a user makes a request for, or later uses, a photocopy or reproduction for purposes in excess of "fair use," that user may be liable for copyright infringement.

The Columbia University Libraries reserve the right to refuse to accept a copying order if, in its judgement, fulfillment of the order would involve violation of the copyright law.

Author:

**Salzer, Erwin**

Title:

**Austausch von  
technischen...**

Place:

**[Berlin]**

Date:

**[1927]**

94-82086-3

MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES  
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD

BUSINESS  
225  
Sa34 Salzer, Erwin.  
Austausch von technischen erfahrungen und er-  
findungen im rahmen von unternehmerverbänden ...  
von ... Erwin Salzer. [Berlin, Schaal, 1927]  
95 p. diags. 22 cm.  
  
Thesis, Technische hochschule Darmstadt.  
Bibliography: p. 93-95.

RESTRICTIONS ON USE:

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm

REDUCTION RATIO: 12x

IMAGE PLACEMENT: IA IIA IB IIB

DATE FILMED: 5/25/94

INITIALS: DG KLB

TRACKING #: MSH 00982

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.



2.5 mm

1234567890

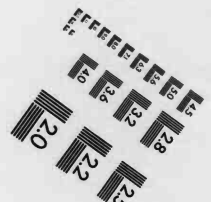
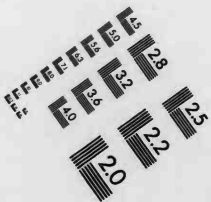
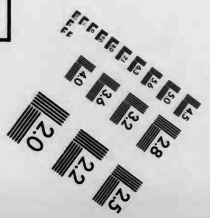
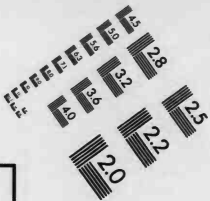
2.0 mm

ABCDEFGHIJKLMN O P Q R S T U V W X Y Z  
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

1.5 mm

ABCDEFGHIJKLMN O P Q R S T U V W X Y Z  
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

# PM-MGP 13"x18" METRIC GENERAL PURPOSE TARGET PHOTOGRAPHIC



150 mm

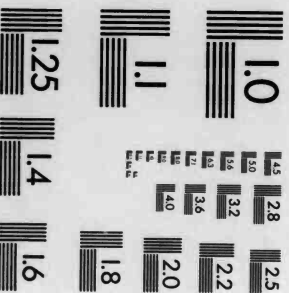
100 mm

1.0 mm

1.5 mm

2.0 mm

2.5 mm



ABCDEFGHIJKLMN O P Q R S T U V W X Y Z  
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

ABCDEFGHIJKLMN O P Q R S T U V W X Y Z  
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

ABCDEFGHIJKLMN O P Q R S T U V W X Y Z  
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

ABCDEFGHIJKLMN O P Q R S T U V W X Y Z  
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

A5

A4

## PRECISION<sup>SM</sup> RESOLUTION TARGETS



1303 Geneva Avenue  
St. Paul, MN 55119

4.5 mm

ABCDEFGHIJKLMN O P Q R S T U V W X Y Z  
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

3.5 mm

ABCDEFGHIJKLMN O P Q R S T U V W X Y Z  
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

Univ. Exchange JUL 12 1927

**Austausch von technischen  
Erfahrungen und Erfindungen**  
**im Rahmen von  
Unternehmerverbänden**

Von  
Dipl.-Ing. E. Salzer

1927

Druck: J. Schaal G. m. b. H., Berlin C 2

D 225

D225 Sa34

Columbia University  
in the City of New York

LIBRARY



School of Business

**Austausch von technischen  
Erfahrungen und Erfindungen  
im Rahmen von  
Unternehmerverbänden**

Von der  
**Abteilung für Kultur- und Staatswissenschaften  
der Technischen Hochschule Darmstadt**  
zur  
Erlangung der Würde eines Doktor-Ingenieurs  
genehmigte Dissertation.

Vorgelegt von  
Dipl.-Ing. Erwin Salzer

# Austausch von technischen Erfahrungen und Erfindungen

im Verein  
Unternehmerverbänden

1. Referent:  
Prof. Dr. Muss

2. Referent:  
Geheimrat Prof. Dr. Aron

D 225

Sa 34

## Inhaltsangabe.

|   |         |
|---|---------|
| I. Einleitung und Aufgabenstellung . . . . .                                    | Seite 7 |
| II. Grundlegung . . . . .   | " 9     |
| III. Der Austausch von Erfahrungen . . . . .                                    | " 15    |
| IV. Die Ingenieurverbände . . . . .   | " 23    |
| V. Der Austausch von Erfindungen . . . . .                                      | " 35    |
| VI. Das Patentkartell . . . . .   | " 48    |
| VII. Formen und Rechtslage des Patentkartells . . . . .                         | " 53    |
| VIII. Patentkartelle in Deutschland und in den Vereinigten<br>Staaten . . . . . | " 61    |
| IX. Die monopolistische Tendenz des Patentkartells . . . . .                    | " 83    |
| X. Schlußbetrachtung . . . . .  | " 89    |

## Inhaltsverzeichnis

|                                      |    |
|--------------------------------------|----|
| I. Einleitung                        | 1  |
| II. Die Aufgaben der Elektrochemie   | 10 |
| III. Die Aufgaben der Elektrochemie  | 10 |
| IV. Die Aufgaben der Elektrochemie   | 10 |
| V. Die Aufgaben der Elektrochemie    | 10 |
| VI. Die Aufgaben der Elektrochemie   | 10 |
| VII. Die Aufgaben der Elektrochemie  | 10 |
| VIII. Die Aufgaben der Elektrochemie | 10 |
| IX. Die Aufgaben der Elektrochemie   | 10 |
| X. Die Aufgaben der Elektrochemie    | 10 |

## Vorwort.

Vorliegende Arbeit bezieht sich auf ein Problem, das bisher in der Literatur noch kaum behandelt wurde. Bei ihrer Abfassung ergab sich die Schwierigkeit, Kenntnis von Vereinbarungen in der Industrie zu erhalten, von denen die Öffentlichkeit im allgemeinen nur in oberflächlicher Weise oder garnicht unterrichtet wird, sowie viele Fachgebiete begehen zu müssen, durch deren Gesamtheit der Einzelne den Weg nur schwer finden kann. Soweit mir dies gelungen ist, verdanke ich es der Hilfe der beiden Referenten meiner Arbeit, Herrn Prof. Dr. Muss und Herrn Geheimrat Dr. Aron, ferner Herrn Direktor Lupescu (Wayss & Freytag A.-G., Frankfurt a. M.), Herrn Direktor Matthias (Studiengesellschaft für Höchstspannungsanlagen, Berlin), Herrn Dr.-Ing. Dorfner (Forschungsgesellschaft vereinigter Porzellanfabriken m. b. H., Meiningen), Herrn Direktor Dr. Hamburger (AEG., Berlin), Herrn Prof. Dr. Marr (Universität Frankfurt a. M.), Herrn Dipl.-Ing. Kaiser, Patentanwalt (Frankfurt a. M.) und Herrn Dr. Schreier (Wien).

Allen diesen Herren bringe ich hier meinen Dank für die mir zuteil gewordene Unterstützung zum Ausdruck.

## Der Verfasser

## Vorwort

Vorwort. Diese Arbeit ist ein Versuch, die in der Literatur über den Wettbewerb im technischen Produktionsprozeß vorliegenden Erkenntnisse zu einer systematischen Darstellung zu bringen. Sie ist in drei Teile gegliedert: I. Einleitung und Aufgabenstellung, II. Der Wettbewerb im technischen Produktionsprozeß, III. Der Wettbewerb im Güterverkehr. Der erste Teil enthält eine allgemeine Darstellung des Wettbewerbs im technischen Produktionsprozeß, der zweite Teil eine Darstellung des Wettbewerbs im Güterverkehr, der dritte Teil eine Darstellung des Wettbewerbs im Güterverkehr.

## Der Wettbewerb

## I. Einleitung und Aufgabenstellung.

Zusammenarbeiten, Erfahrungen und Erfindungen austauschen! Dies sind Forderungen, die erhoben wurden, um den technischen Produktionsprozeß zu rationalisieren. Sie gingen meist von Ingenieuren aus und wurden unter ihnen beinahe zu Schlagworten. Wirtschaftswissenschaftliche Kreise hingegen äußerten gegenüber derartigen Forderungen Bedenken, in der Meinung, daß ein Austausch von Erfahrungen und Erfindungen nur in jenem beschränkten Maße durchführbar sei, wie er schon bisher im Rahmen technisch-wissenschaftlicher Ingenieurvereinigungen stattfindet. An die Durchführbarkeit eines engeren technischen Zusammenarbeitens innerhalb von Unternehmerverbänden wollte man nicht glauben und ging dabei von folgenden Überlegungen aus: Durch einen Austausch von Erfahrungen und Erfindungen wird der gegenseitige Wettbewerb in der Sphäre der Technik mehr oder minder vollkommen ausgeschaltet; eine derartige Ausschaltung aber unterscheidet sich in manchem von der Ausschaltung des gegenseitigen Wettbewerbs in der Sphäre der Güterzirkulation, wie sie bei den bekannten Kartellarten stattfindet. Mit der Aufhebung eines Kartellabkommens landläufiger Art gewinnen die Unternehmungen, welche ihm beigetreten waren, gleichzeitig mit ihrer vollen Handlungsfreiheit ihre volle Wettbewerbsfähigkeit wieder, wogegen bei Ausschaltung des gegenseitigen Wettbewerbs durch Austausch von Erfahrungen und Erfindungen im allgemeinen eine über die Zeitdauer des technischen Zusammenarbeitens fortbestehende Beschränkung der Wettbewerbsfähigkeit stattfindet. Da jede Einzelunternehmung mit Rücksicht auf die Aufhebung jener kartellartigen Vereinbarungen, durch die der gegenseitige Wettbewerb zeitweilig ausgeschaltet wird, danach streben muß, möglichst wettbewerbsstark zu bleiben, so hielt man ein engeres technisches Zusammenarbeiten für undurchführbar. Erst in der jüngst erschienenen Festgabe für Lujo Brentano äußert sich A. Weber etwa in diesem Sinne<sup>1)</sup>. Wiewohl der hier wiedergegebene Gedankengang cum grano salis zutreffend ist, so kann man doch das Problem des technischen Zusammenarbeitens auf Grund einer Anschauung, die auf einer derart rohen Feststellung, wie sie die Unterscheidung zwischen der Ausschaltung des gegenseitigen Wettbewerbs in der Sphäre der Güterzirkulation und derjenigen der Technik ist, nicht als „erledigt“ ansehen. Die Ausschaltung des gegenseitigen Wettbewerbs in der Sphäre der Güterzirkulation kann gleichfalls eine über den Bestand einer diesbezüglichen Vereinbarung dauernde Herabsetzung der Wettbewerbsfähigkeit

<sup>1)</sup> Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege, 1925, S. 19.



keit mit sich bringen. Dies trifft beispielsweise bei einem Kartell zu, dessen Geschäftsstelle den Vertrieb der ihrem Umfang nach kontingentierten Produktion übernimmt; denn durch ein derartiges Kartell wird jedem Einzelunternehmen sein Kundenstamm entzogen. Andererseits aber muß eine Ausschaltung des gegenseitigen Wettbewerbs in der Sphäre der Technik keine über die Zeitdauer des Bestandes einer diesbezüglichen Vereinbarung dauernde Herabsetzung der Wettbewerbsfähigkeit zur Folge haben. Das Problem des technischen Zusammenarbeitens bedarf eingehenderer Überlegungen als jene, die oben angedeutet wurden. Hier soll die Gesamtheit der mit einem Austausch von Erfindungen und Erfahrungen in Zusammenhang stehenden Fragen genauer untersucht werden. In den theoretischen Teilen dieser Arbeit wird dargelegt, unter welchen Bedingungen ein technisches Zusammenarbeiten durchführbar ist; in ihren deskriptiven Teilen werden die Gestaltungen dargestellt, welche die Wirtschaft hierzu schuf. Daneben werden noch die rechtlichen Verhältnisse behandelt, die sich aus einem technischen Zusammenarbeiten ergeben sowie die Wirkungen, die hieraus für die Gesellschaftswirtschaft entspringen.

## II. Grundlegung.

Da die gewerbliche Technik auf der Benutzung der Eigenschaften der Materie beruht, so liegt die erste Voraussetzung zu ihrem Vollzug in der Kenntnis der Eigenschaften, die der Materie innewohnen. Wenn die Kenntnis kausaler Zusammenhänge im Bereich der Natur von technischem und wirtschaftlichem Nutzen sein soll, so ist es erforderlich, einen Weg zu finden, um sie mit einer technischen Zweckbestimmung in Bezug zu bringen. Durch Entdeckung und Erfindung, d. h. durch Auffindung kausaler Zusammenhänge im Bereich der Natur und Verbindung einer naturgesetzlichen Kausalreihe mit einer technischen Zweckbestimmung, sind die ersten Voraussetzungen zur Durchführung gewerblicher Technik gegeben.

Neben diesen gleichsam natürlichen Voraussetzungen bedarf es aber zu ihrem Vollzug noch einer weiteren, durch die Gesellschaft geschaffenen Voraussetzung, nämlich des Rechts, einen erfinderischen Gedanken benutzen zu dürfen. Das Recht der gewerbmäßigen Benutzung eines Erfindungsgegenstandes kann durch die Autorität des Staates ausschließlich einer natürlichen oder rechtlichen Person zuerkannt werden. Das durch den Staat erteilte Schutzrecht verleiht dessen Inhaber das Recht der alleinigen Benutzung des Erfindungsgegenstandes, und das Recht des Verbots seiner Benutzung durch Dritte. Sein Inhaber aber kann durch freie Verfügung — Lizenzerteilung — Dritten die Benutzung des ihm geschützten Erfindungsgegenstandes zubilligen.

Zwei Arten von Verbänden haben es sich zur Aufgabe gemacht, jene Immaterialgüter wie naturwissenschaftliche Kenntnisse, Erfahrungen, Erfindungen, gewerbliche Schutz- und Benutzungsrechte (Lizenzen) für die Bedürfnisse gewerblicher Technik bereitzustellen: die hier als Ingenieurverbände bezeichneten Vereinigungen und gewisse, technisch orientierte Unternehmensverbände. Je nachdem, ob sich die eine oder die andere Verbandsart dieser Aufgabe unterzieht, ändert sich der Gesichtspunkt, unter dem dies geschieht. In dem einen Fall wird eine Förderung der Technik zu Gunsten der Allgemeinheit aller gewerblichen Erwerbswirtschaften angestrebt, in dem anderen Fall treten die subjektiven Erwerbsinteressen einer beschränkten Anzahl von Unternehmungen in den Vordergrund und dies äußert sich oft genug durch das Auftreten einer monopolistischen Tendenz.

Das verbandsmäßige Zusammenwirken zum Zwecke, die oben aufgezählten Immaterialgüter bereitzustellen, kann auf zwei voneinander grundsätzlich verschiedene Arten erfolgen: entweder durch Zu-



sammenarbeit — Kooperation — oder durch genossenschaftlichen Zusammenschluß. In der Literatur, besonders in der angelsächsischen und der romanischen, werden diese beiden Arten des Zusammenwirkens einander meist gleichgestellt, wiewohl es sich in den beiden Fällen um wesentlich verschiedene Arten des verbandsmäßigen Zusammenschlusses handelt. Liefmann hat darum mit Recht den Ausdruck Kooperation für genossenschaftliches Zusammenwirken abgelehnt<sup>2)</sup>. Bei genossenschaftlichem Zusammenwirken in jenem engeren Sinne, in dem der Ausdruck „Genossenschaft“ in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur gebräuchlich ist, erfolgt eine Förderung oder Ergänzung der eigenen Wirtschaft durch die Tätigkeit eines Kollektivorgans. Eine von den Wirtschaften der Genossenschaft losgelöste Einzelwirtschaft übernimmt einen Teil ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit. Die Genossenschaft ist eine Wirtschaft, die für viele arbeitet; es arbeiten aber nicht viele in ihr zusammen. Bei jenem Vorgang hingegen, der als Zusammenarbeit oder Kooperation zu bezeichnen ist, wird die Ausübung der Erwerbstätigkeit ihrem Gesamtumfang nach den zusammenwirkenden Wirtschaftssubjekten vorbehalten; jedes einzelne von ihnen ergänzt oder fördert durch seine Tätigkeit die Wirtschaft der übrigen mit ihm verbundenen Wirtschaftssubjekte. Ein von zusammenarbeitenden Wirtschaftssubjekten allenfalls geschaffenes Kollektivorgan dient nicht wie beim Genossenschaftsbetrieb dazu, einen Teil der wirtschaftlichen Tätigkeit der zusammengeschlossenen Wirtschaftssubjekte zu übernehmen, sondern hat lediglich die Aufgabe, eine Verbindung von ihnen schon ausgeführter Teilarbeiten zu vollziehen. Im Falle eines Zusammenschlusses zum Zweck der Forschung ist demgemäß das Kollektivorgan nicht ihr Träger wie bei genossenschaftlichem Zusammenwirken, sondern hat nur die Aufgabe, die von den zusammenarbeitenden industriellen Erwerbswirtschaften gewonnenen Forschungsergebnisse unter ihnen auszutauschen, allenfalls noch diejenige, sie zu sammeln, auszuwerten und die Ergebnisse der Auswertung an die Angehörigen der Vereinigung mitzuteilen. Die Durchführung der Forschungsarbeit aber bleibt diesen grundsätzlich selbst überlassen.

Die Unterscheidung zwischen genossenschaftlichem Zusammenschluß und Kooperation ist darum wichtig, weil beide auf gänzlich verschiedenen soziologischen Voraussetzungen beruhen und daher einmal nur diese, dann wiederum nur jene Art des Zusammenwirkens zweckmäßig und möglich scheint. Es ist beispielsweise nahelegend, daß ein Forschungsinstitut von einer Anzahl von industriellen Unternehmern der gleichen Art, deren Erwerbsinteressen grundsätzlich voneinander abweichen, gemeinsam betrieben werden kann; denn dessen Arbeiten kommen der Gesamtheit der auf diese Weise genossenschaftlich zusammenwirkenden Unternehmer in gleichem Maße zugute und die individuellen Erwerbsinteressen der einzelnen Unternehmer werden durch ein solches Zusammenwirken in keiner Weise beeinträchtigt. Anders liegen die Verhältnisse, wenn ein Zusammenarbeiten zwischen mehreren Unternehmern stattfinden soll.

<sup>2)</sup> Liefmann, Die Unternehmungsformen, 1923, S. 84.

Im Falle des technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeitens müssen beispielsweise von jedem Unternehmer Einzelheiten an andere Unternehmungen preisgegeben werden und dies ist gleichbedeutend einer Ausschaltung des Wettbewerbs auf einem Teilgebiet der gesamten Erwerbstätigkeit. Demnach ist es selbstverständlich, daß Kooperation ein wesentlich anderes Verhältnis unter den zusammenwirkenden Wirtschaften voraussetzt als genossenschaftlicher Zusammenschluß zwischen ihnen.

Aber auch vom technischen Standpunkt aus handelt es sich in beiden Fällen um zwei gänzlich voneinander verschiedene Arten des Zusammenschlusses. Obzwar es auch vorkommt, daß beide Formen kombiniert werden, so erscheint doch gegebenenfalls nur die eine oder die andere einzig möglich und sinnvoll. Man wird beispielsweise kaum einen Hochofen zum Zweck wissenschaftlicher Forschung gemeinsam betreiben, man kann aber die an den Hochöfen verschiedener Unternehmungen gemachten Erfahrungen gegenseitig austauschen oder einem Kollektivorgan hierüber Angaben machen, um es in die Lage zu versetzen, die individuellen Einzelergebnisse miteinander zu einem objektiven Endergebnis zu verbinden.

In der Folge wird nur ein solches Zusammenwirken behandelt werden, das tatsächlich als Zusammenarbeiten, als Kooperation, zu bezeichnen ist. Bevor aber auf die verbandsmäßigen Organisationen selbst eingegangen wird, die eine Verbindung technischer Arbeit durchführen, sollen jene Güter, die den Gegenstand des Zusammenarbeitens bilden, auf ihr Wesen hin untersucht werden.

#### Bemerkung.

##### Die Immaterialgüter der Technik.

Naturwissenschaftliche Kenntnisse, Erfahrungen, Erfindungen, gewerbliche Schutz- und Benutzungsrechte werden von nun ab mit dem Sammelnamen Immaterialgüter der Technik bezeichnet. Der ökonomischen Ratio nach sind die Immaterialgüter der Technik als wirtschaftlich ausbeutungsfähige Sozialbeziehungen, als Vermögensbestandteile und Einkommensquellen der industriellen Erwerbswirtschaft anzusehen. Die Immaterialgüter der Technik stellen gleichsam eine potentielle Menge von Geldkapital dar, werden aber erst dann zu realen Einkommensquellen, wenn sie mit anderen Produktionsmitteln kombiniert werden. Als Güter der Wirtschaft gehören sie jener dritten Gruppe von Gütern an, die neben unpersönlichen Sachgütern und persönlichen oder unpersönlichen Dienstleistungen zu unterscheiden ist: den „Verhältnissen“.

Der Bestimmungsgrund für den Wert einer Erfindung ist mit Rücksicht darauf, daß sie einen werbenden Vermögensbestandteil der industriellen Unternehmung darstellt, letztlich ihre Eignung zur Erzielung von Gewinn. Diese ist von mehreren Faktoren abhängig. Der Grad der Eignung einer Erfindung zur Erzielung von Gewinn hängt von der relativen Seltenheit der Möglichkeit ihrer Benutzung hinsichtlich des Umfanges und der Dringlichkeit des Bedarfs nach ihr ab. Erfindungen, deren Benutzung jedermann

zusteht, sind „freie“ Güter und als solche im Sinne der Wirtschaftswissenschaft wertlos, wenngleich auch deren Benutzung von größtem technischen Nutzen sein mag. Ein gewerbliches Schutzrecht, auf das Lizenzen vergeben worden sind, büßt an seiner Eignung zur Erzielung von Gewinn ein, weil durch Abgabe von Lizenzen anstelle eines ausschließlichen Benutzungsrechts ein geringerer Grad der relativen Seltenheit der Benutzungsmöglichkeit des geschützten Erfindungsgegenstandes tritt. Auch die anderen Immaterialgüter der Technik, wie Erfahrungen und dergl., verlieren an Wert, wenn die relative Seltenheit ihres Besitzes vermindert wird, mögen sie auch ihren ursprünglich ausschließlichen Besitzern in der gleichen Weise wie vor ihrer größeren Publizität nutzbringend erhalten bleiben. Die Eignung einer Erfindung zur Erzielung von Gewinn ist aber nicht nur von dem Grad der relativen Seltenheit der Möglichkeit ihrer Benutzung abhängig, sondern auch von der relativen Seltenheit anderer Erfindungsgegenstände, durch die sie substituiert werden kann, wobei hinsichtlich beider Erfindungen der Grad ihrer Eignung zur Befriedigung des betreffenden Bedürfnisses zu berücksichtigen ist.

Die Erfindung ist nicht, wie in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur mitunter behauptet wird, nur als ein Niederschlag von Arbeitskraft besonderer Qualifikation aufzufassen, sondern sie beruht sowohl auf einem Aufwand von Arbeitskraft als auch einem solchen von Kapital. Auf dieser Auffassung fußt auch die Rechtsprechung hinsichtlich der Stellung eines Erfinders zu dessen Arbeitgeber. Der Arbeitgeber hat Anspruch auf das Eigentum der Erfindung seines Angestellten, und dieser Anspruch begründet sich darauf, daß er sowohl die zur Durchführung der Erfindung erforderlichen Produktionsmittel beigesteuert, als auch die zu ihrer Entstehung erforderliche Arbeitskraft seines Angestellten bezahlt hat. Der Angestellte als Erfinder hat nur ein Recht auf Entschädigung der aus seinem Eigentum zur Durchführung der Erfindung beigesteuerten materiellen Produktionsmittel, sowie auf Entschädigung für jene auf sie verwandte Arbeitskraft, zu deren Reproduktion — sei dies nun in qualitativer oder quantitativer Hinsicht — er seinem Dienstverhältnis zufolge nicht verpflichtet war.

Vom Standpunkt der einzelnen industriellen Erwerbswirtschaften aus scheint die Geheimhaltung einer gewerblichen Neuerung gegenüber deren Anmeldung zum Patent oder Gebrauchsmuster gewisse Vorteile zu bieten, denn durch die Erteilung eines gewerblichen Schutzrechtes wird der Erfindungsgegenstand der Allgemeinheit bekannt, der Erfindungsgedanke kann von Wettbewerbern aufgegriffen werden und die Anregung zu neuen Erfindungen geben, deren Benutzung durch den Inhaber des gewerblichen Schutzrechtes allenfalls nicht untersagt werden kann. Das Bekanntwerden einer gewerblichen Erfindung führt auch oft genug zu deren widerrechtlichen Benutzung, ein Eventualfall, der vermieden werden könnte, wenn es möglich

wäre, technische Neuerungen geheimzuhalten. Allein die körperliche Gestaltung von Erfindungsgegenständen ist meist nicht zu verheimlichen, da sie durch Veräußerung des Erzeugnisses der Allgemeinheit bekannt wird. Es sind daher die einzelnen industriellen Erwerbswirtschaften darauf angewiesen, den staatlichen Patent- oder Gebrauchsmusterschutz für körperliche Erfindungsgegenstände in Anspruch zu nehmen. Anders liegen die Verhältnisse, wenn es sich um Verfahrensweisen handelt. Für solche besteht weit eher die Möglichkeit der Geheimhaltung, wiewohl die Wahrung von Fabrikgeheimnissen, die Verfahrensweisen betreffen, zusehends schwieriger wird, vor allem darum, weil die wissenschaftliche Vertiefung der Technik es immer leichter macht, durch eine Untersuchung des Herstellungserzeugnisses dessen Herstellungsweise zu ermitteln. Daher tritt an Stelle des Fabrikgeheimnisses auch immer häufiger das gewerbliche Schutzrecht, wiewohl dem Fabrikgeheimnis in der Industrie noch immer eine gewisse Bedeutung zukommt.

Träger der technischen Immaterialgüter sind sowohl die industriellen Unternehmungen als auch deren Angestellte. Die Unternehmungen insofern, als Kenntnisse und Erfahrungen, die einen objektiven Ausdruck in Aufzeichnungen gefunden haben, in ihrer Organisation zum Ausdruck kommen oder in Form von Schutz- und Benutzungsrechten einen Niederschlag gefunden haben, sich in ihrem Besitz befinden, die Angestellten insofern, als Kenntnisse und Erfahrungen an ihre Person gebunden sind. Sowohl jene technischen Immaterialgüter, die irgendwie einen objektiven Ausdruck gefunden haben, als auch jene, bei denen dies nicht zutrifft, können ohne weiteres gegenseitig ausgetauscht oder auf andere Weise veräußert werden. Die Benutzung der eigenen Erfahrungskartei kann anderen Unternehmungen gestattet werden, Konstruktionszeichnungen und Rezepte können einander zur Verfügung gestellt werden, man kann einen Austausch von Benutzungsrechten staatlich geschützter Erfindungsgegenstände vereinbaren, Arbeiter anderer Unternehmungen anlernen, Ingenieure anderer Unternehmungen zu Studienzwecken in den eigenen Betrieb aufnehmen. Die Immaterialgüter der Technik sind nicht wie andere im Besitz der Unternehmungen befindliche Immaterialgüter mit ihnen untrennbar verbunden. Die Firmenbezeichnung ist ein Immaterialgut, das von der Unternehmung nicht loslösbar ist, und das Warenzeichenrecht ist gleichfalls als ein solches aufzufassen, das an den Geschäftsbetrieb gebunden ist.

Als Vermögensbestandteile der Unternehmung haben die Immaterialgüter der Technik einen Wert. Da sie aber werbende Vermögensbestandteile der industriellen Erwerbswirtschaften bilden, so wird meist von der Eigenschaft ihrer Übertragbarkeit nur in beschränktem Maß Gebrauch gemacht und es erfolgt für sie daher meist keine Preisbildung. Ihr in Geld ausgedrückter Tauschwert äußert sich aber sogleich beim Verkauf der industriellen Unternehmung, welcher sie angehören.

Ihrem Charakter als Vermögensbestandteilen der industriellen Unternehmungen entsprechend sind die Immaterialgüter der Technik Gegenstand eines Rechtsschutzes, der mitunter auch dann, wenn es sich um nicht zum Patent oder zum Gebrauchsmuster angemeldete oder durch diese Schutzrechte schutzfähige Erfindungsgegenstände handelt, angerufen werden kann. Eine widerrechtliche Benutzung fremder Erfahrungen ist unzulässig, der Verrat von Fabrikgeheimnissen wird gerichtlich geahndet; Patentanmeldungen, deren Gegenstände widerrechtlich entnommene Erfindungen sind, verlieren Anspruch auf Patenterteilung, und auf solche Erfindungen hin erteilte Patente können von der geschädigten Unternehmung für sich angefordert werden. Als Einkommensquellen der industriellen Unternehmung sind die Immaterialgüter der Technik Gegenstand eines Rechtsschutzes gegen Verhinderung der Ausbeutung, wie sie etwa durch Erlaß einer polizeilichen Verfügung erfolgen könnte.

### III. Der Austausch von Erfahrungen.

Wiewohl Forschungsinstitute, die für eine Mehrzahl von selbständigen industriellen Wirtschaften wirken, im Sinne der Wirtschaftlichkeit oft sehr zweckmäßig sind, vermögen diese von den gewerblichen Betrieben losgelösten Forschungsstellen den Anforderungen der Technik nicht vollends gerecht zu werden; denn technisch gerichtete Forschung bedarf stets der befruchtenden Anregung, insbesondere der Aufgabenstellung durch den gewerblichen Betrieb. Neben den Forschungsinstituten, die in der Form genossenschaftlicher Betriebe wirken, sind daher schon allein aus diesem Grunde in der Industrie mit dem Fabrikbetrieb verbundene Forschungsstellen erforderlich<sup>3)</sup>. Soll aber deren Vorhandensein zu voller Wirksamkeit gebracht werden, so muß ein Zusammenarbeiten zwischen den Forschungsstellen der verschiedenen Unternehmungen erfolgen. Es muß eine Synthese der Arbeit dezentralisierter Forschung vorgenommen werden; denn die von den einzelnen Forschungsstellen unabhängig voneinander gewonnenen Ergebnisse haben oft mehr oder weniger individuellen, zufälligen Charakter; sie erlauben oft nicht, daß aus ihnen jene Schlüsse auf das Allgemeingültige gezogen werden, an die eine nutzbringende Verwertung gewonnener Sonderergebnisse meist geknüpft ist. Besonders die in der betrieblichen Erzeugungstätigkeit gewonnenen Erfahrungen sind weitgehend subjektiver Beeinflussung unterworfen und von betrieblichen Zufälligkeiten abhängig. Die Forderung nach technischem Zusammenarbeiten zwischen mehreren Forschungsstellen entspringt

<sup>3)</sup> Der Verband Deutscher Maschinenbauanstalten hat im Jahre 1923 eine statistische Erhebung eingeleitet, um Aufschluß darüber zu bekommen, in welchem Umfang mit dem Fabrikbetrieb verbundene Forschungsstellen in der Industrie Verbreitung gefunden haben. Es wurden 271 Erhebungslisten versandt, auf welche 64 Antworten einliefen. 86 % der beantworteten Erhebungslisten zeigten das Vorhandensein von eigenen Forschungsstellen an. Diese erstaunlich hohe Zahl dürfte aus folgendem zu erklären sein: 1. Die Erhebung bezog sich ausschließlich auf Unternehmungen der Maschinen- und Elektroindustrie. Dort sind Stellen zur Untersuchung von Baustoffen stark verbreitet. 2. Unter Forschungsstellen sind auch Prüfstände verstanden. 3. Es ist anzunehmen, daß gerade jene Unternehmungen, die eigene Forschungsstellen besitzen, die Erhebungslisten beantwortet haben, wogegen die Mehrzahl der nicht zurückgestellten Erhebungslisten an solche Unternehmungen gegangen sein dürften, die nicht über eigene Forschungsstellen verfügen (vergl. Lipphart, Über wissenschaftliche Arbeit und Forschung in der Maschinenindustrie, Zeitschr. VDI, Bd. 68, Heft 5).

nicht nur dem Umstand, daß ihren Ergebnissen notwendiger Weise eine gewisse Willkürlichkeit innewohnen muß, sondern auch demjenigen, daß die von den einzelnen Forschungsstellen gewonnenen Erfahrungen mitunter ihrem Ausmaß nach derart gering sind, daß aus ihnen überhaupt keine Schlüsse auf das Allgemeingültige gezogen werden können. In diesem Falle sind sie vielfach unbrauchbar und werden deswegen oft garnicht beachtet. Erst durch eine Zusammenfassung von Erfahrungen, die innerhalb einer Mehrzahl industrieller Betriebe der gleichen Art gewonnen worden sind, ergibt sich oft die Möglichkeit, diese nutzbringend verwerten zu können. Dann ist es wahrscheinlich, daß man durch einen kritischen Vergleich die Zufälligkeiten einzelner Ergebnisse aufklären und ausschalten kann, oder daß sich durch eine statistische Zusammenfassung Zufälligkeiten mit einander entgegengesetzten Merkmalen gegenseitig aufheben. Je größer die Zahl zusammengefaßter Erfahrungen ist, desto größer auch die Wahrscheinlichkeit, die ihnen zu Grunde liegenden Gesetzmäßigkeiten erkennen zu können. Zu diesen Vorteilen des Zusammenarbeitens kommen dann noch diejenigen, die eine Arbeitsteilung bei technisch gerichteter wissenschaftlicher Forschung mit sich bringen kann: Verminderung des erforderlichen Aufwandes durch Ausschaltung aller Parallelarbeit und Steigerung der Produktivität durch Arbeitsverbindung. Es kann daher auch dann, wenn der Umstand der subjektiven Beeinflussung der gewonnenen Erfahrungen oder der ihres zu geringen Umfanges nicht von ausschlaggebender Bedeutung ist, ein technisches Zusammenarbeiten zweckmäßig scheinen. Durch den gegenseitigen Austausch von Erfahrungen und Erfindungen kann die technische Leistungsfähigkeit einer Gruppe kooperierender industrieller Erwerbswirtschaften gegenüber derjenigen aller Außenseiter erhöht werden, daß die Gewinnaussichten jeder dieser Gruppe angehörigen Erwerbswirtschaft eine Steigerung erfahren.

Dem Austausch von Erfahrungen innerhalb der Ingenieurverbände sind dadurch Grenzen gezogen, daß deren Mitglieder vorzugsweise Angestellte sind und daher kein Recht haben, einander Erfahrungen preiszugeben, deren Bekanntgabe die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmungen, in denen sie angestellt sind, einzuschränken droht. Im Gegensatz hierzu kann durch kartellartige, technisch orientierte Unternehmerverbände der Wettbewerb in der Sphäre der Technik ausgeschaltet werden. Innerhalb dieser Verbände ist daher ein viel restloserer, oft vollständiger Austausch von Erfahrungen durchführbar. Es gibt zwar auch lose, technisch orientierte Unternehmerverbände, die den gegenseitigen Wettbewerb zwischen ihren Mitgliedern nicht ausschalten wollen und in diesen treten meist starke Widerstände gegen einen Austausch von Erfahrungen auf. Enge Zusammenschlüsse setzen gewisse Vorbedingungen voraus, die aus objektiven Verhältnissen hervorgehen oder sich durch subjektiven Zwang ergeben. Beim Vorliegen derartiger Umstände, die man als Kartellierungsreife bezeichnet, wird der einzelne Unternehmer der Notwendigkeit technischen Zusammenarbeitens viel dringlicher gegenübergestellt, als bei einem losen Zusammenschluß, der etwa ledig-

lich bezweckt, die im Betrieb bisher unbeachtet gebliebenen Erfahrungen nutzbringender Auswertung zuzuführen. Während bei den kartellartigen Zusammenschlüssen die subjektiven, sachlich oft garnicht rechtfertigbaren Hemmungen gegen einen Austausch von Erfahrungen durch die Macht wirtschaftlicher Notwendigkeiten überwunden werden, treten bei den losen Zusammenschlüssen sachlich unrechtfertigbare Hemmungen gegen einen Austausch von Erfahrungen sehr stark zu Tage. Die Bedeutung psychischer, sozialer und soziologischer Bedingtheiten hat sich dem Verfasser bei seiner Tätigkeit in der Industrie oft gezeigt. Im Rahmen eines losen Verbandes, der vorzugsweise der Interessenvertretung kleiner und mittlerer Unternehmungen der gleichen Art innerhalb eines bestimmten örtlichen Gebiets diene, konnte ein Austausch technischer Erfahrungen nicht durchgeführt werden. Die Mentalität und die soziale Stellung der in diesem Verband zusammengefaßten Unternehmer war einander zu verschieden, um die zur Durchführung des Austausches von Erfahrungen in diesem Fall erforderliche persönliche Annäherung der Unternehmer zu ermöglichen. In einem anderen Fall, in dem zwischen zwei großen Aktiengesellschaften ein Abkommen über den Austausch von Erfahrungen und Erfindungen abgeschlossen worden war, haben sich bei dessen Durchführung nie Schwierigkeiten ergeben. Hindernisse waren wohl zu überwinden, damit das Abkommen überhaupt zustande kommen konnte; nachdem dies einmal geschehen war, oblag die Durchführung seiner Bestimmungen verschiedenen technischen Stellen innerhalb der Betriebe beider Unternehmungen, die den Austausch von Erfahrungen in vollständig sachlicher, von anderen Einflüssen unabhängiger Weise vollzogen. Die Voraussetzung zu diesem Abkommen bildete die vollkommene Ausschaltung des gegenseitigen Wettbewerbs durch Gebietskontingentierung. Der Einfluß rein menschlicher und durch Tatsachen menschlichen Zusammenlebens bestimmter Voraussetzungen auf das Zusammenwirken industrieller Wirtschaften offenbart sich auch durch einen Vergleich zwischen den in verschiedenen Industriestaaten bestehenden Verhältnissen. In den Vereinigten Staaten ist das Betriebsgeheimnis geradezu eine seltene Erscheinung, wogegen in Deutschland schon ein viel größerer Hang zur Abgeschlossenheit besteht, der aber in der englischen Industrie noch stärker ausgebildet ist. Dafür herrscht dort im allgemeinen eine Neigung zu genossenschaftlichem Zusammenwirken, die durch die Schaffung einer Organisation, wie das „Committee of the Privy Council of Scientific and Industrial Research“, zum Ausdruck kommt. Dieser Organisation obliegt die Gründung genossenschaftlich betriebener, technisch gerichteter Forschungsstellen — der „Research Associations“ — für jeden Gewerbezweig.

Die Ursache, daß in Deutschland im allgemeinen stärkere Hemmungen gegen einen Austausch von Erfahrungen bestehen als in den Vereinigten Staaten, dürfte auch auf der Verschiedenheit der kapitalistischen Organisation beruhen. In Deutschland befinden sich relativ genommen wahrscheinlich weitaus mehr großindustrielle Unternehmungen im Besitz ihrer Gründerfamilien als in den Vereinigten Staaten. Durch den Umstand der persönlichen Verknüpfung des



nicht nur dem Umstand, daß ihren Ergebnissen notwendiger Weise eine gewisse Willkürlichkeit innewohnen muß, sondern auch demjenigen, daß die von den einzelnen Forschungsstellen gewonnenen Erfahrungen mitunter ihrem Ausmaß nach derart gering sind, daß aus ihnen überhaupt keine Schlüsse auf das Allgemeingültige gezogen werden können. In diesem Falle sind sie vielfach unbrauchbar und werden deswegen oft garnicht beachtet. Erst durch eine Zusammenfassung von Erfahrungen, die innerhalb einer Mehrzahl industrieller Betriebe der gleichen Art gewonnen worden sind, ergibt sich oft die Möglichkeit, diese nutzbringend verwerten zu können. Dann ist es wahrscheinlich, daß man durch einen kritischen Vergleich die Zufälligkeiten einzelner Ergebnisse aufklären und ausschalten kann, oder daß sich durch eine statistische Zusammenfassung Zufälligkeiten mit einander entgegengesetzten Merkmalen gegenseitig aufheben. Je größer die Zahl zusammengefaßter Erfahrungen ist, desto größer auch die Wahrscheinlichkeit, die ihnen zu Grunde liegenden Gesetzmäßigkeiten erkennen zu können. Zu diesen Vorteilen des Zusammenarbeitens kommen dann noch diejenigen, die eine Arbeitsteilung bei technisch gerichteter wissenschaftlicher Forschung mit sich bringen kann: Verminderung des erforderlichen Aufwandes durch Ausschaltung aller Parallelarbeit und Steigerung der Produktivität durch Arbeitsverbindung. Es kann daher auch dann, wenn der Umstand der subjektiven Beeinflussung der gewonnenen Erfahrungen oder der ihres zu geringen Umfanges nicht von ausschlaggebender Bedeutung ist, ein technisches Zusammenarbeiten zweckmäßig scheinen. Durch den gegenseitigen Austausch von Erfahrungen und Erfindungen kann die technische Leistungsfähigkeit einer Gruppe kooperierender industrieller Erwerbswirtschaften gegenüber derjenigen aller Außenseiter erhöht werden, daß die Gewinnaussichten jeder dieser Gruppe angehörnden Erwerbswirtschaft eine Steigerung erfahren.

Dem Austausch von Erfahrungen innerhalb der Ingenieurverbände sind dadurch Grenzen gezogen, daß deren Mitglieder vorzugsweise Angestellte sind und daher kein Recht haben, einander Erfahrungen preiszugeben, deren Bekanntgabe die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmungen, in denen sie angestellt sind, einzuschränken droht. Im Gegensatz hierzu kann durch kartellartige, technisch orientierte Unternehmerverbände der Wettbewerb in der Sphäre der Technik ausgeschaltet werden. Innerhalb dieser Verbände ist daher ein viel restloserer, oft vollständiger Austausch von Erfahrungen durchführbar. Es gibt zwar auch lose, technisch orientierte Unternehmerverbände, die den gegenseitigen Wettbewerb zwischen ihren Mitgliedern nicht ausschalten wollen und in diesen treten meist starke Widerstände gegen einen Austausch von Erfahrungen auf. Enge Zusammenschlüsse setzen gewisse Vorbedingungen voraus, die aus objektiven Verhältnissen hervorgehen oder sich durch subjektiven Zwang ergeben. Beim Vorliegen derartiger Umstände, die man als Kartellierungsreife bezeichnet, wird der einzelne Unternehmer der Notwendigkeit technischen Zusammenarbeitens viel dringlicher gegenübergestellt, als bei einem losen Zusammenschluß, der etwa ledig-

lich bezweckt, die im Betrieb bisher unbeachtet gebliebenen Erfahrungen nutzbringender Auswertung zuzuführen. Während bei den kartellartigen Zusammenschlüssen die subjektiven, sachlich oft garnicht rechtfertigbaren Hemmungen gegen einen Austausch von Erfahrungen durch die Macht wirtschaftlicher Notwendigkeiten überwunden werden, treten bei den losen Zusammenschlüssen sachlich unrechtfertigbare Hemmungen gegen einen Austausch von Erfahrungen sehr stark zu Tage. Die Bedeutung psychischer, sozialer und soziologischer Bedingtheiten hat sich dem Verfasser bei seiner Tätigkeit in der Industrie oft gezeigt. Im Rahmen eines losen Verbandes, der vorzugsweise der Interessenvertretung kleiner und mittlerer Unternehmungen der gleichen Art innerhalb eines bestimmten örtlichen Gebiets diene, konnte ein Austausch technischer Erfahrungen nicht durchgeführt werden. Die Mentalität und die soziale Stellung der in diesem Verband zusammengefaßten Unternehmer war einander zu verschieden, um die zur Durchführung des Austausches von Erfahrungen in diesem Fall erforderliche persönliche Annäherung der Unternehmer zu ermöglichen. In einem anderen Fall, in dem zwischen zwei großen Aktiengesellschaften ein Abkommen über den Austausch von Erfahrungen und Erfindungen abgeschlossen worden war, haben sich bei dessen Durchführung nie Schwierigkeiten ergeben. Hindernisse waren wohl zu überwinden, damit das Abkommen überhaupt zustande kommen konnte; nachdem dies einmal geschehen war, oblag die Durchführung seiner Bestimmungen verschiedenen technischen Stellen innerhalb der Betriebe beider Unternehmungen, die den Austausch von Erfahrungen in vollständig sachlicher, von anderen Einflüssen unabhängiger Weise vollzogen. Die Voraussetzung zu diesem Abkommen bildete die vollkommene Ausschaltung des gegenseitigen Wettbewerbs durch Gebietskontingentierung. Der Einfluß rein menschlicher und durch Tatsachen menschlichen Zusammenlebens bestimmter Voraussetzungen auf das Zusammenwirken industrieller Wirtschaften offenbart sich auch durch einen Vergleich zwischen den in verschiedenen Industriestaaten bestehenden Verhältnissen. In den Vereinigten Staaten ist das Betriebsgeheimnis geradezu eine seltene Erscheinung, wogegen in Deutschland schon ein viel größerer Hang zur Abgeschlossenheit besteht, der aber in der englischen Industrie noch stärker ausgebildet ist. Dafür herrscht dort im allgemeinen eine Neigung zu genossenschaftlichem Zusammenwirken, die durch die Schaffung einer Organisation, wie das „Comittee of the Privy Council of Scientific and Industrial Research“, zum Ausdruck kommt. Dieser Organisation obliegt die Gründung genossenschaftlich betriebener, technisch gerichteter Forschungsstellen — der „Research Associations“ — für jeden Gewerbe- und Industriezweig.

Die Ursache, daß in Deutschland im allgemeinen stärkere Hemmungen gegen einen Austausch von Erfahrungen bestehen als in den Vereinigten Staaten, dürfte auch auf der Verschiedenheit der kapitalistischen Organisation beruhen. In Deutschland befinden sich relativ genommen wahrscheinlich weitaus mehr großindustrielle Unternehmungen im Besitz ihrer Gründerfamilien als in den Vereinigten Staaten. Durch den Umstand der persönlichen Verknüpfung des

Unternehmertums mit den Unternehmungen erhält deren Geschäftsführung eine besondere individuelle Note, und dies hat eine scharfe Abgrenzung gegenüber anderen Unternehmungen der gleichen Art zur Folge. Diese Auffassung findet eine ganz unzweifelhafte Bestätigung darin, daß von jenen Unternehmungen, die von ihren Eigentümern geleitet werden, meist die heftigsten Widerstände gegen Kartellierung ausgehen. Die weitergehende Versachlichung der Produktionsmittel in den Vereinigten Staaten, die durch den Geist des Effektenkapitalismus hervorgerufene Trennung des Unternehmertums vom Unternehmen bringt es hingegen selbst dann, wenn Eigentum am Unternehmen und dessen Leitung nicht auseinanderfallen, mit sich, daß das Unternehmertum das Werk nicht mehr als Ausdruck seiner Persönlichkeit ansieht, und dieser Umstand bewirkt das Fortfallen der aus gefühlsmäßigen Motiven entstehenden Absonderung gegenüber anderen Unternehmungen der gleichen Art. Wiewohl andererseits die amerikanische Wirtschaftsführung auch einen gewissen Hang zum Individuellen aufweist, dürfte doch die rationale Denkart des Amerikaners dazu beitragen, sachlich nicht rechtfertigbare Hemmungen gegen einen Austausch von Erfahrungen auszuscheiden. Ein genaues Eingehen auf völkercharakteriologische Eigentümlichkeiten ist an dieser Stelle jedoch unmöglich, da dies vom Gegenstand vorliegender Arbeit zu weit abführen würde.

Obzwar das Auftreten verschiedenartiger Hemmungen gegen einen Austausch von Erfahrungen ohne weiteres begreiflich ist, schließt dies nicht aus, daß diese Hemmungen in vielen Fällen beseitigt werden können.

Eine Neigung zur Bekanntgabe von Erfahrungen würde gewiß sehr oft dann bestehen, wenn für gleichartige Gegenleistungen Gewähr geboten wäre. Oft wird Bekanntgabe von Erfahrungen nur darum verweigert, weil hierdurch unerwünschte Einblicknahme in Betriebsverhältnisse ermöglicht wird. Gegen anonyme Bekanntgabe des Erfahrungsmaterials würde in diesem Fall nichts im Wege stehen. Viele derartige Hindernisse gegen einen Austausch von Erfahrungen können durch Schaffung eines Kollektivorgans aus dem Weg geräumt werden. Dieses hat auf Grund der Anfrage seitens einer Unternehmung ein Rundschreiben zu erlassen und das eingelaufene Material dem Fragesteller zu vermitteln. Bei diesem Vorgang bleiben die Firmenbezeichnungen der Beteiligten Geheimnis des Kollektivorgans, wodurch meist eine unerwünschte Einblicknahme in fremde Betriebsverhältnisse vermieden wird. Das Kollektivorgan hat auch auf Grund eigener oder fremder Anregung in den Betrieben verschiedener Unternehmungen gewonnene Erfahrungen zu treuen Händen zu übernehmen und deren objektive Zusammenfassung den Verbandsmitgliedern mitzuteilen. Bei diesem Vorgang ist gleichfalls unerwünschte Einblicknahme in Betriebsverhältnisse ausgeschlossen.

Derartige Überlegungen waren in Deutschland beispielsweise bei der Gründung der Studiengesellschaft für Höchstspannungsanlagen maßgebend. Das gerade auf dem Gebiet des Betriebs von Hochspannungsanlagen eine Organisation entstanden ist, um zwischen ihren Mitgliedern einen Austausch von Erfahrungen zu vermitteln und das in

ihren Betrieben gewonnene statistische Urmaterial zu erfassen und auszuwerten, beruht auf dem besonderen Charakter der Elektrizitätswirtschaft. Bei ihr kommt gegenseitiger Wettbewerb zwischen verschiedenen Elektrizitätswerksunternehmungen oft gar nicht in Frage, da deren Absatzgebiet durch ihre quantitative Leistungsfähigkeit und auch durch die bei Fernleitung auftretenden Übertragungsverluste, fest bestimmt ist. Zwar bildet die Kontingentierung des Absatzgebiets in anderen Fällen in der Elektrizitätswirtschaft den Gegenstand gegenseitigen Wettbewerbs, aber Betriebseinrichtungen und Betriebserfahrungen spielen bei ihm kaum eine Rolle. Die Anlagen der verschiedenen Werke werden von einigen wenigen Großfirmen geliefert und es ist den Elektrizitätswerksunternehmungen meist möglich, verschiedene Teile der Anlage an verschiedene Firmen zu vergeben, und sich dadurch dieselben maschinellen Hilfsmittel zu beschaffen, wie ihre Wettbewerber. Da es in der Elektrizitätswirtschaft somit kaum einen gegenseitigen Wettbewerb auf technischem Gebiet gibt, so werden die Erwerbsinteressen der einzelnen Elektrizitätswerksunternehmungen nicht berührt, wenn sie einander gegenseitig Erfahrungen preisgeben. Die Bestrebungen nach technischem Zusammenarbeiten in der Elektrizitätswirtschaft entspringen jedoch nicht bloß den eben erwähnten Umständen, sondern noch einer Reihe besonderer Beweggründe; dies geht schon aus der Tatsache hervor, daß der Studiengesellschaft für Höchstspannungsanlagen außer 55 Elektrizitätswerksunternehmungen noch 24 Unternehmungen angehören, die sich mit der fabrikmäßigen Herstellung von Bestandteilen elektrischer Anlagen befassen. Deren Sonderstellung tritt aber in den Satzungen der Studiengesellschaft klar zu Tage. Die folgenden, ihnen entnommenen Bestimmungen sind geeignet den Charakter und die Zielsetzung der Studiengesellschaft genauer zu kennzeichnen.

Abschn. II § 3, Abs. 1. Die Gesellschaft hat ordentliche und außerordentliche Mitglieder. Die ordentlichen Mitglieder sind in Gruppe A und B eingeteilt.

Abs. 2. Mitglied der Gruppe A ist die Vereinigung der Elektrizitätswerke, e.V., Berlin. Ferner können alle reichsdeutschen und deutsch-österreichischen Mitglieder der Vereinigung der Elektrizitätswerke e.V., Berlin, Mitglieder der Gruppe A werden, sofern sie nicht eine auf Erwerb gerichtete fabrikmäßige Herstellung von Bestandteilen elektrischer Anlagen betreiben.

Abs. 3. Mitglieder der Gruppe B können reichsdeutsche juristische oder natürliche Personen werden, welche in der Lage sind und sich bereit erklären, die Zwecke der Gesellschaft zu fördern. Insbesondere können auch solche juristische oder natürliche Personen, welche eine auf Erwerb gerichtete fabrikmäßige Herstellung von Bestandteilen elektrischer Anlagen betreiben, Mitglieder der Gruppe B werden, ferner Sachverständige (natürliche Personen), deren Mitarbeit der Verwaltungsrat für erwünscht hält.

Abs. 4. Außerordentliche Mitglieder können außerdeutsche öffentliche Elektrizitätswerke und außerdeutsche Sachverständige, deren Mitarbeit der Verwaltungsrat für erwünscht hält, werden, wenn sie in der Lage sind und sich bereit erklären, die Zwecke der Gesellschaft durch Erfahrungsaustausch zu fördern, sofern sie nicht etwa eine auf Erwerb gerichtete fabrikmäßige Herstellung von Bestandteilen elektrischer Anlagen betreiben.

Abs. 5. Bestehen im Auslande Zusammenschlüsse von öffentlichen Elektrizitätswerken, welche ähnliche Ziele verfolgen wie die Gesellschaft, und erfüllen sie im übrigen die vorstehenden Voraussetzungen für außerordentliche Mitglieder, so kann sie der Verwaltungsrat als solche aufnehmen, um einen Erfahrungsaustausch mit ihnen zu ermöglichen. Die Höhe des Jahresbeitrages wird vom Verwaltungsrat von Fall zu Fall festgesetzt.

§ 4. Abs. 2. Mit der Beendigung der Mitgliedschaft erlöschen alle Rechte des Mitgliedes an das Vermögen der Gesellschaft, im besonderen alle Ansprüche auf Erfahrungen, Einrichtungen und Forschungsergebnisse derselben und auf deren Benutzung.

§ 5. Abs. 1. Juristische Personen können als Bevollmächtigte zur Ausübung ihrer Mitgliederrechte sowie als deren Vertreter und sonstige Teilnehmer an Mitgliederversammlungen und Tagungen nur solche Personen bestimmen, welche dauernd in ihren eigenen Betrieben oder ihrer eigenen Verwaltung tätig sind. Sie stehen dafür ein, daß durch diese Personen die Vertraulichkeit der Verhandlungen gewahrt wird.

Abs. 8. Jedes ordentliche Mitglied der Gruppe A ist verpflichtet, alle von ihm gemachten Erfahrungen und Beobachtungen außergewöhnlicher Erscheinungen, wie Störungen usw., die mit dem Betrieb von Höchstspannungsanlagen zusammenhängen, umgehend dem Vorstand mitzuteilen, unter genauer Schilderung und Erläuterung der Vorgänge, ferner deren Untersuchung und Erforschung zu unterstützen und nach Möglichkeit Versuche vorzunehmen und an solchen teilzunehmen.

Abs. 9. Von den ordentlichen Mitgliedern der Gruppe B wird erwartet, daß sie die Gesellschaft ebenfalls durch Mitteilung von Beobachtungen und Erfahrungen, gegebenenfalls durch Unterstützung bei Versuchen und Teilnahme an solchen fördern.

Abs. 10. Alle diese Mitteilungen hat der Vorstand als vertraulich zu behandeln. -

Abs. 11. Alle vom Vorstand ausgehenden Mitteilungen, Beobachtungen sowie Forschungsergebnisse sind von allen Mitgliedern der Gesellschaft als vertraulich zu behandeln,

soweit nicht ausdrücklich in jedem einzelnen Falle vom Verwaltungsrat anderweitige Bestimmungen getroffen werden. Bei Veröffentlichungen wird nach Maßgabe der Bestimmungen des Verwaltungsrates verfahren.

Abs. 12. Die ordentlichen Mitglieder erhalten die Ergebnisse der Gesellschaft ohne weiteres.

Abs. 13. Die außerordentlichen Mitglieder werden über die Ergebnisse der Gesellschaft auf dem Wege des Erfahrung- und Meinungsaustausches von Fall zu Fall unterrichtet, ohne gegenseitige Verpflichtung zur restlosen Bekanntgabe sämtlicher Erfahrungen.

Der letzte Absatz des § 5 lautet endlich: Die Mitglieder verpflichten sich, die durch die Studiengesellschaft erfolgte Aufklärung eines Vorfalles oder einer Erscheinung keinesfalls geschäftlich gegen andere Mitglieder auszunutzen.

Die übrigen Bestimmungen der Satzungen beziehen sich auf die Verfassung, Verwaltung und Auflösung der Gesellschaft und weichen von den auch in anderen Unternehmerverbänden hierüber getroffenen Bestimmungen nicht in bemerkenswerter Weise ab.

Während die Studiengesellschaft für Höchstspannungsanlagen den Austausch von Erfahrungen zwischen ihren Mitgliedern in den Vordergrund ihrer Tätigkeit rückt und nur fallweise selbst den Vollzug von Forschungsarbeiten übernimmt, hat die Forschungsgesellschaft vereinigter Porzellanfabriken G.m.b.H. in Meiningen weit mehr den Charakter eines genossenschaftlich betriebenen Forschungsinstitutes, ist daher selbst Träger der Forschung, obgleich sie auch die Vermittlung von Erfahrungen zwischen ihren Mitgliedern bezweckt. Die Ursache, daß zwischen den Gesellschaftern dieser Organisation die sonst bestehenden Hemmungen gegen einen Austausch von Erfahrungen beseitigt werden konnten, ist vorzugsweise darin zu erblicken, daß alle in ihr zusammengeschlossenen Unternehmungen in Beziehungen mit der Bank von Thüringen vorm. W. M. Strupp stehen<sup>1)</sup>. Die meisten übrigen in Deutschland bestehenden Vereinigungen von Unternehmern mit technisch-wissenschaftlicher Zielsetzung haben fast ausschließlich genossenschaftlichen Charakter, und wenn auch in ihnen Austausch von Erfahrungen stattfindet, so spielt dieser doch gegenüber der eigenen Forschungstätigkeit des Kollektivorgans nur eine untergeordnete Rolle.

Je mehr man erkennt, welche Bedeutung der Übertragung statistischer Methoden auf das Gebiet der technisch-wissenschaftlichen Forschung beizumessen ist, desto stärker muß auch der Gedanke der Kooperation in der Industrie Verbreitung finden. Schon bei früheren Arbeiten haben die Ingenieurverbände statistische Methoden für die Lösung technischer Probleme angewandt und dabei durch statistische Erhebungen die in verschiedenen Unternehmungen gemachten Erfahrungen zu erfassen gesucht. Von einer systemati-

<sup>1)</sup> Frankf. Zeitg., A. 9. Juli 1921.

schen Übertragung statistischer Methoden auf technisch-wissenschaftliche Forschung konnte aber bei deren Arbeiten noch kaum die Rede sein. Als Daevés im Jahre 1924 die Ergebnisse einer statistischen Erhebung des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute veröffentlichte, die bezweckte, den Einfluß einzelner chemischer Bestandteile auf Zerreißfestigkeit und Dehnung von Stahlsorten mit Hilfe der Wahrscheinlichkeitsrechnung zu ermitteln, wurde der hierzu eingeschlagene Weg von ihm als ein „neues Arbeitsverfahren für den Industrieforscher“ bezeichnet<sup>7)</sup>. Wenngleich auch von einer systematischen Anwendung der Statistik zum Zwecke technischer Forschung heute noch keine Rede sein kann, so haben die letzten Jahre doch einige Fortschritte auf diesem Gebiet gebracht. Schon seit mehreren Jahren führt die Studiengesellschaft für Höchstspannungsanlagen vereinzelte statistische Erhebungen durch, um auf Grund des ausgewerteten Urmaterials Maßnahmen gegen die beim Betrieb von Kraftwerken am häufigsten auftretenden Störungen vorschlagen zu können. Nunmehr ist diese Organisation im Begriff, hierzu ein neues, vollkommeneres Erhebungssystem in der Elektrizitätswirtschaft einzuführen. Der Natur einer solchen Störungs- und Fehlerstatistik entspricht es, daß sie sich nicht auf einen bestimmten Zeitpunkt, sondern auf einen bestimmten Zeitabschnitt bezieht. Die an die einzelnen Kraftwerke verteilten Erhebungsformulare müssen daher von ihnen fortlaufend ausgefüllt werden; sie können auch von ihnen selbst ausgewertet werden und bilden auf diese Weise für jedes Kraftwerk eine eigene Erfahrungskartei. Erst nach Ablauf einer gewissen Zeitspanne erfolgt dann durch die Studiengesellschaft eine überbetriebliche Zusammenfassung des gewonnenen Materials.

<sup>7)</sup> Daevés, Großzahlforschung, 1924.

## IV. Die Ingenieurverbände.

Der Charakter der Ingenieurverbände hat im Laufe ihrer Entwicklung mehrfache Wandlungen erfahren, die auf Änderungen der Art des technischen Produktionsprozesses, der Organisation der Gesellschaftswirtschaft und auf die Verschiedenheit der sozialen Bedeutung des Ingenieurstandes im verflossenen Jahrhundert und in der Gegenwart zurückzuführen sind. Die Gewerbevereine, die am Ende des 18. und im Laufe des 19. Jahrhunderts entstanden sind, bilden einen Übergang zwischen den zumtäglichen Bindungen des Mittelalters und den neuzeitlichen Verbandsarten. Zum Teil haben die Gewerbevereine bis zur Gegenwart den innungsmäßigen Charakter handwerklicher Vereinigungen beibehalten, zum anderen Teil jedoch sind aus ihnen die Ingenieurverbände neuzeitlichen Charakters hervorgegangen.

Ursprünglich, also Ende des 18. und bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, hatten die sogenannten Gewerbevereine noch vollends einheitliche Zielsetzung. Sie befaßten sich nicht nur mit gewerblichen, im Sinne von technischen, sondern auch mit sozial-wirtschaftlichen und kulturpolitischen Fragen grundsätzlicher Art, die mit dem Gewerbebetrieb nur in losem Zusammenhang stehen. Obzwar die Entwicklung der Gewerbevereine und der aus ihnen hervorgegangenen Ingenieurverbände eine immer feinere Differenzierung hinsichtlich des Verbandszweckes mit sich brachte, so daß das Arbeitsgebiet dieser Vereinigungen derzeit wesentlich einheitlicher ist als zuvor, ist der Vorgang der Differenzierung nach einem einheitlichen Verbandszweck doch noch nicht abgeschlossen. Während in den weiter zurückliegenden Jahren im wesentlichen eine Beschränkung des Arbeitsgebiets auf dasjenige der Technik erfolgte, gehen die Bestrebungen der jüngeren Vergangenheit und der Gegenwart dahin, entsprechend der Ausweitung und Vertiefung technischer Sondergebiete neue Sonderorganisationen für diese Gebiete zu schaffen.

Außer durch die Mannigfaltigkeit ihrer Zweckbestimmungen kennzeichnen sich die älteren Gewerbevereine durch die Beschränktheit ihres örtlichen Wirkungsbereichs, was zu einer Behandlung der vorliegenden Probleme ausschließlich im Sinne lokaler Interessen führte. Die neuzeitlichen Ingenieurverbände hingegen sind in Rahmen- oder Spitzenorganisationen zusammengefaßt, und spezifisch lokale Interessen spielen in ihnen auch deswegen nur eine geringe Rolle, weil sie sich stärker als zuvor auf die Behandlung von Fragen der Technik beschränken. Jene Verbände der gleichen Art, die sich als Folge der wissenschaftlichen Vertiefung und Ausweitung spezieller



technischer Fachgebiete gebildet haben, indem sie aus Ingenieurverbänden allgemein technisch-wissenschaftlicher Zielsetzung hervorgingen, haben sich auch in überlokalen Rahmenverbänden zusammengeschlossen.

Auflösung und Konzentration sind demnach die Entwicklung der Ingenieurverbände kennzeichnende Tendenzen.

Für die Entwicklung der Ingenieurverbände war die Änderung der sozialen Stellung, die der Ingenieurstand im Laufe der letzten 100 Jahre erfahren hat, von ausschlaggebender Bedeutung. Der Ingenieur, sofern man mit diesem Ausdruck den gewerblichen Techniker höherer Qualifikation der damaligen Zeit belegen will, war zu Beginn des 19. Jahrhunderts fast durchwegs Unternehmer. Daher hatten die damaligen Ingenieurverbände den Charakter von Unternehmerverbänden, und wenngleich sie nicht die Eigentümlichkeiten neuzeitlicher Unternehmerverbände aufwiesen, so waren doch vorwiegend Unternehmerinteressen für die Art ihrer Tätigkeit maßgebend.

Gegenwärtig sind die Ingenieure zahlenmäßig vorwiegend Angestellte industrieller Unternehmungen und die Verbände, in denen sie zusammengeschlossen sind, haben daher den Charakter reiner Unternehmerverbände verloren und haben jetzt mehr denn zuvor den Charakter von Berufs- und Standesorganisationen. Neben der Aufgabe, die Berufs- und Standesinteressen ihrer Mitglieder zu wahren, streben die Ingenieurverbände jedoch auch eine Förderung der Technik zu Gunsten aller gewerblichen Erwerbswirtschaften an, und die neuzeitliche Entwicklung brachte es mit sich, daß diese Zweckbestimmung besonders betont wird. Die Ursache hierfür liegt darin, daß sich auf dem Gebiete der Technik die Interessen der angestellten Ingenieure und diejenigen der Unternehmer begegnen, denn auch die Ingenieure müssen mit Rücksicht auf das Fortschreiten der Technik bestrebt sein, sich über ihren Stand auf dem laufenden zu halten. So sind die Ingenieurverbände gewissermaßen Zwitterbildungen — einerseits Berufs- und Standesorganisationen und andererseits technisch-wissenschaftliche Vereinigungen — und dieser Umstand hat ihren wirkungsvollen Bestand mitunter gefährdet.

Obzwar die Ingenieurverbände ihre wirtschaftspolitische Neutralität betonen und oft angeben, daß sie sich von wirtschaftspolitischer Betätigung fernhalten, so überwiegen in ihnen, abgesehen von ihrer sozialpolitischen Einstellung, in wirtschaftspolitischer Hinsicht doch die Interessen der Unternehmer. Dies ist leicht begreiflich, da die Unternehmer bestrebt sind, die Ingenieurverbände als Werkzeug für ihre wirtschaftspolitischen Bestrebungen zu benutzen und da die Interessen der angestellten Ingenieure auf wirtschaftspolitischem Gebiet denen der Unternehmer kaum zuwiderlaufen.

Aus dem eigentümlichen Wesen der Ingenieurverbände ergibt sich die Art ihrer Tätigkeit beim technischen Zusammenarbeiten zwischen mehreren Unternehmungen.

Der Umstand, daß in ihnen Unternehmerinteressen in starkem Ausmaß zur Geltung kommen und die große Bedeutung, die den In-

genieurverbänden beim Austausch technischer Erfahrungen zukommt, rechtfertigt ihre eingehende Behandlung an dieser Stelle.

Zu den ältesten Vereinigungen, die als Vorläufer der neuzeitlichen Ingenieurverbände anzusehen sind, zählt die im Jahre 1775 von dem Nationalökonom Bünch ins Leben gerufene Hamburgische Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe. Dieser Gründung folgte 1777 diejenige der Gesellschaft des Guten und Gemeinnützigen zu Basel und 1789 diejenige der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit in Lübeck. 1792 wurde in Nürnberg ein Gewerbeverein gegründet, 1803 entstand die Schlesische Gesellschaft für vaterländische Kultur und in den folgenden Jahren wurden auch in Würzburg, im Aargau, in München, in Frankfurt/Main, in Leipzig und anderen Orts Gewerbevereine gegründet.

Schon die Namensbezeichnungen der ältesten Vereinigungen deuten auf die Uneinheitlichkeit ihrer Zielsetzung hin. Erst um die Mitte des vorigen Jahrhunderts setzte eine gewisse Differenzierung hinsichtlich des Verbandszwecks ein. Der erste Gewerbeverein von Bedeutung, der nicht mehr innungsmäßigen, handwerklichen Charakter hatte und sich gegenüber den älteren Vereinigungen uneinheitlicher Zielsetzung durch eine konkrete, industrietechnische Einstellung unterscheidet, ist der im Jahre 1821 zu Berlin gegründete und gegenwärtig noch bestehende Verein zur Beförderung des Gewerbefleißes. Auch der 1836 zu Coblenz gegründete Gewerbeverein hatte von allem Anbeginn ausschließlich technisch-wissenschaftliche Bestrebungen<sup>6)</sup>.

Vorerst begnügte man sich noch mit der Gründung von Vereinen, in denen alle Gewerbebezüge in der gleichen Weise vertreten waren, und erst nach der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts schritt man zur Gründung besonderer Fachvereine.

Im Jahre 1848 riefen die Zöglinge des Königlichen Gewerbeinstitutes zu Berlin den Verein Hütte ins Leben, aus dem im Jahre 1856 der Verein Deutscher Ingenieure hervorging, der sich zum bedeutendsten deutschen Ingenieurverband entwickelte<sup>7)</sup>. Nach seinem Muster wurden fast alle nach ihm gegründeten Vereine ähnlicher Art organisiert. Seine Gliederung ist in zweifacher Hinsicht durchgeführt, einerseits in örtlicher und andererseits in fachlicher. Dem Vollzug besonderer Aufgaben des Zusammenarbeitens dienen Arbeitsausschüsse, vielfach Kommissionen genannt, in die oft Unternehmungen ihre Vertreter entsenden.

Die fortschreitende Spezialisierung brachte es mit sich, daß sich vom Verein Deutscher Ingenieure eine Reihe anderer Organisationen löste. Durch die Loslösung von Vereinigungen spezieller Fachrichtung werden besondere technisch-wissenschaftliche Interessen

<sup>6)</sup> Verhandlungen des Gewerbevereines zu Coblenz, 1836.

<sup>7)</sup> Damm, Geschichte der Hütte, und Peters, Geschichte des Vereins Deutscher Ingenieure, 1912.

einander nahegebracht, die in einer Vereinigung allgemeiner Art einander nur schwer begegnen würden.

Im Jahre 1881 schieden aus dem Verein Deutscher Ingenieure die Maschineningenieure der Eisenbahn und anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften aus und schlossen sich im Verein Deutscher Maschineningenieure zusammen, der sich seit dem Jahre 1919 Deutsche Maschinentechnische Gesellschaft nennt. Ein Jahr vor der Gründung des Vereins Deutscher Maschineningenieure war die 1860 gegründete Vereinigung Deutscher Eisenhüttenleute, die im Jahre 1862 dem Verein Deutscher Ingenieure beigetreten war, aus ihm ausgeschieden. Im Rahmen des Vereins Deutscher Ingenieure verblieb die von ihm gegründete Gesellschaft für Bauingenieurwesen und die gleichfalls von ihm gegründete Gesellschaft für Metallkunde. Im Jahre 1918 entstand als ein Ergebnis der Bestrebungen nach Rationalisierung der technischen Produktion der Ausschuß für wirtschaftliche Fertigung und als ein Ergebnis des zunehmenden Interesses für Betriebsfragen wurde 1920 die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Betriebsingenieure gegründet.

Der Charakter jener Vereinigungen, die aus dem Verein Deutscher Ingenieure hervorgegangen sind, ist nicht einheitlich. Die Deutsche Maschinentechnische Gesellschaft ist eine Vereinigung im Staatsdienst oder im Dienst öffentlich-rechtlicher Körperschaften stehender Ingenieure und hat vor allem sozialpolitische Bestrebungen. Der aus der Vereinigung Deutscher Eisenhüttenleute hervorgegangene Verein Deutscher Eisenhüttenleute hat hingegen vorwiegend technisch-wissenschaftliche Bestrebungen und hat aber überdies auch ziemlich stark ausgesprochene handelspolitische Tendenzen. Im Zusammenhang damit steht die Tatsache, daß der Einfluß von Seiten der Unternehmer auf ihn ein relativ großer ist. Aus den Satzungen geht die Eigenart des Charakters des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute schon hervor. Dort heißt es, daß der Verein die praktische Ausbildung des Eisen- und Stahlhüttenwesens bezweckt, die Vertretung und Wahrung der Interessen dieser Gewerbezweige und die Förderung des Verbrauches von Eisen und Stahl in allen Formen. Auch aus der Geschäftstätigkeit des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute ergibt sich dessen wirtschaftspolitische Einstellung. Im Jahre 1888 richtete er an die preußische Regierung eine Eingabe um Herabsetzung der Eisenbahnfrachten für Erze und Kohlen und um Kanalisierung der Mosel<sup>9)</sup>. Ferner ist der Umstand, daß der Verein Deutscher Eisenhüttenleute enge Beziehungen zum Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller unterhält, für sein Wesen kennzeichnend.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Fertigung, der, wie die Deutsche Maschinentechnische Gesellschaft und der Verein Deutscher Eisenhüttenleute, aus dem Verein Deutscher Ingenieure

<sup>9)</sup> Weil, Die Hauptorganisation in der deutschen Technikerschaft, 1912 (Diss. Erlangen), S. 112.

hervorgegangen ist, hat andere Wesenseigentümlichkeiten wie diese Verbände. Er befaßt sich überhaupt nicht mit Standesfragen, sondern hat ausschließlich technisch-wirtschaftliche Zielsetzung. Vor allem besteht seine Aufgabe darin, Grundsätze für die Durchführung einer einheitlichen Selbstkostenberechnung aufzustellen.

Eine Organisation, die das Zusammenarbeiten zwischen den verschiedenen Ingenieurverbänden regeln will, ist das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit in Industrie und Handwerk. Die Bestrebungen dieser Körperschaft zielen darauf hin, unwirtschaftliches Parallelarbeiten zwischen verschiedenen Verbänden hintanzuhalten, eine Arbeitsteilung zwischen ihnen vorzunehmen, ferner die vom Staat und von der Industrie zum Zwecke technisch-wissenschaftlicher Forschung bereitgestellten Mittel zu sammeln und gemäß dem von ihr aufgestellten Arbeitsplan an die verschiedenen technisch-wissenschaftlichen Vereinigungen zu verteilen<sup>10)</sup>. Technisch gerichteter wissenschaftlicher Forschung selbst obliegen will diese Körperschaft aber nicht, sondern sie will sie lediglich organisieren. Auch die Vertretung der Standes- und Berufsinteressen der Ingenieure liegt außerhalb ihres Tätigkeitsbereiches.

Der auf Anregungen, die im Jahre 1891 anlässlich der internationalen elektrotechnischen Ausstellung in Frankfurt a. M. ergangen waren, gegründete Verband Deutscher Elektrotechniker ist ein Rahmenverband elektrotechnischer Vereinigungen<sup>11)</sup>. Er umfaßt gegenwärtig außer dem schon 1879 gegründeten Elektrotechnischen Verein zu Berlin denjenigen zu Aachen, Breslau, Hamburg, Mannheim-Ludwigshafen, München, Krefeld, Karlsruhe, Essen, Kiel, Erfurt, Stuttgart, die Elektrotechnische Gesellschaft zu Köln, diejenige zu Frankfurt a. M. u. a. Wie im Verein Deutscher Ingenieure, so bestehen auch im Verband Deutscher Elektrotechniker eigene Arbeitsausschüsse, denen der Vollzug einer Arbeitsverbindung zwischen besonderen Einzelarbeiten der Verbandsmitglieder obliegt.

Der Verband Deutscher Elektrotechniker nimmt unter den technisch-wissenschaftlichen Verbänden infolge der ihm behördlich zuerkannten Befugnisse eine besonders bedeutende Stellung ein. Seinen Arbeitsausschüssen obliegt es, Vorschriften für die Errichtung elektrischer Anlagen aufzustellen, an deren Einhaltung die Behörden die Erteilung der Ausführungskonzession knüpfen und der Verband Deutscher Elektrotechniker ist befugt, diese Vorschriften dem jeweiligen Stand der Technik entsprechend abzuändern. Deren neue Fassung ist ohne abermalige Genehmigung durch die Behörden verbindlich.

Zu den Ingenieurverbänden mit wirtschaftspolitischer Färbung zählt der im Jahre 1859 in Berlin gegründete Deutsche Verein

<sup>10)</sup> Mitteilung des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit in Industrie und Handwerk; vgl. ferner Zeitschr. Technik und Wirtschaft, Jg. 1926, S. 24 ff.

<sup>11)</sup> Näheres über die Geschichte des VDE. siehe in dessen Festschrift 1893—1918.

von Gas- und Wasserfachmännern<sup>11)</sup>. Diese Einstellung hat ihre Ursache darin, daß das Gas- und Wassergewerbe sich aus vielen mittleren und kleineren Unternehmungen zusammensetzt; daher zählen zu den Mitgliedern des Vereins nicht vorwiegend angestellte Techniker, sondern auch viele selbständige Unternehmer, und dieser Umstand brachte es mit sich, daß der Verein von Gas- und Wasserfachmännern sich nicht nur in technischer und sozialpolitischer Beziehung betätigt, sondern sich auch mit der Vertretung spezifischer Interessen des Unternehmertums befaßt.

Die besondere Richtung des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern kommt dadurch zum Ausdruck, daß er sich die Hebung seines Gewerbebezuges durch Propaganda für die Verwendung von Gas zum Kochen und Heizen angelegen sein läßt. Auch in den Kampf, der durch das Aufkommen und die Vervollkommenung des elektrischen Glühlichts gegen die Gasbeleuchtung entbrannte, griff der Verein Deutscher Gas- und Wasserfachmänner durch Propaganda für die Gasbeleuchtung ein. Um der Benutzung von Gasgeräten größere Verbreitung zu verleihen, leitete er die Veranstaltung von Ausstellungen in die Wege und führte Wandervorträge durch.

Entscheidend dafür, daß die meisten Ingenieurverbände bestrebt sind, wirtschaftspolitisch neutral zu bleiben, so daß jene Ingenieurverbände, die sich wirtschaftspolitisch betätigen, geradezu eine Sonderstellung einnehmen, war eine Entschliebung des Vereins Deutscher Ingenieure.

In den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, als in Deutschland der Kampf der Meinungen um Schutzzoll oder Freihandel tobte, war oftmals ein korporativer Anschluß des Vereins Deutscher Ingenieure an den schutzzöllnerischen Zentralverband Deutscher Industrieller zur Beförderung und Wahrung nationaler Arbeit vorgeschlagen worden. Der Verein Deutscher Ingenieure lehnte jedoch alle dahingehenden Bestrebungen mit der Begründung ab, daß eine Hereinziehung des Gebiets „materieller“ Interessen bei aller Anerkennung der auf Verbesserung der gewerblichen Lage hinzielenden Bemühungen unerwünscht sei<sup>12)</sup>.

Die Entwicklungsgeschichte des Verbandes Deutscher Chemiker bietet ebenso wie diejenige des Vereins Deutscher Ingenieure ein Beispiel für die das Verbandswesen beherrschenden Entwicklungstendenzen, diejenige der Konzentration, der Vereinigung von Verbänden gleicher Art und diejenige der Differenzierung, der Loslösung von Sonderverbänden aus Verbänden allgemeiner Art.

Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts gab es in Deutschland drei größere Vereinigungen von Chemikern: die Freie Vereinigung bayrischer Vertreter der angewandten Chemie, deren Mitglieder Nahrungsmittelchemiker waren, der Verein sächsischer analytischer Chemiker und die Deutsche Gesellschaft für angewandte Chemie. Diese Vereinigung strebte danach, eine so breite Basis zu

<sup>11)</sup> Vgl. Goebel, Selbstverwaltung in Technik und Wirtschaft, 1921, S. 38 ff.

<sup>12)</sup> Peters a. a. O., S. 27.

bilden, daß sie die Gesamtheit aller deutschen Chemikervereine aufnehmen könne, und aus diesem Streben heraus entstand der Verein Deutscher Chemiker. Als Folge der zunehmenden Spezialisierung ist aus ihm im Jahre 1935 der Verein der Zellstoff- und Papierchemiker hervorgegangen<sup>13)</sup>.

Der Verein Deutscher Chemiker hat im Lauf seiner Entwicklung seinen Charakter verändert. Ursprünglich war er eine Vereinigung mit ausschließlich technisch-wissenschaftlicher Zielsetzung. Mit der Industrialisierung des chemischen Gewerbes gewannen die angestellten Chemiker in ihm einen zunehmenden Einfluß, und daher wandte er sich auch sozialpolitischen Fragen zu. Die politischen Aufgaben, die sich der Verein Deutscher Chemiker stellt, beschränken sich jedoch auf die Wahrung der Interessen des Chemikerstandes und er lehnt ein Eingreifen in Fragen allgemeiner Wirtschaftspolitik ab.

Nunmehr besteht fast für jedes technische Sondergebiet ein eigener Fachverband. Zur Vervollständigung des bisher gegebenen Bildes sei noch auf die im Jahre 1899 erfolgte Gründung der Schiffsbau-technischen Gesellschaft und auf die im Jahre 1909 vollzogene Gründung des Vereins Deutscher Gießerei-Fachleute sowie die im Jahre 1912 erfolgte Gründung der Gesellschaft Deutscher Metallhütten- und Bergleute hingewiesen. Zu den Verbänden, die die Interessenvertretung des Ingenieurstandes nicht in ihren Arbeitsbereich mit einbezogen haben, sondern ausschließlich technischen Arbeiten obliegen, zählt noch der Normenausschuß der Deutschen Industrie. Von jenen Vereinigungen, die den Gedanken technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeitens hinter demjenigen der Interessenvertretung ihrer Mitglieder zurücktreten lassen — wie etwa der Verein Deutscher Diplom-Ingenieure — kann hier abgesehen werden.

Nur der Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine muß an dieser Stelle noch erwähnt werden. Dieser Verband ist eine Spitzenorganisation, in der fast alle deutschen technisch-wissenschaftlichen Verbände zusammengeschlossen sind. Schon im Jahre 1870 war im Rahmen des Vereins Deutscher Ingenieure vorgeschlagen worden, die Gesamtheit aller technisch-wissenschaftlichen Verbände in einer Spitzenorganisation zusammenzufassen. Damals wurde jedoch dieser Vorschlag abgelehnt und gelangte erst im Jahre 1916 zur Ausführung.

Die Bedeutung, die den Ingenieurverbänden dadurch zukommt, daß sie den Rahmen bilden, innerhalb dessen sich mehrere Unternehmungen zusammenfinden können, um gemeinsam Erfahrungen auszutauschen und technisch-wissenschaftliche Arbeiten auszuführen, geht am besten aus einem Überblick über eine Reihe bedeutender Arbeiten hervor, die innerhalb der Ingenieurverbände von Vertretern gewerblicher Erwerbswirtschaften ausgeführt wurden. Ein Zusammenarbeiten von Vertretern der Industrie findet vor allen Dingen in den Arbeitsausschüssen der Ingenieurverbände statt.

Einer Kommission des Verbandes Deutscher Elektrotechniker, der

<sup>13)</sup> Göbel, a. a. O., S. 40.



von Gas- und Wasserfachmännern<sup>11)</sup>). Diese Einstellung hat ihre Ursache darin, daß das Gas- und Wassergewerbe sich aus vielen mittleren und kleineren Unternehmungen zusammensetzt; daher zählen zu den Mitgliedern des Vereins nicht vorwiegend angestellte Techniker, sondern auch viele selbständige Unternehmer, und dieser Umstand brachte es mit sich, daß der Verein von Gas- und Wasserfachmännern sich nicht nur in technischer und sozialpolitischer Beziehung betätigt, sondern sich auch mit der Vertretung spezifischer Interessen des Unternehmertums befaßt.

Die besondere Richtung des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern kommt dadurch zum Ausdruck, daß er sich die Hebung seines Gewerbebezuges durch Propaganda für die Verwendung von Gas zum Kochen und Heizen angelegen sein läßt. Auch in den Kampf, der durch das Aufkommen und die Vervollkommenung des elektrischen Glühlichts gegen die Gasbeleuchtung entbrannte, griff der Verein Deutscher Gas- und Wasserfachmänner durch Propaganda für die Gasbeleuchtung ein. Um der Benutzung von Gasgeräten größere Verbreitung zu verleihen, leitete er die Veranstaltung von Ausstellungen in die Wege und führte Wandervorträge durch.

Entscheidend dafür, daß die meisten Ingenieurverbände bestrebt sind, wirtschaftspolitisch neutral zu bleiben, so daß jene Ingenieurverbände, die sich wirtschaftspolitisch betätigen, geradezu eine Sonderstellung einnehmen, war eine Entschliebung des Vereins Deutscher Ingenieure.

In den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, als in Deutschland der Kampf der Meinungen um Schutzzoll oder Freihandel tobte, war oftmals ein korporativer Anschluß des Vereins Deutscher Ingenieure an den schutzzöllnerischen Zentralverband Deutscher Industrieller zur Beförderung und Wahrung nationaler Arbeit vorgeschlagen worden. Der Verein Deutscher Ingenieure lehnte jedoch alle dahingehenden Bestrebungen mit der Begründung ab, daß eine Hereinziehung des Gebiets „materieller“ Interessen bei aller Anerkennung der auf Verbesserung der gewerblichen Lage hinzielenden Bemühungen unerwünscht sei<sup>12)</sup>.

Die Entwicklungsgeschichte des Verbandes Deutscher Chemiker bietet ebenso wie diejenige des Vereins Deutscher Ingenieure ein Beispiel für die das Verbandswesen beherrschenden Entwicklungstendenzen, diejenige der Konzentration, der Vereinigung von Verbänden gleicher Art und diejenige der Differenzierung, der Loslösung von Sonderverbänden aus Verbänden allgemeiner Art.

Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts gab es in Deutschland drei größere Vereinigungen von Chemikern: die Freie Vereinigung bayrischer Vertreter der angewandten Chemie, deren Mitglieder Nahrungsmittelchemiker waren, der Verein sächsischer analytischer Chemiker und die Deutsche Gesellschaft für angewandte Chemie. Diese Vereinigung strebte danach, eine so breite Basis zu

<sup>11)</sup> Vgl. Goebel, Selbstverwaltung in Technik und Wirtschaft, 1921, S. 38 ff.

<sup>12)</sup> Peters a. a. O., S. 27.

bilden, daß sie die Gesamtheit aller deutschen Chemikervereine aufnehmen könne, und aus diesem Streben heraus entstand der Verein Deutscher Chemiker. Als Folge der zunehmenden Spezialisierung ist aus ihm im Jahre 1935 der Verein der Zellstoff- und Papierchemiker hervorgegangen<sup>13)</sup>.

Der Verein Deutscher Chemiker hat im Lauf seiner Entwicklung seinen Charakter verändert. Ursprünglich war er eine Vereinigung mit ausschließlich technisch-wissenschaftlicher Zielsetzung. Mit der Industrialisierung des chemischen Gewerbes gewannen die angestellten Chemiker in ihm einen zunehmenden Einfluß, und daher wandte er sich auch sozialpolitischen Fragen zu. Die politischen Aufgaben, die sich der Verein Deutscher Chemiker stellt, beschränken sich jedoch auf die Wahrung der Interessen des Chemikerstandes und er lehnt ein Eingreifen in Fragen allgemeiner Wirtschaftspolitik ab.

Nummehr besteht fast für jedes technische Sondergebiet ein eigener Fachverband. Zur Vervollständigung des bisher gegebenen Bildes sei noch auf die im Jahre 1899 erfolgte Gründung der Schiffsbau-technischen Gesellschaft und auf die im Jahre 1909 vollzogene Gründung des Vereins Deutscher Gießerei-Fachleute sowie die im Jahre 1912 erfolgte Gründung der Gesellschaft Deutscher Metallhütten- und Bergleute hingewiesen. Zu den Verbänden, die die Interessenvertretung des Ingenieurstandes nicht in ihren Arbeitsbereich mit einbezogen haben, sondern ausschließlich technischen Arbeiten obliegen, zählt noch der Normenausschuß der Deutschen Industrie. Von jenen Vereinigungen, die den Gedanken technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeitens hinter demjenigen der Interessenvertretung ihrer Mitglieder zurücktreten lassen — wie etwa der Verein Deutscher Diplom-Ingenieure — kann hier abgesehen werden.

Nur der Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine muß an dieser Stelle noch erwähnt werden. Dieser Verband ist eine Spitzenorganisation, in der fast alle deutschen technisch-wissenschaftlichen Verbände zusammengeschlossen sind. Schon im Jahre 1870 war im Rahmen des Vereins Deutscher Ingenieure vorgeschlagen worden, die Gesamtheit aller technisch-wissenschaftlichen Verbände in einer Spitzenorganisation zusammenzufassen. Damals wurde jedoch dieser Vorschlag abgelehnt und gelangte erst im Jahre 1916 zur Ausführung.

Die Bedeutung, die den Ingenieurverbänden dadurch zukommt, daß sie den Rahmen bilden, innerhalb dessen sich mehrere Unternehmungen zusammenfinden können, um gemeinsam Erfahrungen auszutauschen und technisch-wissenschaftliche Arbeiten auszuführen, geht am besten aus einem Überblick über eine Reihe bedeutender Arbeiten hervor, die innerhalb der Ingenieurverbände von Vertretern gewerblicher Erwerbswirtschaften ausgeführt wurden. Ein Zusammenarbeiten von Vertretern der Industrie findet vor allen Dingen in den Arbeitsausschüssen der Ingenieurverbände statt.

Einer Kommission des Verbandes Deutscher Elektrotechniker, der

<sup>13)</sup> Göbel, a. a. O., S. 40.

die Aufgabe oblag, einheitliche Bezeichnungen für die spezifische Leitfähigkeit der Metalle einzuführen, gehörten die Firmen Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Siemens & Halske, Hedderheimer Kupferwerke und Felten & Guillaume an, in einer anderen, die einheitliche Lieferungsbedingungen für Glühlampen aufzustellen hatte, waren die Firmen Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Schuckert & Co., Helios, Naglo, Lahmeyer und Kummer vertreten, in eine auf Antrag der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und der Vereinigung der Elektrizitätswerke eingesetzten Kommission für Lichtmessung entsandten die Firmen Siemens & Schuckert, Körting & Mathiesen und Hartmann & Braun ihre Vertreter, an einer Kommission, die sich mit Elektrizitätszählern zu befassen hatte, beteiligten sich die Firmen Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Siemens & Schuckert, H. Aron Elektrizitätsgesellschaft, Solar-Zählerwerke, Schott & Genossen, Isaria Zählerwerke u. a. m.<sup>14)</sup>

Mitunter ist es erforderlich, daß mehrere Verbände zusammenwirken. So etwa lagen die Verhältnisse, als der Verein Deutscher Elektrotechniker daran ging, die Frage nach der Verhütung von Zerstörungen durch vagabundierende Ströme zu lösen. Derartige Ströme, die etwa von den Wicklungen elektrischer Maschinen durch deren Achse, Lager und Fundamentplatte in das Erdreich eintreten, verlaufen dort entlang des geringsten elektrischen Widerstandes, der sich ihnen darbietet, etwa an Wasser- oder Gasrohren entlang und rufen an ihnen infolge elektrolytischer Wirkungen mitunter ungeheure Zerstörungen hervor. Insbesondere die bei elektrischen Bahnanlagen auftretenden Erdströme verursachen durch elektrolytische Wirkungen großen Schaden. Als der Elektrotechnische Verein sich der Aufgabe zuwandte, Maßnahmen zu ermitteln, um den durch Erdströme entstehenden Zerstörungen vorzubeugen, wurde vor allem eine statistische Erhebung durchgeführt, bei welcher der Verein Deutscher Straßen- und Kleinbahnverwaltungen und der Verband Deutscher Gas- und Wasserfachmänner mitwirkte. Durch diese Erhebung, die sich auf sämtliche deutsche elektrische Straßenbahnen erstreckte und auch die Gas- und Wasserwerke mitinbegriff, sollte das in den Betrieben der einzelnen Unternehmungen gewonnene statistische Urmaterial erfaßt werden, um auf Grund dessen „Leitsätze betreffend den Schutz metallischer Rohrleitungen gegen Erdströme elektrischer Bahnen“ aufstellen zu können<sup>15)</sup>.

Auch um die Frage nach geeigneten Maßnahmen zum Schutze elektrischer Leitungen gegen Überspannungen zu lösen, die etwa infolge statischer Aufladungen durch atmosphärische Elektrizität entstehen können, sowie um geeignete Maßnahmen zum Schutze elektrischer Leitungen gegen Blitzgefahr treffen zu können, wurden durch den Elektrotechnischen Verein statistische Erhebungen durchgeführt, die sich nicht nur auf Deutschland, sondern auch auf Österreich, Italien, die Schweiz, Frankreich und Belgien erstreckten<sup>16)</sup>.

<sup>14)</sup> Vgl. Festschrift a. a. O.

<sup>15)</sup> Weil a. a. O., S. 80.

<sup>16)</sup> Weil a. a. O., S. 81.

Auch zur Lösung von technischen Fragen des Gas- und Wasserwerkes waren zahlreiche statistische Erhebungen erforderlich<sup>17)</sup>. So wurde beispielsweise eine Kommission mit der Aufgabe betraut, eine Statistik der Betriebsergebnisse der Gasanstalten auszuarbeiten. Um auf Gasmesser sich beziehende Fragen beantworten zu können, wurden von einer großen Anzahl von Gasanstalten an Gasmessern verschiedener Herkunft Beobachtungen angestellt, auf Grund deren Zusammenfassung man zu dem Ergebnis kam, daß die Bedenken, die gegen trockene Gasmesser geäußert worden waren, im wesentlichen nicht gerechtfertigt seien. Eine eigene Kommission für Wasserstatistik wurde mit der Aufgabe betraut, die Betriebsergebnisse aller größeren deutschen Städte statistisch zu erfassen und auszuwerten.

Auch zur Einführung von Normen ist ein Zusammenarbeiten erforderlich, wobei mitunter statistische Methoden Anwendung finden. Als im Jahre 1894 beim Verein Deutscher Gas- und Wasserfachmänner eine Kommission eingesetzt wurde, um „Wassernormalien“ aufzustellen, wurde vor allem eine Erhebung durchgeführt, die sowohl städtische Wasserwerke als auch industrielle Unternehmungen mitinbegriff. Mit Rücksicht darauf, daß die Wassernormalien auch für andere Gewerbezweige von Bedeutung sind, arbeitete die Normalienkommission des Vereins Deutscher Gas- und Wasserfachmänner gemeinsam mit einer Normalienkommission des Vereins Deutscher Ingenieure, unterhielt aber auch Beziehungen zu einem internationalen Ausschuß zur Vereinheitlichung von Schraubengewinden.

#### Bemerkung.

Das Zusammenarbeiten bei der Vereinheitlichung der industriellen Produktion.

Sowohl der Vollzug der Normung, der Vereinheitlichung einzelner Bauelemente, als auch derjenige der Typung, der Vereinheitlichung vollständiger Kombinationen, erfordert Zusammenarbeit.

Die bewußte Durchführung der vollständigen Vereinheitlichung ist meist der Abschluß eines Vorganges, der der Tendenz der Technik nach einer selbsttätigen, mehr oder minder vollständigen Vereinheitlichung entspringt. Denn im Lauf der technischen Vervollkommenung eines Erfindungsgegenstandes erfolgt eine bis zu einem gewissen Grade unbewußte gegenseitige Angleichung seiner Ausführungsformen und Ausführungsgrößen, ein Vorgang, der darin seine Erklärung findet, daß sich im Lauf der Zeit eine bestimmte Form und eine bestimmte Größe unter allen anderen als die zweckmäßigste erweist. Erst wenn diese Tendenz der selbsttätigen Vereinheitlichung eines aus verschiedenen Ursprungsstellen hervorgegangenen Erzeugnisses sichtbar zu Tage tritt, dann scheint der Zeitpunkt gekommen, durch einen be-

<sup>17)</sup> Die verschiedenen über den Verein Deutscher Gas- und Wasserfachleute hier gemachten Angaben sind vorzugsweise der Festschrift zur Feier seines 50 jährigen Bestehens entnommen. Erschienen 1909.

wußten Akt eine vollständige Vereinheitlichung durchzuführen: denn erst dann ist die Entwicklung der Technik soweit fortgeschritten, daß sich unter den noch bis zu einem gewissen Grade unterschiedlichen Ausführungsformen und Ausführungsgrößen die technisch brauchbarste aussondern läßt. Zum bewußten Vollzug vollkommener Vereinheitlichung ist daher ein Vergleich der bestehenden Ausführungsarten erforderlich, um unter ihnen die zweckmäßigste ermitteln zu können, und ein solcher Vergleich ist nur dann möglich, wenn ein Zusammenarbeiten stattfindet. Liegen einer Stelle, welcher der Vollzug der Vereinheitlichung obliegt, die Gesamtheit der bestehenden Ausführungsarten vor, so kann diese mit großer Wahrscheinlichkeit darauf schließen, daß jene Ausführungsart, die sich unter allen am häufigsten vorfindet, d. h. diejenige, der die Technik in ihrer Entwicklung zustrebt, die zweckmäßigste ist. Auf diese Weise ergibt sich der Vereinheitlichungsentwurf als etwas natürlich entstandenes, gleichsam als der Abschluß eines organisch sich vollziehenden Prozesses. Eine Voraussetzung für die Güte des Vereinheitlichungsentwurfes, d. h. für dessen Zweckmäßigkeit aber besteht darin, daß die Zahl der der Vereinheitlichungsstelle zur Verfügung stehenden Unterlagen eine möglichst große ist, denn dann erst besteht die Möglichkeit, unter weitgehendster Vermeidung subjektiver Werturteile hinsichtlich der Zweckmäßigkeit verschiedener Ausführungsarten die zweckmäßigste unter ihnen nach dem Grad der Häufigkeit, in dem diese angewendet wird, ermitteln zu können<sup>19)</sup>. Hieraus geht des weiteren die Bedeutung des Zusammenarbeitens beim Vollzug der vollständigen Vereinheitlichung hervor. Diese kann nur dann von einer beschränkten Zahl von Unternehmungen in zweckmäßiger Weise erfolgen, wenn es sich um Spezialnormen oder Spezialtypen handelt. Soll jedoch ein Erzeugnis vereinheitlicht werden, das nicht nur für eine beschränkte Anzahl von Unternehmungen in Betracht kommt, so eignet sich für den Vollzug der Vereinheitlichung nicht ein Verband, der nur eine beschränkte Anzahl von Unternehmungen umfaßt, etwa ein Kartell, sondern nur ein Organ, in dem eine möglichst große Anzahl von Unternehmungen zusammengefaßt werden kann, ein Organ, dessen Vereinheitlichungsvorschläge sich nach Möglichkeit aus dem Zusammenarbeiten industrieller Erwerbswirtschaften des ganzen Reichsgebietes ergeben und dessen Vereinheitlichungsvorschriften dann auch für das ganze Reichsgebiet maßgebend sind. Dieser Forderung entspricht es auch, daß der Vollzug der Vereinheitlichung im Maschinenbau, der ursprünglich den Arbeitsausschüssen der verschiedenen Ingenieurverbände des Maschinenbaues überlassen war, zuerst einer eigenen hierzu geschaffenen Stelle, dem Normenausschuß für den Deutschen Maschinenbau übertragen wurde, und daß aus dieser Stelle im Jahre 1917 der Normenausschuß der Deutschen Industrie hervorging, dem die Vereinheitlichung der gesamten deutschen industriellen Produktion, gleichgültig welcher besonderen Art, ob-

<sup>19)</sup> Vgl. Daeves a. a. O. S. 13.

liegt. Nur wenn es sich um die Schaffung spezieller Normen oder Typen handelt, so wird die Ausarbeitung des betreffenden Entwurfs speziellen Fachverbänden übertragen.

Der Vorgang der Vereinheitlichung beim Normenausschuß der Deutschen Industrie ist folgender<sup>19)</sup>. Auf Grund der durch die Industrie und die technisch-wissenschaftlichen Verbände beim Normenausschuß der Deutschen Industrie vorgebrachten Anregungen wird durch einen Arbeitsausschuß ein Vorentwurf aufgestellt, der sich an jene Ausführungsarten anlehnt, die am zweckmäßigsten scheinen. Dieser Vorentwurf wird mit einer beschränkten Einspruchszeit veröffentlicht, um der Industrie und den Verbänden Gelegenheit zu Verbesserungsvorschlägen zu geben. Unter Berücksichtigung dieser Vorschläge wird nunmehr ein neuer Entwurf aufgestellt und abermals veröffentlicht. Vorausgesetzt, daß dieser Entwurf durch den Beirat des Normenausschusses, der sich aus Sachverständigen und den Obmännern der Arbeitsausschüsse zusammensetzt, genehmigt wird, kann er nunmehr durch den Vorstand des Normenausschusses als „Deutsche Industrienorm“ (DIN) für verbindlich erklärt werden.

Schon seit langem sind Bestrebungen im Gange, die auf eine internationale Regelung der Normung und der Typung hinzielen. Durch eine solche würde das den Vereinheitlichungsentwürfen zu Grunde liegende Material einen wesentlich größeren Umfang annehmen und dadurch deren Zweckmäßigkeit desto sicherer gewährleistet. Überdies, und das ist wohl noch wesentlicher, würde die Tatsache einer international gleichen Vereinheitlichung für die Wirtschaft von größtem Nutzen sein; denn dann bedürften Auslandsaufträge nicht mehr einer andersartigen Ausführungsart wie Inlandsaufträge und die Austauschfähigkeit von Bauteilen fremder Herkunft mit solchen heimischer Herkunft wäre möglich. Doch Bestrebungen, die nach einer international-einheitlichen Regelung hinzielen, sind bisher nur von beschränktem Erfolg begleitet gewesen. Unter diesen Umständen ist es besonders wertvoll, daß nunmehr in allen Industriestaaten eigene zentrale Normungsstellen entstanden sind, durch deren Zusammenarbeiten eine möglichst einheitliche Regelung der Vereinheitlichung angestrebt wird. Wie folgende Tabelle zeigt, bestehen in den meisten Industriestaaten stets eine Reihe einander entsprechender technisch-wissenschaftlicher Körperschaften, ein Umstand, der in jeder Hinsicht ein internationales Zusammenarbeiten erleichtert.

<sup>19)</sup> Schlesinger, Über Normung, Typung und Spezialisierung. (o. J.)

|                                |   |   |   |
|--------------------------------|---|---|---|
| Deutschland                    | Verein deutscher Ingenieure   | Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit in Industrie und Handwerk.  | Normenausschuß der Deutschen Industrie                        |
| Vereinigte Staaten von Amerika | American Society of Civil Engineers;<br>American Society of Mechanical Engineers. | National Industrial Research Council<br>(gegr. 1916)  | American Engineering Standards Committee                      |
| England                        | Institution of Civil Engineers;<br>Institution of Mechanical Engineers.           | Committee of the Privy Council for Scientific and Industrial Research<br>(gegr. 1917)                                   | British Engineering Standards Association                     |
| Frankreich                     | Société des Ingénieurs Civils de France   | Office National des Recherches Scientifiques et Industrielles et des Inventions du Ministère de l'Instruction Publique. | Commission Permanente de Standardisation                      |
| Italien                        | Associazione Nazionale degli Ingegneri Italiani                                   |   | Comitato generale per l'unificazione nell'Industria Meccanica |

## V. Der Austausch von Erfindungen.

In der Folge soll nur von solchen Erfindungen die Rede sein, für die ein gewerbliches Schutzrecht erteilt wurde. Diese Voraussetzung schränkt aber den Kreis der technischen Erfindungen nur in unwesentlicher Weise ein, weil die gesetzlich geschützte Erfindung eine Erscheinungsform neuzeitlicher Volkswirtschaft ist, in der die meisten Erfindungen auftreten.

Durch die Erteilung eines gewerblichen Schutzrechtes wird einem Unternehmer ein absolutes Monopol verliehen. Was kann ihn bewegen, ein unbedingtes Monopol durch die Erteilung von Lizenzen einzuschränken? Vor allem der Mangel einer Gelegenheit, dieses Monopol selbst in höchstmöglichem Ausmaß gewerbsmäßig auszubeuten; dann die Aussicht auf Erzielung von Gewinn durch Erhalt von Lizenzgebühren. Derartige Motive würden aber nur eine gewöhnliche Lizenzabgabe veranlassen, d. h. eine solche, bei der der Lizenznehmer nicht zu einer Gegenleistung der gleichen Art, also auch seinerseits zur Erteilung einer Lizenz verpflichtet wäre. Bei gewöhnlicher Lizenzabgabe bzw. Lizenzaufnahme findet kein Zusammenarbeiten statt; hingegen liegt der Gedanke des technischen Zusammenarbeitens jenen Abkommen zugrunde, die einen Austausch von Erfindungen bestimmen. Hierbei wird meist eine gegenseitige Abgabe von Lizenzen vereinbart, und zwar nicht nur auf die im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses von den Vertragsgegnern innegehabten Schutzrechte, sondern auch auf alle Schutzrechte, die nach Vertragsabschluß in den Besitz der Vertragsgegner gelangen. Sind die Motive, die zur gegenseitigen Abgabe von Lizenzen führen, erkannt, so sind damit auch gleichzeitig die Beweggründe des Austausches von Erfahrungen, die sich auf die Gegenstände der Lizenzen beziehen, aufgefunden. Diese sind einander identisch. Ein Unternehmer kann nur dann die mit dem Gegenstand eines gewerblichen Schutzrechtes gemachten Erfahrungen verwerten, wenn er ein Recht auf die Benutzung des Erfindungsgegenstandes hat. Auch die Motive zum Austausch von Erfahrungen, die sich nicht auf Gegenstände gewerblicher Schutzrechte beziehen, sind vielfach denen gegenseitiger Lizenzabgabe vollkommen gleichgeartet.

Die Beweggründe, die zu einem gegenseitigen Austausch von Erfindungen zwischen selbständigen Unternehmungen führen, beruhen auf der neuzeitlichen Gestaltung der Wirtschaft und Technik.

Der Vorgang des Erfindens hat im Laufe der fortschreitenden Entwicklung der technischen Wissenschaften eine vollkommene Wesens-



änderung erfahren. Dies läßt sich zwar nicht als allgemeingültiges Gesetz, aber dennoch als unverkennbare Tendenz feststellen. Die schon im Zeitalter der Renaissance in wachsendem Maße einzetende erfinderische Tätigkeit wird dadurch gekennzeichnet, daß ein einmal aufgetauchter Erfindungsgedanke sich von Generation zu Generation fortpflanzt, immer klarere und zweckentsprechendere Gestalt annimmt, durch die Vertiefung der Naturwissenschaften immer neue Hilfsmittel zu seiner Verwirklichung erhält und endlich, als Abschluß einer zeitlich sehr erheblichen Entwicklung, in einer für die Wirtschaft annehmbaren Weise verkörpert wird. Nunmehr setzt eine weitere Durchbildung des Erfindungsgegenstandes ein, die vorerst noch mit sehr bedeutsamen Verbesserungen verbunden ist. Schließlich geht der Erfindungsgegenstand seiner endgültigen Ausbildung entgegen, Verbesserungsmöglichkeiten schwinden mehr und mehr und werden stets geringfügiger. Für eine derartige Entwicklung bietet diejenige des Fahrrads, das nunmehr keiner wesentlichen Verbesserung mehr fähig scheint, ein gutes Beispiel. Ebenso hat auch die Entwicklung der elektrischen Gleichstrommaschine einen gewissen Stillstand erreicht.

Wesentlich anders wie ehemals vollzieht sich in der Gegenwart der Vorgang des Erfindens. Während früher nur einige wenige sich mit der Lösung einer durch die Wirtschaft aufgestellten technischen Aufgabe beschäftigten, wendet sich ihr nunmehr eine weitaus größere Anzahl von Köpfen zu, die über ein wesentlich besseres Rüstzeug verfügen als ehemals. Dies hat zur Folge, daß ein einmal aufgetauchter technischer Erfindungsgedanke meist nicht mehr wie einst eine Reihe von Erfindergenerationen durchlaufen muß, bevor er eine für die Wirtschaft annehmbare Verwirklichung findet, sondern in verhältnismäßig kurzer Zeit eine wirtschaftlich brauchbare Form annimmt. Gegenüber der frühtechnischen Epoche, in der das Erfinden als etwas exzeptionelles, fast ausschließlich als die Tätigkeit auserlesener Geister galt, ist das Erfinden nunmehr zu einer nicht außergewöhnlichen gewerblichen Berufstätigkeit geworden; es hat mehr oder weniger den Charakter von etwas Erlernbarem angenommen. Oft ergibt sich eine technische Erfindung schon aus einer systematischen Untersuchung aller in Frage kommenden Möglichkeiten. Das inspiratorische Moment in der Erfinderpsyche weicht immer mehr und mehr dem Konstruktiven. Insbesondere auf dem Gebiet der Chemie werden Entdeckungen und Erfindungen oft lediglich durch die Anwendung heuristischer Methoden gemacht. Im Hinblick auf den neuzeitlichen Charakter erfinderischer Tätigkeit liegt bei der Behandlung derselben Erfindungsaufgabe eine große Wahrscheinlichkeit vor, daß die gleiche Lösung von mehreren gleichzeitig oder nahezu gleichzeitig gefunden wird. Da das gewerbliche Schutzrecht aber dem ersten Anmelder verliehen wird, so tritt für den Unternehmer unter Umständen die Frage ob überhaupt erfunden, hinter diejenige, wann erfunden wird, gewissermaßen zurück. In dem zeitlichen Wettlauf nach der Priorität spielt das Zufallsmoment oft eine so große Rolle, daß die auf dem Gedanken der Förderung des Gewerbes beruhende Institution des gewerblichen Rechtsschutzes

zu einer Ursache gegenseitiger Behinderung bei der Ausübung gewerblicher Erwerbstätigkeit wird. Auf diesen Umstand ist es zum Teil zurückzuführen, daß wieder in jüngerer Zeit ernsthaft Forderungen nach einer Modifizierung der Gesetzgebung laut wurden, etwa dahingehend, daß dem Inhaber eines Patents kein Recht mehr auf die Verbotung der Benutzung des ihm geschützten Erfindungsgegenstandes, sondern lediglich Anspruch auf eine angemessene Entschädigung eingeräumt werden solle<sup>20)</sup>. Eine Vereinbarung zwischen industriellen Unternehmungen, derzufolge sich diese verpflichten, einander Lizenzen zu erteilen, ist ein Akt der Selbsthilfe. Durch ein solches Abkommen wird die gegenseitige Behinderung bei der Ausübung gewerblicher Erwerbstätigkeit, welche die Institution des gewerblichen Rechtsschutzes mit sich bringt, aufgehoben. Der Umstand gegenseitiger Abhängigkeit führt also dazu, daß der einzelne Unternehmer das mit einem gewerblichen Schutzrecht verbundene Verbotungsrecht gegenüber den ihm durch andere Unternehmungen zuerkannten Benutzungsrechten niederer einschätzt. Er verzichtet auf die ihm zustehenden Verbotungsrechte unter der Bedingung einer gleichartigen Gegenleistung.

Eine weitere Ursache für das Entstehen gegenseitiger Abhängigkeitsverhältnisse bildet neben der Art neuzeitlicher erfinderischer Tätigkeit die Vereinheitlichung des Bedarfs, da sich hierdurch eine Vielzahl von Unternehmungen mit der Herstellung gleichartiger Erzeugnisse befaßt. Die Tatsache der Bedarfsvereinheitlichung kann daher auch als Ursache für das Zustandekommen von Vereinbarungen angesehen werden, die gegenseitige Lizenzabgabe betreffen. Durch die Vereinheitlichung des Bedarfs entsteht eine Gleichartigkeit hinsichtlich der durch die Wirtschaft an die Technik gestellten Erfindungsaufgaben. Weichen auch die konkreten Mittel verschiedener Lösungen ein und derselben Erfindungsaufgabe im besonderen voneinander ab, so besteht doch eine gewisse Wahrscheinlichkeit, daß als Folge einer einheitlichen Erfindungsaufgabe deren Lösungen nicht grundsätzlich voneinander verschieden sind, sondern daß mehrere Lösungen sich durch Anwendung gleicher Mittel kennzeichnen und sich nur durch die Anwendung weiterer, voneinander abweichender Mittel unterscheiden. Wurde für die Anwendung bestimmter Mittel zur Lösung einer technischen Erfindungsaufgabe ein gewerbliches Schutzrecht erteilt, so ist es für denjenigen, der die gleiche Erfindungsaufgabe unter Hinzuziehung neuer Mittel löst, nicht möglich, den Erfindungsgegenstand gewerblich zu verwerten, ohne vom Inhaber des älteren Schutzrechtes eine Lizenz zu erhalten. Umgekehrt darf der Inhaber des älteren Schutzrechtes sich derjenigen Mittel nicht bedienen, durch deren Hinzuziehung der ihm geschützte Erfindungsgegenstand verbessert wurde, ohne hierzu eine Lizenz vom Inhaber des jüngeren Schutzrechtes erhalten zu haben. Unter industriellen Unternehmungen derselben Art kann das Maß der gegenseitigen Abhängigkeit einen solchen Umfang annehmen, daß es zweckmäßig scheint, eine Vereinbarung über gegenseitige Erteilung von Lizenzen zu schließen.

<sup>20)</sup> So etwa Jones, The Trust Problem in the U.S.A., 1922, S. 513.



Vorerst bezweckt die Verpflichtung zu gegenseitiger Lizenzabgabe demnach nur die Aufhebung gegenseitiger Behinderung. Die einer solchen Vereinbarung beigetretenen Unternehmungen zielen darauf ab, sich von gegenseitigen Hemmungen zu befreien und legen oft gar keinen Wert auf die bewußte Nachbildung der Erfindungsgegenstände ihrer Vertragsgegner. Doch der Gedanke ist naheliegend, nunmehr, da die Benutzung fremder Erfindungsgegenstände möglich ist, diese auch bewußt nachzubilden. Damit entsteht ein gleiches, gegenseitiges Interesse an erfinderischer Tätigkeit, und der Kreis der der Vereinbarung angehörenden Unternehmungen kann unter Umständen durch diese gegenseitige Bejahung gleichen Willens über rein mechanisch-vertragliche Beziehungen hinaus gleichsam organisch verbunden werden.

Die gegenseitige Verpflichtung zur Abgabe von Lizenzen, verbunden mit derjenigen, an Außenseiter keine Lizenzen zu erteilen, ist auch geeignet, dem Monopolcharakter des gewerblichen Schutzrechtes erhöhte Geltung zu verschaffen. Die wenigen von einer Einzelunternehmung innegehabten Schutzrechte sind meist zur Begründung einer wirksamen Monopolstellung nicht hinreichend. Ihr Schutzbereich ist meist ein verhältnismäßig geringer, sie sind der Gefahr unterworfen, umgangen zu werden oder von fremden Schutzrechten abhängig zu sein. Durch die Zusammenfassung gewerblicher Schutzrechte, wie dies bei einem Abkommen über gegenseitige Lizenzabgabe unter Ausschluß von Außenseitern geschieht, werden gegenseitige Abhängigkeitsverhältnisse aufgehoben, das Bestreben nach der Umgehung der vom Verband kontrollierten Schutzrechte wird bei den ihm angehörenden Unternehmungen fast vollständig ausgeschaltet und der monopolistische Schutzbereich für die Gesamtheit der zusammenarbeitenden Unternehmungen wesentlich erweitert. An Stelle einer Vielzahl unvollständiger Einzelmonopole tritt ein bedeutend vollständigeres Gruppenmonopol. Neben der Absicht, eine monopolistische Beherrschung des Marktes anzustreben, treten die anderen Beweggründe zu gegenseitiger Lizenzabgabe oft in den Hintergrund. Besonders in den Fertigindustrien und in der chemischen Industrie ist das gewerbliche Schutzrecht oft das geeignetste Mittel zur Erreichung einer monopolistischen Beherrschung des Marktes.

An sich bedeuten das Patent und das Gebrauchsmuster, das sind bekanntlich die für industrielle Unternehmungen vor allem in Betracht kommenden gewerblichen Schutzrechte, nur Warnungsmittel vor Nachahmung von Erfindungsgegenständen. Soll das durch diese Schutzrechte ermöglichte Monopol auch vollends zur Wirksamkeit gebracht werden, so ist es meist erforderlich, die aus ihnen entspringenden Verbotswerte geltend zu machen und nötigenfalls Nachahmer der geschützten Erfindungsgegenstände auf dem Klagewege zu belangen. Schon allein der Umstand, daß die zur Verfechtung von gewerblichen Schutzrechten erforderlichen Geldsummen mitunter sehr erheblich sind, haben die Inhaber von gewerblichen Schutzrechten oft bewogen, Lizenzen abzugeben. Durch die Möglichkeit, eine Lizenz zu erlangen, wird vielfach ein Teil der Nachahmer von

geschützten Erfindungsgegenständen von deren unrechtmäßigen Benutzung abgehalten, wogegen die Aussichtslosigkeit, eine Lizenz zu bekommen, oft geradezu zu dem Versuch einer unrechtmäßigen Benutzung nötigt. Daher scheint es oft zweckmäßig, auf die Unbedingtheit eines gewerblichen Monopols zu verzichten, um nicht den unter Umständen sehr kostspieligen und langwierigen Klageweg beschreiten zu müssen, und sich durch Forderung entsprechender Gebühren für die Erteilung von Lizenzen schadlos zu halten. Die Zahl der erteilten Lizenzen wird auch meist derart beschränkt, daß das gewerbliche Schutzrecht seinen Monopolcharakter nur zum Teil einbüßt. Durch die Abgabe von Lizenzen bietet sich aber auch den Inhabern von gewerblichen Schutzrechten die Möglichkeit, deren Verfechtungskosten wenigstens zum Teil auf die Lizenznehmer zu überwälzen. Diese werden sich der Verpflichtung, einen Beitrag zu den Verfechtungskosten zu leisten, im allgemeinen nicht zu entziehen suchen, wenn ihnen hierfür eine Beschränkung hinsichtlich der Zahl der Lizenzabgaben und eine strenge Verfolgung aller unrechtmäßigen Benutzer des Lizenzgegenstandes zugesichert wird. Jeder unrechtmäßige Benutzer des Lizenzgegenstandes wäre nämlich durch den Umstand, daß er nicht durch Lizenzgebühren belastet wird, mithin geringere Selbstkosten zu tragen hat, den rechtmäßigen Lizenznehmern gegenüber wettbewerbsfähiger, so daß diese ein wesentliches Interesse an der Verfolgung unrechtmäßiger Benutzer des Lizenzgegenstandes haben. Die Beweggründe, welche die Ursache zur einseitigen Abgabe von Lizenzen bilden, führen unter entsprechenden Umständen zwischen Unternehmungen der gleichen Art zu Vereinbarungen über gegenseitige Lizenzabgabe. Hierbei spielt die Möglichkeit einer Repartierung der Verfechtungskosten zuweilen eine ausschlaggebende Rolle. Durch deren relative Herabsetzung in Bezug auf jede einzelne Unternehmung können auch gewerbliche Schutzrechte, deren Verfechtung für das einzelne Unternehmen allein nicht lohnend gewesen wäre, mithin solche Schutzrechte, die mehr oder weniger als bloße Warnungsmittel gedacht waren, voll zur Geltung gebracht werden. Wieder zeigt sich das Bestreben, anstelle einer Mehrzahl unvollkommener, nur unter großen Geldopfern aufrechtzuerhaltender Einzelmonopole das wirksamere Gruppenmonopol treten zu lassen.

Die bisher angeführten Motive, die zu Vereinbarungen über gegenseitige Erteilung von Lizenzen führen, reichen aber zur Erklärung des Zustandekommens solcher Vereinbarungen nicht hin, wenn eine der ihnen beigetretenen Unternehmungen dank ihrer gewerblichen Schutzrechte schon eine wirksame monopolistische Machtstellung inne hat. Schutzrechte von grundsätzlicher Bedeutung, im Anschluß an die Terminologie des Patentamts der Vereinigten Staaten Pionierpatente genannt, sind der Gefahr der Abhängigkeit kaum unterworfen. Hierfür erforderliche Verfechtungskosten sind in Anbetracht ihrer Eignung zur Erzielung von Gewinn meist nur von untergeordneter Bedeutung. Die Erteilung von Lizenzen kann im Falle, daß eine Unternehmung Schutzrechte von grundsätzlicher Bedeutung inne hat, selbst unter Berücksichtigung der hierfür erhaltenen Gegen-

leistungen in Form von Lizenzgebühren und von Benutzungsrechten unter Umständen eine Herabsetzung des Unternehmerertrages zur Folge haben. Wenn beim Abschluß von Abkommen über gegenseitige Lizenzerteilung bisweilen selbst eine Verminderung der augenblicklichen Aussichten auf Gewinnerzielung in Kauf genommen wird, so liegt die Ursache hierfür in der zeitlichen Beschränktheit eines gewerblichen Monopols. Dessen Dauer erstreckt sich nämlich mit Rücksicht auf den technischen Fortschritt oft nur über einen Bruchteil der Laufzeit eines gewerblichen Schutzrechtes. Selbst wenn eine industrielle Unternehmung in einem bestimmten Zeitpunkt über besonders wertvolle Schutzrechte verfügt, ist sie doch der Gefahr ausgesetzt, den technischen Fortschritt nicht dauernd an ihre Konstruktionsbüros und ihre Laboratorien fesseln zu können. Der Umstand, hinsichtlich der technischen Leistungsfähigkeit nicht immer an gleicher Stelle rangieren zu können, bedeutet eine ständige Gefahr der Verdrängung vom Markt, der Herabsetzung des Beschäftigungsgrades und demnach eine Erhöhung des Kapitalrisikos. Ausgeschaltet wird diese Gefahr durch eine Vereinbarung über technisches Zusammenarbeiten. Die Vertragsgegner versichern sich hierbei durch die gegenseitige Zusage, einander auch Lizenzen für jene Schutzrechte zu erteilen, die nach Vertragsabschluß in ihren Besitz gelangen sollten, gleichsam gegen die Gefahren des technischen Fortschritts. Um diesen vorzubeugen, wird von den augenblicklich technisch führenden Unternehmungen bis zu einem gewissen Grade auf ihre Vorzugsstellung verzichtet. Schrankenloses Streben nach höchstmöglichem Gewinn wird einer Stabilisierung der Gewinnaussichten halber eingedämmt. Die Verpflichtung zur gegenseitigen Erteilung von Lizenzen bezweckt demnach auch eine Ausschaltung von Konjunkturschwankungen, und zwar nicht jener, denen jeder Industriezweig als Ganzes durch den Wechsel der äußeren Marktlage unterworfen ist, sondern jener subjektiven Schwankungen der Konjunktur, die für jede Unternehmung andere sind und die auf individuellen Faktoren innerhalb jeder einzelnen Unternehmung beruhen. Die subjektive Konjunkturkurve, die für jedes einzelne Unternehmen aufgestellt werden kann, wird sehr wesentlich durch seine technische Leistungsfähigkeit bestimmt, so daß sie mitunter aus produktionstechnischen Gründen von der für einen Gewerbebezirk als Ganzes aufgestellten Konjunkturkurve stark abweicht<sup>21)</sup>.

Durch ein Abkommen über die gegenseitige Erteilung von Lizenzen wird der Wettbewerb in der Sphäre der technischen Produktion ausgeschaltet. Dadurch verliert der einzelne Unternehmer aber auch den ihm aus dem freien Wettbewerb entspringenden Vorteil, dank der ihm zustehenden ausschließlichen Benutzungsrechte einen monopolistischen Differentialgewinn zu erzielen. Kein Wunder also, daß Vereinbarungen über gegenseitige Lizenzabgabe leichter zustande kommen, wenn zwischen industriellen Unternehmungen der gleichen Art von allem Anfang an kein Wettbewerb stattfindet, bzw.

<sup>21)</sup> Einen Ausdruck für die subjektive Konjunktur eines Unternehmens würden etwa die Prozentzahlen seines Umsatzes in Bezug auf den Umsatz des gesamten Gewerbebezuges ergeben.

schon im voraus ausgeschaltet wurde. In einem solchen Fall rückt der Gedanke in den Vordergrund, die technische Leistungsfähigkeit der zusammenarbeitenden Unternehmungen zu erhöhen, um auf diese Weise eine Steigerung ihrer Aussichten auf Gewinnerzielung zu erreichen.

Wenn etwa die Versorgung eines binnenstaatlichen Marktgebietes durch eine Vielzahl selbständiger Produzenten in der Weise erfolgt, daß jeder von ihnen die Erwerbsinteressen der anderen nicht beeinträchtigt, sind die Hemmungen gegen ein technisches Zusammenarbeiten schon im wesentlichen behoben. Ein derartiger Fall liegt vor, wenn zwischen Unternehmungen eine gegenseitige Abgrenzung der Marktgebiete besteht, sei dies eine natürliche, durch verkehrsgeographische Umstände hervorgerufene, oder eine künstliche, auf Grund eines Kartellvertrages durchgeführte.

Da dem gewerblichen Schutzrecht in den Fertigindustrien gegenüber den Rohstoffe und Halbzeug produzierenden Industrien eine wesentlich größere Bedeutung zukommt, so kommen auch Vereinbarungen über gegenseitige Erteilung von Lizenzen vorzugsweise für die Fertigindustrien in Betracht. In den Zweigen der Fertigindustrien findet aber eine natürliche, verkehrsgeographisch bedingte gegenseitige Abgrenzung von Marktgebieten in viel geringerem Grade statt, als in den Rohstoffe und Halbzeug produzierenden Industrien. Bei letzteren sind Transportkosten von ausschlaggebender Bedeutung, bei ersteren nicht. Daher bedarf es, um ein technisches Zusammenarbeiten im Sinne eines gegenseitigen Austausches von Erfahrungen und einer gegenseitigen Abgabe von Lizenzen möglich zu machen, fast immer einer vertraglichen, gegenseitigen Abgrenzung der Marktgebiete, wodurch der gegenseitige Wettbewerb ausgeschaltet wird, und jede Unternehmung ein territoriales Einzelmonopol erhält.

Handelt es sich nicht um ein Zusammenarbeiten von Unternehmungen, die gemeinsam ein binnenstaatliches Marktgebiet zu versorgen haben, sondern um ein zwischenstaatliches Zusammenarbeiten, so liegen die Verhältnisse wesentlich anders. In diesem Falle ist von allem Anbeginn eine schärfere Abgrenzung der Marktgebiete gegeben, und wenn auch Transportkosten hierfür noch nicht von ausschlaggebender Bedeutung sind, so sind es doch meist die für Fertigerzeugnisse sehr erheblichen Einfuhrzölle. Da auf diese Weise zwischen Unternehmungen verschiedener Staaten der gegenseitige Wettbewerb von allem Anbeginn mehr oder minder vollkommen ausgeschaltet ist, bestehen gegen zwischenstaatliches im allgemeinen geringere Hemmungen als gegen binnenstaatliches technisches Zusammenarbeiten. In der Tat haben zwischenstaatliche Vereinbarungen über Austausch von Erfahrungen und Erfindungen verhältnismäßig starke Verbreitung gefunden. Dies ist neben den genannten Umständen auch auf das Bestehen einer Rechtsnorm der Patentgesetzgebung zurückzuführen. In der Patentgesetzgebung der meisten Industriestaaten sind Bestimmungen vorgesehen, die im wesentlichen dahin lauten, daß ein schon erteiltes Patent zurückgenommen werden kann bzw. zwangsweise Lizenzen hierauf erteilt werden können, wenn die Erfindung ausschließlich oder hauptsächlich außerhalb des

betreffenden Staates hergestellt wird. Von den bedeutenderen Industriestaaten entbehrt lediglich das amerikanische Patentgesetz derartige Bestimmungen<sup>22)</sup>, doch sind in den Vereinigten Staaten auch Bestrebungen wirksam, die auf die Aufnahme solcher Bestrebungen hinielen. Es ist daher mit Rücksicht auf die oben angeführten Bestimmungen einer ausländischen Unternehmung meist nicht möglich, in einem Staat ein ihr dort erteiltes gewerbliches Schutzrecht durch Einfuhr des Erfindungsgegenstandes auszubeuten. Sie muß entweder in diesem Staat eigene Erzeugungsstätten betreiben oder die ihr erteilten Patente verkaufen, bzw. Lizenzen auf sie abgeben. Es ist demnach auch die Rechtsnorm des Ausführungszwanges bzw. der Zwangslizenz dafür entscheidend, daß Unternehmungen Verträge schließen, in denen sie sich zusichern, untereinander Erfindungen und Erfahrungen auszutauschen.

Zwischenstaatliches Zusammenarbeiten kann anderen Charakter haben und sich anderer Formen bedienen als binnenstaatliches Zusammenarbeiten. Die Vereinbarung über den gegenseitigen Austausch von Patenten, wie der Sprachgebrauch einen Vertrag über gegenseitige Abgabe von Lizenzen genannt hat, kann ein wirklicher Patentaustauschvertrag sein, d. h. eine Vereinbarung, derzufolge jeder der Vertragsgegner die im Staatsgebiet des anderen Vertragsteils erworbenen Schutzrechte an diesen abzutreten hat. Durch gegenseitige Lizenzerteilung wird der Monopolcharakter des gewerblichen Schutzrechtes eingeschränkt. An Stelle von unvollkommenen Einzelmonopolen tritt das wirksamere Gruppenmonopol; der Monopolcharakter jedes einzelnen gewerblichen Schutzrechtes wird aber jedenfalls durch die gegenseitige Lizenzgewährung eingeschränkt. Erfolgt beim zwischenstaatlichen Zusammenarbeiten gegenseitige Zession von Patenten, so wird die monopolistische Wirkung des gewerblichen Schutzrechtes nicht geschwächt. Sofern der Patentaustauschvertrag nur zwischen zwei verschiedenen Staaten angehörenden Unternehmungen geschlossen wird, erhält jede von ihnen mit der Zession des Patents ein vollends uneingeschränktes Monopol.

Es wäre selbstverständlich auch möglich, daß zwei verschiedenen Staaten angehörende Vertragsgegner sich lediglich die Erteilung von Einfachlizenzen zusichern<sup>23)</sup>. Dann bleibt jedem von ihnen die Möglichkeit belassen, eine größere Anzahl von Lizenzen zu erteilen. Ein solches Abkommen wird aber nur dann getroffen werden, wenn die vertragschließenden Teile nur Wert auf ein Benutzungsrecht, nicht aber auf ein Verbotungsrecht legen. Doch dieser Fall ist selten. Man wird kaum auf ein uneingeschränktes Monopol verzichten, wenn die Möglichkeit besteht, ein solches zu erlangen.

Bestehen in einem Produktionszweig mehrere zwischenstaatliche Abkommen über technisches Zusammenarbeiten, die sich auf dieselben Staatsgebiete beziehen, so entsteht ein technischer Konkurrenzkampf zwischen internationalen Gruppen, der jeweils inner-

halb des Marktgebietes eines Staates zwischen den diesem Staate angehörenden Unternehmungen ausgefochten wird. Es sei angenommen, daß eine Unternehmung a des Staates A mit einer Unternehmung b des Staates B zusammenarbeitet, und das weiterhin zwischen einer Unternehmung a<sub>1</sub> des Staates A und einer Unternehmung b<sub>1</sub> des Staates B eine Vereinbarung über technisches Zusammenarbeiten besteht. In diesem Falle findet auf dem Markt des Staates A und des Staates B ein technischer Konkurrenzkampf zwischen den internationalen Gruppen a b und a<sub>1</sub> b<sub>1</sub> statt.

Eine annähernde Verwirklichung dieses abstrakten Beispiels bietet die Elektroindustrie. Die deutsche Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft arbeitet mit der amerikanischen General Electric Company zusammen, wogegen ihre Wettbewerberin, die Siemens-Schuckertwerke G. m. b. H., mit der amerikanischen Westinghouse Company zusammenarbeitet. Allerdings bestehen wiederum gewisse Beziehungen zwischen der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und der Siemens-Schuckert G. m. b. H. einerseits und andererseits zwischen der General Electric Company und der Westinghouse Company.

Ebenso wie territoriale Aufteilung der Marktgebiete technisches Zusammenarbeiten möglich macht, beseitigt Aufteilung des technischen Arbeitsgebietes — Spezialisierung — Hemmungen gegen Austausch von Erfindungen und Erfahrungen. Durch Aufteilung des technischen Arbeitsgebietes wird der gegenseitige Wettbewerb in der Sphäre der technischen Produktion ausgeschaltet.

Die Aufteilung des technischen Arbeitsgebietes zwischen industriellen Unternehmungen der gleichen Art kann auf zwei voneinander grundsätzlich verschiedene Weisen erfolgen. Die erste Möglichkeit besteht darin, daß jede Unternehmung ihr Produktionsprogramm auf gewisse Varianten einschränkt, deren Herstellung ihr ausschließlich vorbehalten bleibt; sie muß sich jedoch verpflichten, die anderen Unternehmungen zugesprochenen Varianten nicht zu erzeugen. Bei einer derartigen Aufteilung des technischen Arbeitsgebietes kann man von einer horizontalen Spezialisierung sprechen. Eine Mehrzahl von Unternehmungen befaßt sich mit der Herstellung von Erzeugnissen der gleichen Gattung, jede von ihnen stellt aber verschiedene Varianten eines Erzeugnisses her. Die gesamte Anzahl der zur Herstellung eines Erzeugnisses erforderlichen Fertigstadien wird in den Betrieben jeder einzelnen Unternehmung zusammengefaßt. Die andere Möglichkeit der Aufteilung des technischen Arbeitsgebietes kann man als vertikale Spezialisierung bezeichnen. Jedes Erzeugnis durchläuft nach dem Vollzug der vertikalen Spezialisierung innerhalb einer Unternehmung nicht die ursprüngliche Anzahl von Fertigstadien, sondern deren Anzahl wird in Bezug auf jede einzelne Unternehmung herabgesetzt. Soll ein Erzeugnis den gleichen Produktionsweg zurücklegen, also auf der gleichen technischen Produktionsstufe anlangen wie vor dem Vollzug der vertikalen Spezialisierung, so muß es von einer Unternehmung in eine andere übergeleitet werden. In diesem Fall also erfolgt eine Unterteilung des technischen Arbeitsgebietes hinsichtlich der Produktionsstufen, bei der horizontalen Spezialisierung hinsichtlich der Produk-

<sup>22)</sup> Kohler und Mintz, Die Patentgesetze aller Völker. 1909.

<sup>23)</sup> Einfachlizenz = Benutzungsrecht, durch dessen Erteilung der Patentinhaber sich die Möglichkeit nicht entzieht, weitere Benutzungsrechte zu erteilen.



tionsvarianten. Das Ergebnis vertikaler Spezialisierung ist eine Vielheit von Unternehmungen verschiedener Art, bei der horizontalen Spezialisierung hingegen bleibt eine Vielheit von Unternehmungen der gleichen Art bestehen.

Findet vertikale Spezialisierung statt, so wird nur einmaliger Austausch von Erfahrungen und Erfindungen erfolgen. Da auf jede einzelne Unternehmung nach vollzogener Spezialisierung voneinander abweichende Teilprozesse des Fertigungsganges entfallen und jede einzelne Unternehmung voneinander abweichende Gütergattungen herstellt, können gewerbliche Schutzrechte gegenseitig übertragen werden, vorausgesetzt, daß durch die Spezialisierung jede Parallelarbeit ausgeschaltet wird. Bei horizontaler Spezialisierung werden hingegen zwischen den Unternehmungen, die gegenseitige Abgrenzung ihrer technischen Arbeitsgebiete vornehmen, dauernde Beziehungen aufrecht zu erhalten sein. Da zwischen ihren Fabrikationsprogrammen nur eine Verschiedenheit hinsichtlich der erzeugten Varianten besteht, aber alle dieselben Gütergattungen herstellen, sind die in den Betrieben einer Unternehmung gemachten Erfahrungen auch in denjenigen anderer Unternehmungen verwertbar. Der Schutzbereich von Patenten umfaßt nicht nur eine besondere Variante eines Erfindungsgegenstandes, sondern die ganze Gattung. Geschützte Verfahrensweisen, die sich zur Herstellung einer Produktionsvariante eignen, sind meist gleichfalls zur Herstellung aller anderen Produktionsvarianten anwendbar. Daher wird auch eine gegenseitige Abgabe von Lizenzen auf Patente, die nach dem Vollzug der Spezialisierung erworben wurden, anzustreben sein. Die Voraussetzung, daß gegenseitige Erteilung von Lizenzen keine Schmälerung der Gewinnaussichten jeder einzelnen Unternehmung mit sich bringt, ist dann vollkommen erfüllt, wenn durch die Spezialisierung der gegenseitige Wettbewerb in der Sphäre der technischen Produktion vollkommen ausgeschaltet ist. Dies trifft zu, wenn die Aufteilung der technischen Arbeitsgebiete dermaßen durchgeführt wurde, daß keine gegenseitige Überdeckung derselben besteht.

Sollen die dauernden Beziehungen, die zwischen den Angehörigen einer sogenannten „Spezialisierungsgemeinschaft“ bestehen, über rein mechanisch-vertragliche Bindungen hinaus zu einem engen Zusammenarbeiten führen, was nahe genug liegt, da alle Angehörigen der sogenannten „Spezialisierungsgemeinschaft“ gleiches gemeinsames Interesse an erfinderischer Tätigkeit haben, so muß die zeitliche Stabilität der Vereinbarung über die gegenseitige Abgrenzung der technischen Arbeitsgebiete hinreichend gesichert sein. So lange der Gedanke an die Möglichkeit einer späteren Verschiebung des Arbeitsplanes besteht, ist enges Zusammenarbeiten ausgeschlossen. Durch spätere Umstellungen käme es zu einer gegenseitigen Überdeckung der technischen Arbeitsgebiete und damit abermals zu einer Divergenz zwischen verschiedenen Erwerbsinteressen. Obzwar der Gedanke an den Zerfall der sogenannten „Spezialisierungsgemeinschaft“ enges Zusammenarbeiten zwischen ihren Angehörigen ausschließt, ist dennoch zwischen ihnen gegenseitige Abgabe von Lizenzen möglich, da Lizenzvereinbarungen mit der Sprengung der

sogenannten „Spezialisierungsgemeinschaft“ hinfällig wären. Restloser Austausch von Erfahrungen u. dergl. ist jedoch undurchführbar, da diese nach Aufhebung des ursprünglichen Arbeitsplanes gegen die Erwerbsinteressen einer einzelnen Unternehmung von anderen Unternehmungen benutzt werden könnten.

Das gleiche gilt für den Fall der territorialen Aufteilung des Marktgebietes. Auch dann ist enges Zusammenarbeiten nur möglich, wenn die zeitliche Stabilität der Vereinbarung hinreichend gesichert scheint.

Bei den landläufig behandelten Kartellarten wird der gegenseitige Wettbewerb in der Sphäre des Güterverkehrs, d. h. in derjenigen des Einkaufs, des Verkaufs oder in beiden zugleich mehr oder minder vollkommen ausgeschaltet. Hierdurch wird die Möglichkeit, höhere Gewinne zu erzielen, auf Maßnahmen in der Sphäre der technischen Produktion beschränkt. Angenommen, es seien die Verkaufspreise vereinheitlicht und es sei der Umfang der Produktion kontingentiert worden, so ist eine Steigerung der Gewinnaussichten nur dadurch möglich, daß die Spanne zwischen dem festgesetzten Verkaufspreis und den veränderlichen Selbstkosten erhöht wird. Der Umstand, ausschließlich durch Verringerung der Selbstkosten höhere Gewinne erzielen zu können, führt daher zu einer Intensivierung bzw. Rationalisierung technischer Tätigkeit. Man hat deshalb gesagt, daß das Kartell die Wirkung habe, den gegenseitigen Wettbewerb aus der Sphäre des Güterverkehrs in die Sphäre der technischen Produktion zu verlegen. Allein die aus der Kartellvereinbarung entspringende Intensivierung bzw. Rationalisierung technischer Tätigkeit bedeutet keinen gegenseitigen Wettbewerb in der Sphäre der technischen Produktion. Durch die Tatsache, daß jedes Kartellmitglied seine technische Leistungsfähigkeit zu erhöhen sucht, werden die Gewinnaussichten der anderen Kartellmitglieder nicht herabgesetzt. Darum können auch die Mitglieder eines Kartells, ohne ihre Gewinnaussichten einzuschränken, einander Lizenzen gewähren und Erfahrungen untereinander austauschen. Im Augenblick der Auflösung des Kartells aber ist die relative Höhe der technischen Leistungsfähigkeit eines Unternehmens für dessen Gewinnaussichten entscheidend. Der Ausschluß einzelner Kartellmitglieder von technischen Kenntnissen, Erfahrungen u. dergl. ist daher der Schaffung einer potentiellen Wettbewerbsfähigkeit gleichbedeutend. Ist der Bestand eines Kartells nicht vollkommen gesichert, so wird sich das Zusammenarbeiten im wesentlichen auf gegenseitige Lizenzabgabe unter den Kartellmitgliedern beschränken müssen; denn erteilte Lizenzen werden mit der Auflösung des Kartells aufgehoben.

Die Vereinbarung über gegenseitige Erteilung von Lizenzen wirkt jedoch auf Festigung des Kartells hin. Mit seiner Auflösung würde jedes Mitglied die Vorteile verlieren, die die Benutzung fremder Erfindungen mit sich bringt. Unter Umständen ist das Fabrikationsprogramm mit Rücksicht auf erteilte Benutzungsrechte eingerichtet worden. Die Auflösung des Kartells würde in diesem Fall kostspielige Umstellungen zur Folge haben. Durch das Abkommen über gegenseitige Lizenzabgabe wird jedes einzelne Mitglied an das Kartell

gefesselt. Bei seinem Austritt ist es wohl befugt, die allen übrigen Kartellmitgliedern erteilten Benutzungsrechte zurückzunehmen, doch es verliert auch die ihm gewährten Lizenzen.

Noch ein zweiter Umstand wirkt auf die Festigung des Kartells hin im Falle, daß eine gegenseitige Abgabe von Lizenzen vereinbart wurde. Das Bestehen des Kartells ist in der Regel an das Vorhandensein von Einheitsware geknüpft. Nur wenn eine solche vorhanden ist, können Verkaufspreise vereinheitlicht werden und nur dann kann man den Umfang der Produktion kontingentieren. Der Vereinheitlichung der industriellen Produktion stehen aber oft gewerbliche Verbotungsrechte im Wege. Werden diese durch eine Vereinbarung über gegenseitige Lizenzerteilung beseitigt, so wird die Vereinheitlichung der industriellen Produktion möglich. Über die Art, in der ein technischer Gegenstand am zweckmäßigsten ausgebildet werden soll, bestehen ja nur selten grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten, aber gewerbliche Schutzrechte stehen oft der Benutzung der Ausbildungsform, die als zweckmäßigste angesehen wird, im Wege und sie wird daher nach Möglichkeit durch eine gleichwertige ersetzt. Wenn die Vereinheitlichung nicht durch gewerbliche Schutzrechte gehemmt wird, so wird durch die Produktion von Einheitsware der Bestand schon vorhandener Kartelle gesichert.

Die Vereinbarung über gegenseitige Lizenzerteilung sichert demnach den Bestand von Kartellen einerseits durch eine Erhöhung des Kartellzwangs, andererseits dadurch, daß sie auf eine Vereinheitlichung der industriellen Produktion hinwirkt.

Wendet das Kartell seine Aufmerksamkeit dem gewerblichen Rechtsschutz zu, so ist es naheliegend, daß das Kartellorgan für die Gesamtheit der Kartellmitglieder von Außenstehenden gewerbliche Schutzrechte erwirbt. Der Erwerb wertvoller Schutzrechte ist für ein einzelnes Kartellmitglied oft kaum möglich. Das Patent für die selbsttätige Owens'sche Flaschenblasmaschine, das vom Flaschenevndikat erworben wurde, soll beispielsweise fünfzehn Millionen Mark gekostet haben<sup>24)</sup>. Hat das Kartellorgan wertvolle gewerbliche Schutzrechte inne, so trägt dies weiter zur Festigung des Kartells bei. Mit dem Ausscheiden würde jedes Kartellmitglied nicht nur die ihm von den übrigen Kartellmitgliedern erteilten Benutzungsrechte verlieren, sondern auch diejenigen, die es vom Kartellorgan auf die von ihm innegehabten Patente erhalten hat. Die außerordentlich große Machtstellung des deutschen Verbandes der Flaschenfabriken ist zum Teil auf den Kartellzwang zurückzuführen, den er dank der Inhaberschaft des Owens-Patents ausüben konnte.

Im allgemeinen ist bei der Entstehung von Vereinbarungen über gegenseitige Lizenzerteilung stets eine Reihe von Beweggründen gleichzeitig ausschlaggebend, so daß man bei einer derartigen Vereinbarung meist nicht sagen kann, daß sie nur auf das eine oder das andere Motiv zurückzuführen sei. Meist wird gleichzeitig Aufhebung gegenseitiger Behinderung, Versicherung gegen die Gefahren des technischen Fortschrittes, monopolistische Beherrschung des Marktes

<sup>24)</sup> Zeitschr. Kartellrundscha, Jg. 1907, S. 718.

u. a. m. angestrebt. Aus den im VIII. Abschnitt dieser Arbeit angeführten Beispielen sind die Motive ersichtlich, die den Anlaß zum Abschluß verschiedener Abkommen über gegenseitige Lizenzerteilung gegeben haben. Geradezu selbstverständlich erscheint es, daß beim Zustandekommen einer Interessengemeinschaft kaum mehr Hemmungen gegen Austausch von Erfahrungen, Konstruktionszeichnungen, Rezepten usw., wie auch gegen Erteilung von Lizenzen bestehen. Tatsächlich sind auch diesbezügliche Vereinbarungen fast in jedem Interessengemeinschaftsvertrag vorgesehen. Die Interessengemeinschaft schaltet nicht nur die Divergenz zwischen verschiedenartigen Erwerbsinteressen aus, ihr Wesen besteht geradezu in einer Identifizierung ursprünglich voneinander abweichender Erwerbsinteressen<sup>25)</sup>. Vielfach bildet die Interessengemeinschaft eine einzige Wirtschaftseinheit, die sich durch ein einheitliches Streben nach Gewinnerzielung kennzeichnet, und diese gesellschaftliche Organisationsform wird nur darum gewählt, um die mit einer rechtlichen Verschmelzung verbundenen Kosten zu ersparen. Auch innerhalb eines Konzerns scheint ein technisches Zusammenarbeiten im Sinne gegenseitigen Austausches von Erfindungen und Erfahrungen vollkommen naheliegend, sofern man unter einem Konzern jene Unternehmungsform versteht, bei der eine Mehrzahl rechtlich selbständiger Teilunternehmungen unter einer einheitlichen Leitung zusammengeschlossen sind. Die Einheitlichkeit der Leitung schließt jede Divergenz der Erwerbsinteressen der in einem Konzern zusammengefaßten Teilunternehmungen aus. Da hier nur von technischem Zusammenarbeiten zwischen selbstständigen Unternehmungen die Rede ist, wobei dem Begriff der Selbständigkeit nur wirtschaftliche, nicht aber rechtliche Bedeutung beizumessen ist, hätte es hier einer Erwähnung des Konzerns kaum bedurft.

<sup>25)</sup> Vgl. Geiler, Gesellschaftliche Organisationsformen des neueren Wirtschaftsrechts, 1922, S. 19 ff., S. 73 ff.

## VI. Das Patentkartell.

Bisher bezeichnete man Vereinigungen von selbständigen Unternehmern bzw. selbständigen Unternehmungen, die gegenseitige Lizenzabgabe oder Austausch von gewerblichen Schutzrechten bezwecken, als „Patentgemeinschaft“. Diese Bezeichnung ist jedoch unbefriedigend.

Mit dem Ausdruck „Patentgemeinschaft“ wurden außer den oben angegebenen Vereinbarungen noch andere Abkommen belegt. Tross beispielsweise versteht unter „Patentgemeinschaften“ nicht nur Abkommen, bei denen Leistung und Gegenleistung gleichgeartet sind und beide in Austausch von Lizenzen oder gewerblichen Schutzrechten bestehen, sondern auch Vereinbarungen, bei denen der Verpflichtung des einen Vertragsteiles auf Erteilung von Benutzungsrechten auf der Seite des anderen Vertragsteiles eine Verpflichtung zur Lieferung oder zur Abnahme von Sachgütern gegenübersteht<sup>29)</sup>. Durch eine genaue Bestimmung des Begriffes, der mit dem Ausdruck „Patentgemeinschaft“ zu verbinden ist, könnte zwar dem Mangel der Vieldeutigkeit abgeholfen werden; es sprechen aber triftige Gründe dafür, die Bezeichnung „Patentgemeinschaft“ und „Spezialisierungsgemeinschaft“ fallen zu lassen und an ihre Stelle den Ausdruck „Patentkartell“ bzw. „Spezialisierungskartell“ zu setzen.

Beim Patentkartell handelt es sich um denselben Grundgedanken, der auch den übrigen Kartellarten innewohnt. Es ist daher nicht gerechtfertigt, ihm eine Sonderbezeichnung zu geben und ihm eine Sonderstellung innerhalb der Unternehmerverbände einzuräumen. In der Folge soll nachgewiesen werden, das die sogenannte „Patentgemeinschaft“ tatsächlich unter den Oberbegriff des Kartells fällt.

Durch das im Jahre 1883 erschienene Buch Kleinwächters „Die Kartelle“ wurde der Grundstein zu der nunmehr fast unabsehbar umfangreich gewordenen wissenschaftlichen Kartellliteratur gelegt. Kleinwächter definiert das Kartell als einen Verband von Unternehmungen derselben Branche, dessen Zweck dahingeht, durch ein gewisses solidarisches Vorgehen der Genossen die gegenseitige Konkurrenz einzudämmen oder vollständig auszuschließen, um auf diese Weise die wirtschaftliche Lage der Unternehmer bzw. der betreffenden Geschäftsbranche günstiger zu gestalten. Zweifelloso wird zu diesem Zweck sowohl durch die sogenannte Patentgemeinschaft als auch durch die sogenannte Spezialisierungsgemeinschaft der gegenseitige Wettbewerb auf einem Teilgebiet der gesamten Erwerbstätigkeit aufgehoben. In der Arbeit von Baumgarten und Meszlény „Kartelle und Trusts“ (1906) sowie in derjenigen Grunzels „Über

<sup>29)</sup> Tross, Der Aufbau der Eisen- und eisenverarbeitenden Industriekonzerne Deutschlands, 1923, S. 176.

Kartelle“ (1902) sind z. T. die Begriffsbestimmungen des Kartells angeführt, die derjenigen Kleinwächters folgten. Auf sie einzugehen erübrigt sich aber, da die Definition Liefmanns bis in die jüngste Zeit fast durchwegs Anerkennung gefunden hat<sup>27)</sup>. Liefmann versteht unter einem Kartell eine freie Vereinbarung selbständig bleibender Unternehmer derselben Art zum Zwecke monopolistischer Beherrschung des Marktes. Nach ihm ist der Gattungsbegriff des Kartells dem Oberbegriff des Verbandes unterzuordnen, worunter er Vereinigungen zu einer bestimmten Gestaltung der wirtschaftlichen Tätigkeit ihrer Mitglieder im Hinblick auf einen gemeinsamen Zweck versteht. Sowohl die sogenannte Patentgemeinschaft, als auch die sogenannte Spezialisierungsgemeinschaft fallen sicher unter den Begriff des Verbandes; es fragt sich nur, ob sie unter denjenigen des Kartells fallen. Was die sogenannte Patentgemeinschaft betrifft, kann man zwischen zwei Fällen unterscheiden: entweder werden Außenseiter von der Erteilung von Lizenzen seitens der Verbandsmitglieder ausgeschlossen oder es geschieht dies nicht, und nur in dem ersten Fall hat der Verband einen monopolistischen Charakter. Hinsichtlich der sogenannten Spezialisierungsgemeinschaft könnte man die Auffassung vertreten, daß durch die Aufteilung des technischen Arbeitsgebietes nicht nur eine Rationalisierung der technischen Produktion erstrebt wird, sondern auch ein ausschließliches Absatzverhältnis, das jeder dem Verband angehörende Unternehmer dadurch gewinnt, daß er nach vollzogener Spezialisierung im Rahmen des Verbandes als einziger Hersteller für eine bestimmte Anzahl von Typen in Frage kommt. Man könnte also cum grano salis behaupten, daß auch die sogenannte Spezialisierungsgemeinschaft eine monopolistische Beeinflussung des Marktes anstrebt<sup>28)</sup>. Im Sinne Liefmanns liegt allerdings eine derartige Verwässerung des Begriffes der monopolistischen Marktbeeinflussung nicht, obzwar er als Kriterium für das Bestehen eines Kartellabkommens nicht die strenge Forderung nach dem Streben einer ausschließlichen Marktbeherrschung erhebt.

In neuester Zeit wurden jedoch wieder Stimmen laut, denen zufolge in dem Streben nach einer monopolistischen Beeinflussung des Marktes nicht die wesentlichste Zweckbestimmung des Kartells liegt. Den Anlaß zu dieser Auffassung gab das Bekanntwerden verschiedener Verbandsarten, die durch den Sprachgebrauch als Kartelle bezeichnet werden, die jedoch keine monopolistische Tendenz aufweisen<sup>29)</sup>. Man berief sich auch darauf, daß das sogenannte Konditionenkartell im Sinne Liefmanns nicht als Kartell, sondern lediglich als Verband angesehen werden muß und forderte mit Rücksicht auf den Sprachgebrauch eine neue Begriffsbestimmung des Kartells<sup>30)</sup>.

<sup>27)</sup> Liefmann, Kartelle und Trusts, 1924, S. 5.

<sup>28)</sup> So ähnlich auch v. Beckerath in „Ziele, Kräfte und Gestaltungen in der deutschen Industriewirtschaft“, 1924, S. 46 (Fußnote).

<sup>29)</sup> Seyfert, Zeitschr. „Technik u. Wirtschaft“, 1921, S. 517 ff., ferner Tschierschky, Zur Reform der Industriekartelle, 1921, S. 83 ff.

<sup>30)</sup> Liefmann hat seit jeher die Auffassung vertreten, daß das sogenannte Konditionenkartell mangels einer monopolistischen Tendenz nicht als Kartell anzusehen sei (vgl. L., Kartelle und Trusts, 2. Aufl. S. 26).



## VI. Das Patentrekterell.

Bisher bezeichnete man Vereinigungen von selbständigen Unternehmern bzw. selbständigen Unternehmungen, die gegenseitige Lizenzabgabe oder Austausch von gewerblichen Schutzrechten bezwecken, als „Patentgemeinschaft“. Diese Bezeichnung ist jedoch unbefriedigend.

Mit dem Ausdruck „Patentgemeinschaft“ wurden außer den oben angegebenen Vereinbarungen noch andere Abkommen belegt. Tross beispielsweise versteht unter „Patentgemeinschaften“ nicht nur Abkommen, bei denen Leistung und Gegenleistung gleichgeartet sind und beide in Austausch von Lizenzen oder gewerblichen Schutzrechten bestehen, sondern auch Vereinbarungen, bei denen der Verpflichtung des einen Vertragsteiles auf Erteilung von Benutzungsrechten auf der Seite des anderen Vertragsteiles eine Verpflichtung zur Lieferung oder zur Abnahme von Sachgütern gegenübersteht<sup>27)</sup>. Durch eine genaue Bestimmung des Begriffes, der mit dem Ausdruck „Patentgemeinschaft“ zu verbinden ist, könnte zwar dem Mangel der Vieldeutigkeit abgeholfen werden; es sprechen aber triftige Gründe dafür, die Bezeichnung „Patentgemeinschaft“ und „Spezialisierungsgemeinschaft“ fallen zu lassen und an ihre Stelle den Ausdruck „Patentrekterell“ bzw. „Spezialisierungskartell“ zu setzen.

Beim Patentrekterell handelt es sich um denselben Grundgedanken, der auch den übrigen Kartellarten innewohnt. Es ist daher nicht gerechtfertigt, ihm eine Sonderbezeichnung zu geben und ihm eine Sonderstellung innerhalb der Unternehmerverbände einzuräumen. In der Folge soll nachgewiesen werden, daß die sogenannte „Patentgemeinschaft“ tatsächlich unter den Oberbegriff des Kartells fällt.

Durch das im Jahre 1893 erschienene Buch Kleinwächters „Die Kartelle“ wurde der Grundstein zu der nunmehr fast unabsehbar umfangreich gewordenen wissenschaftlichen Kartellliteratur gelegt. Kleinwächter definiert das Kartell als einen Verband von Unternehmungen derselben Branche, dessen Zweck dahingeht, durch ein gewisses solidarisches Vorgehen der Genossen die gegenseitige Konkurrenz einzudämmen oder vollständig auszuschließen, um auf diese Weise die wirtschaftliche Lage der Unternehmer bzw. der betreffenden Geschäftsbranche günstiger zu gestalten. Zweifelloos wird zu diesem Zweck sowohl durch die sogenannte Patentgemeinschaft als auch durch die sogenannte Spezialisierungsgemeinschaft der gegenseitige Wettbewerb auf einem Teilgebiet der gesamten Erwerbstätigkeit aufgehoben. In der Arbeit von Baumgarten und Meszlény „Kartelle und Trusts“ (1906) sowie in derjenigen Grunzels „Über

<sup>27)</sup> Tross, Der Aufbau der Eisen- und eisenverarbeitenden Industriekonzerne Deutschlands, 1923, S. 176.

Kartelle“ (1902) sind z. T. die Begriffsbestimmungen des Kartells angeführt, die derjenigen Kleinwächters folgten. Auf sie einzugehen erübrigt sich aber, da die Definition Liefmanns bis in die jüngste Zeit fast durchwegs Anerkennung gefunden hat<sup>28)</sup>. Liefmann versteht unter einem Kartell eine freie Vereinbarung selbständig bleibender Unternehmer derselben Art zum Zwecke monopolistischer Beherrschung des Marktes. Nach ihm ist der Gattungsbegriff des Kartells dem Oberbegriff des Verbandes unterzuordnen, worunter er Vereinigungen zu einer bestimmten Gestaltung der wirtschaftlichen Tätigkeit ihrer Mitglieder im Hinblick auf einen gemeinsamen Zweck versteht. Sowohl die sogenannte Patentgemeinschaft, als auch die sogenannte Spezialisierungsgemeinschaft fallen sicher unter den Begriff des Verbandes; es fragt sich nur, ob sie unter denjenigen des Kartells fallen. Was die sogenannte Patentgemeinschaft betrifft, kann man zwischen zwei Fällen unterscheiden: entweder werden Außenseiter von der Erteilung von Lizenzen seitens der Verbandsmitglieder ausgeschlossen oder es geschieht dies nicht, und nur in dem ersten Fall hat der Verband einen monopolistischen Charakter. Hinsichtlich der sogenannten Spezialisierungsgemeinschaft könnte man die Auffassung vertreten, daß durch die Aufteilung des technischen Arbeitsgebietes nicht nur eine Rationalisierung der technischen Produktion erstrebt wird, sondern auch ein ausschließliches Absatzverhältnis, das jeder dem Verband angehörende Unternehmer dadurch gewinnt, daß er nach vollzogener Spezialisierung im Rahmen des Verbandes als einziger Hersteller für eine bestimmte Anzahl von Typen in Frage kommt. Man könnte also cum grano salis behaupten, daß auch die sogenannte Spezialisierungsgemeinschaft eine monopolistische Beeinflussung des Marktes anstrebt<sup>29)</sup>. Im Sinne Liefmanns liegt allerdings eine derartige Verwässerung des Begriffes der monopolistischen Marktbeeinflussung nicht, obzwar er als Kriterium für das Bestehen eines Kartellabkommens nicht die strenge Forderung nach dem Streben einer ausschließlichen Marktbeherrschung erhebt.

In neuester Zeit wurden jedoch wieder Stimmen laut, denen zufolge in dem Streben nach einer monopolistischen Beeinflussung des Marktes nicht die wesentlichste Zweckbestimmung des Kartells liegt. Den Anlaß zu dieser Auffassung gab das Bekanntwerden verschiedener Verbandsarten, die durch den Sprachgebrauch als Kartelle bezeichnet werden, die jedoch keine monopolistische Tendenz aufweisen<sup>30)</sup>. Man berief sich auch darauf, daß das sogenannte Konditionenkartell im Sinne Liefmanns nicht als Kartell, sondern lediglich als Verband angesehen werden muß und forderte mit Rücksicht auf den Sprachgebrauch eine neue Begriffsbestimmung des Kartells<sup>31)</sup>.

<sup>27)</sup> Liefmann, Kartelle und Trusts, 1924, S. 5.

<sup>28)</sup> So ähnlich auch v. Beckerath in „Ziele, Kräfte und Gestaltungen in der deutschen Industriewirtschaft“, 1924, S. 46 (Fußnote).

<sup>29)</sup> Seyfert, Zeitschr. „Technik u. Wirtschaft“, 1921, S. 517 ff., ferner Tschierschky, Zur Reform der Industriekartelle, 1921, S. 83 ff.

<sup>30)</sup> Liefmann hat seit jeher die Auffassung vertreten, daß das sogenannte Konditionenkartell mangels einer monopolistischen Tendenz nicht als Kartell anzusehen sei (vgl. L., Kartelle und Trusts, 2. Aufl. S. 26).

Diese Forderung erhob unter anderen auch Rudolf Isay, der von der Auffassung ausgehend, daß der Endzweck eines Kartells die rationellere Gestaltung der Erwerbsbedingungen seiner Mitglieder sei und die gegebenenfalls vorhandene monopolistische Tendenz nur ein Mittel hierzu darstelle, nicht aber den Kern des Kartellgedankens träge, das Kartell als eine Vereinigung selbständig bleibender Unternehmer eines Gewerbezweiges definiert, welche den Einkauf, die Erzeugung oder den Absatz innerhalb eines Gewerbezweiges regeln will<sup>31)</sup>.

Sicher ist es richtig, daß der Endzweck jedes Kartells eine rationellere Gestaltung der Erwerbsbedingungen seiner Mitglieder ist, doch diesem Zweck dienen auch andere Unternehmerverbände, nicht nur Kartelle. Es soll jedoch das Gegensätzliche im Gemeinsamen, das Verschiedenartige in der Einheitlichkeit, kurz, das Typische des Kartells erkannt werden und dies ist nicht, wie Isay meint, die Regelung des Einkaufs, der Erzeugung oder des Absatzes, sondern wie Geiler sagt, die Regelung widerstreitender Erwerbsinteressen<sup>32)</sup>. Obzwar Isay ausdrücklich betont, daß er in Normalisierungs- und Typisierungsvereinbarungen noch keine Kartellvereinbarungen sehen wolle, so kann man in diesen doch nichts anderes als eine Regelung der Erzeugung erblicken. Auch durch die Genossenschaft erfolgt eine Regelung des Einkaufs, der Erzeugung oder des Absatzes innerhalb eines Gewerbezweiges, doch würde man dem Sprachgebrauch Gewalt antun, wenn man die Genossenschaft als Kartell bezeichnen würde.

Ist man gewillt mit Rücksicht auf den Sprachgebrauch die Liefmannsche Begriffsbestimmung des Kartells fallen zu lassen und durch eine neue zu ersetzen, die ihm Genüge tut, so müßte das Kartell etwa folgendermaßen definiert werden:

„Ein Kartell ist eine auf längere Zeitdauer gedachte freiwillige Vereinigung selbständig bleibender Unternehmer bzw. Unternehmungen derselben Art, die durch Beschränkung des gegenseitigen Wettbewerbes eine Steigerung oder Stabilisierung der Gewinnaussichten ihrer Mitglieder bezweckt“<sup>33)</sup>.

Unter die obige Begriffsbestimmung fällt die sogenannte Patentgemeinschaft, die sogenannte Spezialisierungsgemeinschaft oder

<sup>31)</sup> R. Isay, Studien im privaten und öffentlichen Kartellrecht.

<sup>32)</sup> Geiler, a. a. O., S. 81.

<sup>33)</sup> Kurzzeitige Zusammenschlüsse mit monopolistischer Tendenz — Hauskonsortien, Corners — sind keine Kartelle. — Zwangsvereinigungen, deren Bestand auf staatliche Einflüsse zurückzuführen ist, werden im allgemeinen nicht zu den Kartellen gezählt. — Als wesentliches Merkmal obiger Definition ist die Beschränkung bzw. Ausschaltung des gegenseitigen Wettbewerbes anzusehen. — Das Streben, die Aussichten auf Gewinnerzielung zu steigern, liegt selbstverständlich auch dann vor, wenn vorerst nur eine die Kosten deckende Preisbildung angestrebt wird, d. h. die Verminderung einer Verlustmarge zwischen den Selbstkosten und dem Verkaufspreis. — Durch die Kartellbindungen wird jedenfalls die Selbstständigkeit der Kartellmitglieder herabgesetzt. Der Begriff der Selbstständigkeit ist ebenso wie jener der monopolistischen Tendenz in hohem Maße relativ.

Fertigungskartell sowie die anderen durch den Sprachgebrauch als Kartelle bezeichneten Verbandsformen, die den Anlaß zu einer Kritik des Kartellbegriffes von Liefmann abgaben.

Die Auffassung, daß man es bei Vereinbarungen über gegenseitige Lizenzabgabe mit typischen Kartellverpflichtungen zu tun habe, ist übrigens schon mehrfach geäußert worden, wenn auch nicht in vollständig klarer Weise. In den Vereinigten Staaten, wo das Patentkartell eine verhältnismäßig große Verbreitung gefunden und fast durchwegs eine monopolistische Tendenz hat, werden Vereinbarungen über gegenseitige Lizenzabgabe unter Ausschluß von Außenseitern als „Patent pools“ bezeichnet<sup>34)</sup>. Der Begriff des Pools ist zwar demjenigen des Kartells nicht identisch, doch werden in U.S.-Amerika Kartelle auch vielfach Pools genannt. Unter „Patent pools“ hat man jedoch nicht nur Vereinbarungen über gegenseitige Lizenzabgabe unter Ausschluß von Außenseitern verstanden, sondern auch Abkommen zwischen einem Patentinhaber und dessen Lizenznehmern, die eine monopolistische Marktbeherrschung bezwecken.

In Deutschland wurde das Patentkartell bisher noch kaum beachtet, obwohl es schon ziemlich große Verbreitung gefunden hat. Hermann Isay, der als einziger in Deutschland die sogenannte Patentgemeinschaft eingehender untersuchte, sieht in der Vereinbarung gegenseitiger Lizenzabgabe nur ein Hilfsmittel im Dienst des Kartellgedankens, nicht aber, wie die Autoren der Vereinigten Staaten in Patentvereinbarungen das wesentliche Kennzeichen einer Kartellart<sup>35)</sup>. Die Arbeit Isays will übrigens nur darauf hinweisen, welche Bedeutung Vereinbarungen über gegenseitige Lizenzabgabe im Rahmen schon bestehender Kartelle zukommen könnten; hier soll hingegen das Patentkartell als eine durch die Wirtschaft schon verwirklichte Organisationsform untersucht werden.

Abkommen über Austausch von Erfahrungen und von Erfindungen sind typische Kartellbindungen. Daran ändert der Umstand nichts, daß derartige Vereinbarungen auch meist zwischen Unternehmungen geschlossen werden, die im Verhältnis einer Interessengemeinschaft stehen. In diesem Fall sind ja auch Preisvereinbarungen, Kontingentierungsvereinbarungen u. dergl. mehr üblich, die gewiß als typische Kartellvereinbarungen angesehen werden. Die Auffassung, daß das Kartell in Preisvereinbarungen, Kontingentierungsvereinbarungen u. a. m. besteht, Vereinbarungen über gegenseitige Lizenzabgabe aber nur Zusatzvereinbarungen sind, ist im allgemeinen nicht zu rechtfertigen; die bloße Vereinbarung über den Austausch von Lizenzen fällt schon unter die Begriffsbestimmung des Kartells. Es ist auch zu beachten, daß die sogenannten typischen Kartellvereinbarungen niemals einzeln vorkommen, sondern daß fast stets mehrere dieser Vereinbarungen gleichzeitig geschlossen werden. Die im Rahmen eines Kartells getroffenen Bestimmungen würden meist jede für sich eine andere Kartellart kennzeichnen, denn das Preiskartell, das Kon-

<sup>34)</sup> Vgl. Jones, The Trust Problem in the U.S.A., 1922, S. 15 ff. Vaughan, Economics of our Patent System, 1925, S. 34 ff.

<sup>35)</sup> Hermann Isay, Die Patentgemeinschaft im Dienst des Kartellgedankens, 1923, S. 7 ff.



ditionskartell usw. sind durchwegs idealisierte Typen, die durch das Wirtschaftsleben in reiner Form fast nie geschaffen werden. Was würde beispielsweise die Festsetzung von Verkaufspreisen für einen Sinn haben, wenn nicht gleichzeitig auch Zahlungsbedingungen vereinbart würden? Durch die Stellung günstigerer Konditionen könnten dann alle Preisvereinbarungen durchbrochen werden. Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Systematisierung hat man aus der Vielzahl der in Kartellabkommen enthaltenen Bestimmungen jeweils eine einzige typische Vereinbarung herausgegriffen und sie als Merkmal eines idealisierten Kartelltypus betrachtet. Dieselbe Notwendigkeit rechtfertigt es, die typische Kartellbestimmung über Austausch von Lizenzen oder Patenten als Patentkartell zu bezeichnen.

Dies muß allerdings unter gewissen Vorbehalten geschehen, da Vereinbarungen über gegenseitige Erteilung von Lizenzen mitunter eher den Charakter eines Konsortiums als den eines Kartells haben, beispielsweise im Falle, daß es sich um die gemeinsame Ausbildung einer Erfindung handelt, deren praktische Bedeutung noch in Frage steht.

Oft werden zwischen Unternehmungen desselben technischen Produktionszweiges Vereinbarungen über gegenseitige Lizenzabgabe getroffen, die sich nur auf einige wenige ihrer gewerblichen Schutzrechte beziehen. Hat beispielsweise die Firma A ein Patent der Firma B verletzt und umgekehrt die Firma B ein Patent der Firma A, und legen beide Firmen Wert darauf, den Gegenstand des durch sie verletzten Patents auch in Zukunft zu benutzen, so erfolgt sehr häufig eine Verständigung dahingehend, daß die beiden Firmen einander Lizenzen auf die beiden in Frage stehenden Schutzrechte erteilen. Eine derartige Vereinbarung nimmt meist keinem der beiden Vertragsgegner das Recht, an Dritte Lizenzen auf das Patent zu erteilen, das er innehat. Vereinbarungen dieser Art werden von Fall zu Fall geschlossen, so daß zwischen zwei Unternehmungen desselben Industriezweiges mitunter eine ganze Reihe von Verträgen über gegenseitige Lizenzerteilung besteht, die in keinem inneren Zusammenhang untereinander stehen. Beim Vorliegen eines derartigen Tatbestandes scheint die Auffassung, daß es sich um ein Kartellabkommen handelt, nur dann gerechtfertigt, wenn sich das Lizenzabkommen auf Schutzrechte wesentlicher Bedeutung bezieht, so daß durch die gegenseitige Lizenzerteilung eine merkbare Beschränkung des gegenseitigen Wettbewerbes stattfindet; andernfalls kann von einem Kartellabkommen kaum die Rede sein, um so weniger, wenn Dritte von der Benutzung der in Frage stehenden Erfindungen nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden, so daß der Vereinbarung keine monopolistische Tendenz innewohnt.

Das Vorkommen derartiger Vereinbarungen spricht aber nicht gegen die Berechtigung der hier vertretenen Ansicht, derzufolge Abkommen über gegenseitige Lizenzerteilung im allgemeinen als Kartellvereinbarungen anzusehen sind, insbesondere dann, wenn Außenseiter von der Erteilung von Lizenzen ausgeschlossen werden, und sich das Abkommen auf bedeutende Erfindungen oder auf ein ganzes technisches Produktionsgebiet bezieht.

## VII. Formen und Rechtslage des Patentkartells.

Die Patentkartelle lassen sich in folgender Weise systematisch gliedern:

1. Das Patentkartell, dessen Organ Eigentümer der ursprünglich durch die Kartellmitglieder erworbenen Schutzrechte wird.

2. Das Patentkartell, dessen Mitglieder Eigentümer der von ihnen erworbenen Schutzrechte bleiben.

Ad. 1. In dem ersten Fall werden die Patente und Gebrauchsmuster der Kartellmitglieder in das, meist in Form einer Gesellschaft errichtete Kartellorgan eingebracht oder an dasselbe verkauft. Jedes Kartellmitglied, gleichgültig ob es ein Gesellschafter des Kartellorgans ist oder nicht, erhält Anspruch auf Erteilung einer Einfachlizenz auf die vom Kartellorgan innegehabten gewerblichen Schutzrechte und die Lizenzbedingungen sind für alle Kartellmitglieder gleichgeartet. Beim Abschluß der Lizenzverträge tritt das Kartellorgan den Kartellmitgliedern gegenüber als selbständiger Rechtskontrahent auf und muß daher ein selbständiger Rechtsträger sein. Der Gedanke der gegenseitigen Erteilung von Lizenzen wird bei dieser Form des Patentkartells mittelbar, und zwar durch das Kartellorgan verwirklicht. Der Idee nach bedeutet die Zession gewerblicher Schutzrechte an das Kartellorgan eine Übertragung zu treuen Händen, entsprechend derjenigen, wie sie bei der Holding Company durch eine Übertragung von Aktien stattfindet. Aus diesem Grunde wurde auch die Form des Patentkartells, bei der eine mittelbare gegenseitige Lizenzerteilung durch Zession von gewerblichen Schutzrechten an einen Treuhänder erfolgt, in den Vereinigten Staaten als „Patent Holding Company“ bezeichnet.

Ad. 2. In dem zweiten Fall, in dem die Kartellmitglieder Eigentümer ihrer gewerblichen Schutzrechte bleiben, erfolgt die gegenseitige Erteilung von Lizenzen entweder auch mittelbar, wie in dem ersten Fall, oder sie erfolgt unmittelbar.

a) Bei mittelbarer gegenseitiger Lizenzerteilung erhält das Kartellorgan entweder von allen Kartellmitgliedern eine Lizenz, die zur Erteilung von Unterlizenzen an Kartellmitglieder berechtigt oder es erhält von allen Kartellmitgliedern Ausschließlichlizenzen und erteilt auch an das lizenzgebende Kartellmitglied eine Unterlizenz. Die Inhaber der gewerblichen Schutzrechte verpflichten sich, an Dritte keine Lizenzen zu erteilen. Jedes Kartellmitglied hat Anspruch auf die Erteilung einer Lizenz auf die vom Kartellorgan kontrollierten Schutzrechte.

b) Bei unmittelbarer Abgabe von Lizenzen sichern sich die Kartellmitglieder zu, einander Lizenzen auf die von ihnen innegehabten Schutzrechte zu erteilen. Entweder wird zu dem Zwecke gegenseitiger Lizenzerteilung, allenfalls unter Ausschuß von Außenseitern, eine eigene Gesellschaft des bürgerlichen Rechts gegründet oder es schließen die Kartellmitglieder untereinander eine Anzahl voneinander unabhängiger Gegenseitigkeitsverträge. Von dieser letzten Rechtsform wird meist dann Gebrauch gemacht, wenn nur ein Teil der Mitglieder eines schon bestehenden Kartells Vereinbarungen über gegenseitige Erteilung von Lizenzen einzugehen wünscht.

Hermann Isay hat die Kartellform, bei der die gegenseitige Erteilung von Lizenzen mittelbar erfolgt, „durchgeführte Patentgemeinschaft“ genannt, jene Kartellform hingegen, bei der die gegenseitige Lizenzerteilung unmittelbar zwischen den Kartellmitgliedern stattfindet, als „einfache Patentgemeinschaft“ bezeichnet<sup>36)</sup>. Diese Bezeichnungsweise wird damit begründet, daß die erste der beiden Kartellformen den Gedanken einer Gemeinschaft weiter „durchführt“, will sagen, auf einen strafferen Zusammenschluß der Kartellmitglieder abzielt. Es ist naheliegend, daß eine einheitliche und zielbewußte Patentpolitik bei der sogenannten „durchgeführten Patentgemeinschaft“ leichter ausgeübt werden kann als bei der sogenannten „einfachen Patentgemeinschaft“, da die erste von beiden zentralistisch, die letzte hingegen dezentralistisch angelegt ist<sup>37)</sup>.

In den folgenden beiden Abbildungen ist die Organisation von zwei Patentkartellen in schematischer Weise zur Darstellung gebracht. In beiden Fällen handelt es sich um ein Kartell, bestehend aus den drei Mitgliedern A, B und C.

Das eine Mal erfolgt die gegenseitige Lizenzerteilung unmittelbar zwischen den Kartellmitgliedern. Die Kartellmitglieder haben zu dem Zwecke, einander Lizenzen zu erteilen und Außenseiter von der Abgabe von Lizenzen auszuschließen, eine Gesellschaft des bürgerlichen Rechts gebildet. Um eine Gleichstellung aller Kartellmitglieder zu erreichen, wird meist überdies vereinbart, daß keines von ihnen von Außenseitern Lizenzen aufnehmen darf, es sei denn,

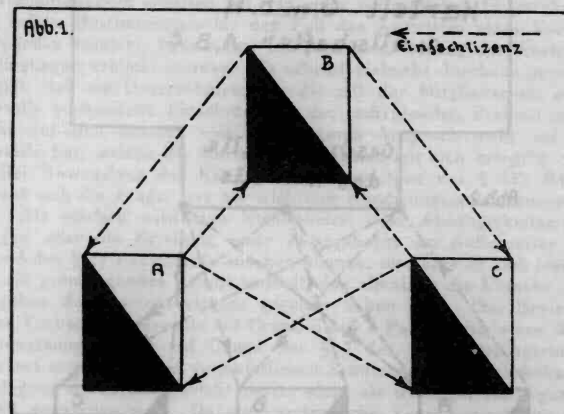
<sup>36)</sup> Hermann Isay, Die Patentgemeinschaft im Dienst des Kartellgedankens, 1923, S. 12.

<sup>37)</sup> Eine andere Einteilungsmöglichkeit wie die oben angeführte ergibt sich, wenn man zwischenstaatliche Patentabkommen mit binnenstaatlichen vergleicht. Bei letzteren beziehen sich die Vereinbarungen auf dieselben Schutzrechte und daher auf dieselben Erfindungsgegenstände. Zwischenstaatliche Patentvereinbarungen hingegen haben nur auf die Benutzung gleicher Erfindungsgegenstände, aber nur auf verschiedene Schutzrechte Bezug, da die gleichen Erfindungsgegenstände in verschiedenen Staaten durch verschiedene Schutzrechte geschützt sind. Eine zwischenstaatliche Patentvereinbarung könnte etwa dahin lauten, daß zwei Unternehmungen der gleichen Art sich gegenseitig verpflichten, patentfähige Erfindungen nach ihrem eigenen Ermessen, jedenfalls aber auf Wunsch des Vertragsgegners in dessen Staatsgebiet zum Patent anzumelden, ihm für jedes dort erteilte Patent ein Vorkaufsrecht einzuräumen und ihm eine einfache Gratlizenz zu erteilen, wenn er von seinem Vorkaufsrecht keinen Gebrauch machen will.

daß alle übrigen Kartellmitglieder die Möglichkeit haben, auf den gleichen Erfindungsgegenstand eine Lizenz unter den gleichen Bedingungen zu erhalten. Abb. 1 stellt den Austausch von Lizenzen auf Grundlage dieser Rechtsverhältnisse in schematischer Weise dar.

In Abb. 2 ist ein Patentkartell dargestellt, bei dem die gegenseitige Erteilung von Lizenzen mittelbar erfolgt. Das Kartellorgan hat die Rechtsform einer G. m. b. H. In diesem Fall ist es möglich, daß alle Kartellmitglieder oder nur ein Teil von ihnen Gesellschafter der G. m. b. H. sind. Jedes der Kartellmitglieder A, B und C erteilt

#### Gesellsch. des bürg. Rechts (§ 705 BGB.)



an das Kartellorgan entweder Ausschließlichlizenzen oder Lizenzen, die es berechtigt, an Kartellmitglieder Unterlizenzen zu erteilen. Die Kartellmitglieder haben Anspruch auf Erteilung einer Einfachlizenz auf alle vom Kartellorgan kontrollierten Schutzrechte. Jedes Kartellmitglied schließt mit dem Kartellorgan einen den Verträgen der übrigen Kartellmitglieder gleichlautenden Lizenzvertrag.

Statt dem Kartellorgan die Rechtsform einer G. m. b. H. zu verleihen, wäre es selbstverständlich auch möglich, ihm diejenige eines rechtsfähigen Verbandes oder einer A.-G. zu erteilen.

Die Form der mittelbaren gegenseitigen Lizenzerteilung eignet sich vorzugsweise für Syndikate, also für Kartelle mit einem rechtsfähigen Kartellorgan, denn in diesem Fall bedarf es nicht erst der Schaffung einer eigenen Patenttreuhandelsstelle. Die Fertigindustrie hat jedoch die Form des Syndikats fast durchwegs abgelehnt. Das Syndikat wird insbesondere für den Vertrieb der Waren der Kartellmitglieder geschaffen und in der Fertigindustrie ist die Vereinheitlichung der Erzeugnisse meist noch nicht so weit gediehen, daß ihr Vertrieb einem Syndikat übertragen werden kann. Gerade auf die

individuelle Gestaltung der Erzeugnisse wird vielfach großer Wert gelegt, da sie die Ursache einer besonderen Wettbewerbsfähigkeit bildet. So lange keine vollkommene Einheitsware geschaffen ist, kann der unmittelbare Verkehr mit den Abnehmern der Erzeugnisse kaum aufgegeben werden. Zu den wenigen Patentkartellen der Fertigindustrie, die in Deutschland die Form eines Syndikats gewählt haben, gehört ein Patentkartell im Rahmen des Gesamtverbandes des Zerkleinerungs- und Aufbereitungsmaschinenbaues. Außer für die Industriezweige von Fertigwaren ist das Patentkartell vorzugs-

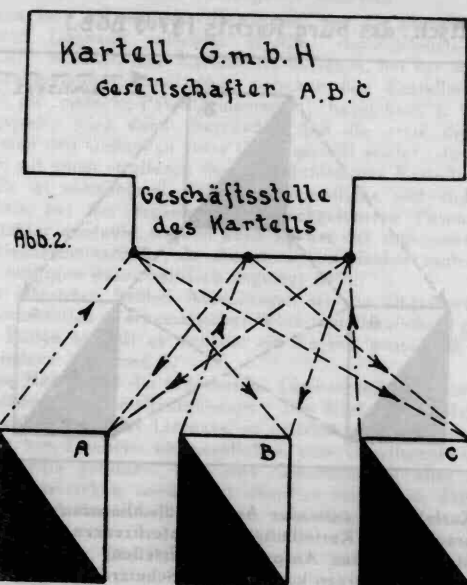


Abb. 2.

----- Einfachlizenz.

..... Ausschließliche Lizenz unter Vorbehalt eigenen Benutzungsrechts.

weise noch für die chemische Industrie von Bedeutung, und dort ist die Form des Syndikats stark verbreitet, da die chemischen Erzeugnisse fast durchweg normiert werden, wenn sie nicht schon von sich aus Einheitsware darstellen.

Das Einbringen von Schutzrechten in ein Kartellorgan, das die Form einer Kapitalgesellschaft erhalten hat, findet nur dann statt, wenn ein Bestand des Kartells von längerer Dauer vorausgesetzt wird und kein großer Mitgliederwechsel stattfindet. Andernfalls würden die erforderlichen Übertragungsformalitäten beim Ein- und

Austritt eines Mitgliedes die Vorteile aufheben, die diese Rechtsform im Sonderfalle haben mag. In den Verbänden des Dampfturbinenbaues sind die Patente der Kartellmitglieder meist vom Kartellorgan übernommen worden, beispielsweise bei der Vereinigten Dampfturbinen-Gesellschaft, die einen Teil des sogenannten Curtis-Syndikats bildete.

Im allgemeinen können einem Kartellmitglied bei seinem Ausscheiden aus dem Kartell sowohl jene Lizenzen entzogen werden, die ihm auf Grund der gewerblichen Schutzrechte erteilt wurden, die das Kartellorgan inne hat, als auch diejenigen, welche das ausscheidende Kartellmitglied durch Vermittlung des Kartellorgans von anderen Kartellmitgliedern erhalten hat. In einer vertraglichen Übereinkunft, die solche Bestimmungen für den Fall des Austrittes eines Kartellmitgliedes vorsieht, kann keine unbillige Erschwerung der Austrittsbedingungen erblickt werden. Es scheint vielmehr durchaus gerechtfertigt, daß ein Unternehmen, das die mit der Mitgliedschaft eines Kartells verbundene Einschränkung der individuellen Freiheit nicht mehr auf sich nehmen will, auch keinen Anspruch mehr auf die Vorteile hat, welche die Kartellmitgliedschaft mit sich bringt<sup>38)</sup>.

Bei Anwendung der Kündigungsbestimmungen des § 723 B.G.B. erhebt sich die Frage, was als wichtiger Kündigungsgrund anzusehen ist. Als solchen wird man Nichtigkeits- oder Abhängigkeitserklärungen oder die Erteilung einer Zwangslizenz an Außenseiter auf Grund des § 11 Pat.-Gesetz ansehen können, insofern es sich hierbei um ein grundlegendes Patent handelt, das allenfalls die Ursache zum Eingehen des Kartellvertrages gegeben haben mag. Das Bestehen eines Vorbenutzungsrechts auf Grund des § 5 Pat.-Gesetz, eines Weiterbenutzungsrechtes auf Grund des § 7 des Patentverlängerungsgesetzes sowie eine den vermeintlichen Schutzzumfang einschränkende Auslegung durch das Gericht dürfte nicht als wichtiger Kündigungsgrund anzusehen sein. Da eine vertragliche Vereinbarung, die das Bestehen eines Vorbenutzungsrechts, eine einschränkende Auslegung durch das Gericht oder dergl. als wichtigen Kündigungsgrund ausschließt, nicht als eine den Vorschriften des § 723 B.G.B. zuwiderlaufende Einschränkung des Kündigungsrechts aufzufassen sein dürfte, so scheint eine solche Vertragsbestimmung zulässig.

Durch ihren Beitritt zum Kartell geben die Kartellmitglieder nicht ohne weiteres ihre Anfechtungsrechte in Bezug auf Patentanmeldungen und erteilte Patente, die vom Kartell kontrolliert werden, auf<sup>39)</sup>. Man könnte zwar den einzelnen Kartellmitgliedern diese Rechte durch entsprechende Vertragsbestimmungen entziehen, doch liegt ein solches Vorgehen garnicht im Interesse deren Allgemeinheit, da es dann möglich wäre, daß ein Kartellmitglied von den übrigen die Zahlung von Lizenzgebühren für ein anfechtbares Patent fordert. Um-

<sup>38)</sup> Vgl. Entsch. v. 7. Jan. 1924 K 1/23; Entscheidungen des Reichswirtschaftsgerichts und des Kartellgerichts, herausgegeben von den Mitgliedern des Gerichtshofes. Bd. 2, S. 159; ferner Isay-Tschierschky, Die Kartellverordnung, 1925, S. 262 ff.

<sup>39)</sup> Schultz-Mehrin und Seligsohn, Patentgemeinschaften, Zeitschr. Maschinenbau-Wirtschaft, Jg. 1923, S. 861.

gekehrt liegt es aber auch nicht im Interesse der Allgemeinheit der Kartellmitglieder, daß ein dem Kartell unterstehendes Schutzrecht zu Fall kommt. In der chemischen Industrie hat man daher ein Schiedsgerichtsverfahren eingeführt, um hierdurch interne Streitfragen beizulegen. H. Isay bestimmt in dem von ihm angegebenen Vertragsbeispiel eines Patentkartells, daß ein Kartellmitglied, das beabsichtigt, gegen ein Schutzrecht, an welchem dem Kartellorgan die Ausschließlizenz zusteht, die Nichtigkeits- oder Löschungsklage zu erheben, verpflichtet sei, seine Absicht der Gesellschaftsversammlung bekanntzugeben<sup>40)</sup>. Erst nachdem die Gesellschaftsversammlung sich mit der Angelegenheit befaßt hat, ist der ordentliche Rechtsweg zulässig.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß in Kartellen meist verschiedenartige Vereinbarungen gemeinsam getroffen werden, beispielsweise solche über das Höchstmaß des Produktionsumfanges, gemeinsam mit Preisvereinbarungen und Vereinbarungen über gegenseitige Lizenzerteilung. Jede dieser Vereinbarungen bildet meist den Gegenstand eines eigenen Vertrages. Beim Vorliegen einer Kartellform gemäß Abb. 2 (S. 56), stehen dem Gesellschaftsvertrag, durch den das Kartellorgan begründet wird, eine Mehrzahl von einzelnen Kartellverträgen gegenüber, die die besonderen Kartellbestimmungen zum Gegenstand haben und die zwischen dem Kartellorgan und den einzelnen Kartellmitgliedern geschlossen werden. Nach dem Vorgehen von Flechtheim hat sich die Rechtswissenschaft durch die Mehrheit ihrer Vertreter auf den Standpunkt gestellt, daß die Gesamtheit der Verträge als ein einheitlicher Gesellschaftsvertrag angesehen werden müsse, und daß die durch die Gesamtheit der Verträge mit dem Kartellorgan verbundenen Kartellmitglieder als eine Gesellschaft des bürgerlichen Rechts aufzufassen sei<sup>41)</sup>. Bestehen daher in einem Kartell Vereinbarungen über die Höhe der Mindestpreise und gleichzeitig solche über eine gegenseitige Erteilung von Lizenzen und will ein Kartellmitglied von den Preisvereinbarungen gemäß § 723 B.G.B. zurücktreten, so würden damit gleichzeitig die Vereinbarungen über die gegenseitige Erteilung von Lizenzen aufgehoben werden. Die gegenseitige Lizenzerteilung stellt der herrschenden Rechtsansicht nach nur eine gesellschaftliche Leistung zu dem gemeinsamen Kartellzweck dar<sup>42)</sup>.

Sowohl die Form der mittelbaren als auch diejenige der unmittelbaren Lizenzerteilung kann im konkreten Fall den Bedürfnissen der Kartellmitglieder besser entsprechen. Die Rechtsverhältnisse bei unmittelbarer gegenseitiger Lizenzerteilung sind einfacher, die Kosten einer Patenttreuhandstelle entfallen bei ihr, doch die Durchführung einer nach innen und außen straffen Patentpolitik ist kaum möglich. Bei einem Patentkartell, das auf unmittelbarer gegenseitiger Lizenzerteilung beruht, wäre es beispielsweise nicht möglich, einen Außenseiter wegen Verletzung eines dem Kartell unterstehenden Patents gerichtlich zu belangen, wenn der Patentinhaber gegen die Verletzung

<sup>40)</sup> H. Isay, Die Patentgemeinschaft usw., a. a. O., S. 49.

<sup>41)</sup> Flechtheim, Deutsches Kartellrecht, S. 21.

<sup>42)</sup> H. Isay, Die Patentgemeinschaft usw., a. a. O., S. 20.

nichts einzuwenden hat und daher von einer gerichtlichen Verfolgung des Patentverletzers absieht. Im Falle unmittelbarer gegenseitiger Lizenzabgabe wäre dessen Verfolgung durch die übrigen Kartellmitglieder ausgeschlossen, da die Inhaber einer Einfachlizenz nicht berechtigt sind, den Verletzer des Patents auf dem ordentlichen Gerichtsweg zu belangen. Derartige interne Rechtsverhältnisse innerhalb eines Patentkartells würden aber so viel bedeuten, daß sich jedes Kartellmitglied praktisch der Verpflichtung entziehen könnte, an Außenseiter keine Lizenzen abzugeben. Man könnte zwar den Patentinhaber vertraglich verpflichten, gegen Verletzer vorzugehen, doch eine solche Vereinbarung setzt die Intensität der Prozeßführung in Frage. Übertragung von Schutzrechten auf Prozeßdauer gegen Verpflichtung der Rückübertragung zu bestimmen und dergl. scheint auch nicht zweckmäßig.

Es ist gebräuchlich, neu erworbene Schutzrechte der Geschäftsstelle des Kartells oder der Gesellschaftsversammlung vorzulegen. Von diesen Stellen wird dann die Entscheidung getroffen, ob die von den Kartellmitgliedern erworbenen Schutzrechte den Verbandsbestimmungen unterworfen oder von ihnen befreit werden sollen. Neuanmeldungen sollen noch vor ihrer Bekanntmachung durch das Reichspatentamt den oben bezeichneten Stellen vorgelegt werden. Der Zweck derartiger Bestimmungen, wie sie sich u. a. in dem Vertrag des sogenannten Zoellysyndikates vorfinden, besteht darin, jene Anmeldungen bzw. Schutzrechte, die keine Bedeutung für die Gesamtheit der Kartellmitglieder haben, freizugeben, damit der Anmelder bzw. der Inhaber des Schutzrechtes sogleich in der Lage ist, solche Erfindungsgegenstände außerhalb des Kartells zu verwerten. Es sollen ferner nur derartige Schutzrechte durch das Kartellorgan von den Kartellmitgliedern gegen geldliche Abfindung erworben werden, die geeignet scheinen, die Interessen der Allgemeinheit der Kartellmitglieder zu fördern und um auch diese Frage entscheiden zu können, dient das oben angeführte Prüfungsverfahren.

Meist aber erfolgt seitens des Kartellorgans für die Abtretung gewerblicher Schutzrechte oder die Erteilung von Lizenzen keine besondere geldliche Gegenleistung, sondern diese Leistungen der Kartellmitglieder werden vorerst nicht vergolten. Das Kartellorgan hingegen belastet in seinen Büchern jedes Kartellmitglied, das von ihm eine Lizenz fordert, mit einer entsprechenden Lizenzgebühr und erkennt jenes Mitglied mit diesem Geldbetrag, dem das Kartell den betreffenden Erfindungsgegenstand verdankt. Auf diese Weise erhält jedes Kartellmitglied für die Erteilung von Benutzungsrechten eine Entschädigung, die entsprechend ihrer Zahl und ihrem wirtschaftlichen Wert wächst. Am Ende jeder Rechnungsperiode des Kartellorgans hat jedes Kartellmitglied den Passivsaldo zu bezahlen, der sich aus der Differenz der Gebühren für aufgenommene und abgegebene Lizenzen ergibt, bzw. es bekommt den entsprechenden Aktivsaldo überwiesen, wenn der Betrag, der ihm für erteilte Lizenzen gutgeschrieben wurde, den Betrag übersteigt, mit dem es für aufgenommene Lizenzen belastet worden ist<sup>43)</sup>.

<sup>43)</sup> Näheres über die Kartellbuchhaltung siehe Nicklisch, Der Kartellbetrieb, 1909.



Schließlich sei hier noch auf eine patentrechtliche Frage, oder richtiger gesagt auf eine patentrechtliche Pseudofrage hingewiesen. Durch ein Verfahren, das von Außenseitern des Arbeitsverbandes der Deutschen Autogenindustrie, dem sogenannten Ada-Verband, gegen ihn angestrengt wurde, ist die Nichtigkeitsabteilung des Reichspatentamtes im Jahre 1923 vor die Aufgabe gestellt worden, zu entscheiden, ob die Ausbeutung eines Patents durch ein Kartell oder Syndikat ein Grund zur Erteilung der Zwangslizenz gemäß § 11 Pat.-Gesetz sei. Diese Aufgabenstellung wurde deswegen als Pseudofrage bezeichnet, weil Zwangslizenzen auf Grund des § 11 Pat.-Ges. nur dann zu erteilen sind, wenn dies im öffentlichen Interesse geboten scheint, der Umstand aber, ob ein Patent durch ein einziges Unternehmen oder durch eine Vielzahl von Unternehmen ausgebeutet wird, hierbei unerheblich ist. In diesem Sinne hat sich auch die Nichtigkeitsabteilung ausgesprochen.

Ihr Urteilsspruch hat leider zu dem unglücklich formulierten Satz geführt, daß die Ausbeutung eines Patents durch ein Kartell oder Syndikat bei marktmäßiger Preisbildung kein Lizenzgrund gemäß § 11 Pat.-Ges. sei<sup>44)</sup>. Die Bezeichnung marktmäßig ist unzutreffend, da sich die Preisbildung durch Patent geschützter Gegenstände niemals unter den Bedingungen des freien Wettbewerbs vollzieht, und irreführend, da sie zu der Annahme verleitet, daß die Preisbemessung eines durch Patent geschützten Gegenstandes zu der gleichen Preishöhe führen müsse, wie unter den Bedingungen des freien Wettbewerbs, damit die Voraussetzungen des § 11 Pat.-Ges. nicht vorliegen. Die Urteilsbegründung der Nichtigkeitsabteilung gibt in zutreffender Weise an, daß ein öffentliches Interesse, das geeignet ist, die Erteilung der Zwangslizenz zu begründen, dann besteht, wenn die Ausnutzung des Patents durch dessen Inhaber in derartigen Formen und unter derartigen erschwerenden Bezugsbedingungen sich vollzieht, daß die Befriedigung des Bedarfes nur unter Umständen geschehen kann, die gegen das im Verkehr Erträgliche verstoßen. Im übrigen aber steht die Preisbemessung dem Patentinhaber kraft des ihm durch die Autorität des Staates verliehenen Monopols frei.

<sup>44)</sup> Blatt für Patent-, Muster- und Zeichenwesen, Jg. 1926, S. 149 ff.

## VIII. Patentkartelle in Deutschland und in den Vereinigten Staaten.

Die Stellung der folgenden Ausführungen im Rahmen dieser Arbeit entspricht derjenigen des IV. Abschnittes. Dort handelte es sich darum ein Bild davon zu geben, in welcher Weise die Ingenieurverbände einem technischen Zusammenarbeiten in der Industrie dienen, die Ingenieurverbände in ihrer Eigenart zu charakterisieren und die Entwicklungstendenzen aufzuzeigen, die das Verbandswesen beherrschen. Hier soll nunmehr auf die organisatorischen Gestaltungen in Form von reinen Unternehmerverbänden eingegangen werden, die ein technisches Zusammenarbeiten bezwecken. Es werden einzelne Gewerbebezweige herausgegriffen und gleichsam in Form von Vertikalschnitten durch ihre Entwicklungsgeschichte die Kartellbildungen nachgewiesen, in denen ein Austausch von Erfahrungen und Erfindungen durchgeführt wurde. Da die Unternehmerverbände hinsichtlich dieser Zweckbestimmung bisher noch nicht eingehender betrachtet wurden, scheint ein solches historisches Zurückgreifen angebracht. Soweit Vereinbarungen jüngsten Datums bekannt geworden sind, wurden sie durchwegs berücksichtigt. Im Hinblick auf den Einfluß, den die Entwicklungstendenzen des amerikanischen Wirtschaftslebens auf das deutsche ausüben, werden auch die in den Vereinigten Staaten entstandenen Patentkartelle ziemlich ausführlich dargestellt.

### A. Deutsche und zwischenstaatliche Patentkartelle.

#### Die Dampfturbinenkartelle.

Dampfturbinen sind Wärmekraftmaschinen, in denen die in erhitztem Wasserdampf innewohnende potentielle Energie in mechanische Energie umgewandelt wird. Man unterscheidet eine Reihe von Turbinenarten, die jeweils nach ihrem Erfinder benannt werden. Auch die Kartelle, welche die auf die betreffenden Turbinenarten sich beziehenden Patente kontrollieren, werden meist nach den Erfindern benannt.

##### 1. Das Zoelly-Syndikat.

Bei den Zoelly-Turbinen wird hochgespannter Dampf in ein System offener Kammern geleitet, deren Mündung sich verjüngt. Hierdurch wird die potentielle Energie des Dampfes in strömende Energie umgewandelt und dann an ein sich drehendes Schaufelrad abgegeben.

Das sogenannte Zoelly-Syndikat hat, da um die Benutzung seiner Patente von Außenseitern oft nachgesucht wurde, mehrfach Lizenzen an außenstehende Unternehmungen erteilt. In seiner gegenwärtigen Form besteht das Zoelly-Syndikat, dessen Geschäftsstelle sich in Berlin-Siemensstadt befindet, auf Grund eines im Jahre 1925 geschlossenen Syndikatsvertrages, der jedoch nur die Fortsetzung eines schon früher bestehenden Vertragsverhältnisses bildet. In seiner ursprünglichen Form wurde das Syndikat von der Maschinenfabrik Escher, Wyss & Cie. in Zürich gemeinsam mit der Firma Friedrich Krupp, der Norddeutschen Maschinen- und Armaturenfabrik (Norddeutscher Lloyd), der Firma Siemens-Schuckert-Werke G. m. b. H. und der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A.-G. als Konkurrenzverband des sogenannten Curtis-Syndikats gegründet<sup>45)</sup>. Nach einer Mitteilung der Geschäftsstelle des Syndikats lauten die auf das technische Zusammenarbeiten der Syndikatsmitglieder sich beziehenden Bestimmungen des derzeit geltenden Syndikatsvertrages folgendermaßen:

„Der Zweck des Zoelly-Syndikates ist: die gemeinsame Weiterentwicklung der Konstruktion der Zoelly-Turbinen, die Vereinheitlichung der Fabrikation der Zoelly-Turbinen in den Werkstätten der verschiedenen, dem Zoelly-Syndikat angeschlossenen Firmen, sowie der restlose Austausch von Erfahrungen aller Mitglieder auf dem Gebiet der Konstruktion und des Betriebes von Dampfturbinen System Zoelly für alle Anwendungszwecke. Ferner der Erwerb, die Aufrechterhaltung, die Verteidigung und Geltendmachung von Schutzrechten, die sich auf den Bau von Zoelly-Turbinen beziehen.

Alle Syndikatsmitglieder verpflichten sich zur gegenseitigen baldigen Mitteilung aller auf dem Gebiet der ortsfesten Dampfturbinen gewonnenen Schutzrechte und der erzielten Versuchsergebnisse. Auch gewähren sich die Syndikatsfirmen gegenseitig das uneingeschränkte Mitbenutzungsrecht dieser Schutzrechte und Erfahrungen.

Schutzrechte können von den einzelnen Mitgliedern zunächst selbständig angemeldet werden, sind aber umgehend der Geschäftsstelle bekanntzugeben und in der nächsten Sitzung der Mitglieder dem Syndikat vorzulegen. Die Mitgliederversammlung entscheidet alsdann durch Mehrheitsbeschluß, ob das angemeldete Schutzrecht die Syndikatsinteressen fördert und übernimmt beziehendenfalls die Anmeldung bzw. das Schutzrecht und die damit verbundenen Kosten. Ebenso entscheidet das Syndikat durch Mehrheitsbeschluß, ob ein Schutzrecht auf Syndikatskosten weiter aufrechterhalten werden soll oder nicht. Wird die Tragung der Kosten von der Mehrheit der Syndikatsmitglieder abgelehnt, so steht es jedem Syndikatsmitglied frei, für die betreffenden Schutzrechte selbst zu sorgen.

Der Vertrag ist geschlossen auf die Dauer von acht Jahren, beginnend mit dem 1. Januar 1925 und endet, falls er nicht mit Zu-

<sup>45)</sup> Harnisch, Die Kartellierungsfähigkeit der Maschinenindustrie, 1917, (Heidelberger Diss.); Zeitschr. Kartellrundschauf, Jg. 1904, S. 278.

stimmung aller Syndikatsmitglieder verlängert werden sollte, am 31. Dezember 1932. Bei Auflassung des Vertrages fallen die noch zu Recht bestehenden Schutzrechte an dasjenige Mitglied zurück, welches sie damals eingebracht hat, jedoch behalten die übrigen Mitglieder das Recht, sie im Vertragsgebiet weiterzubenutzen, sofern sie sich an den Patentgebühren und sonstigen Aufrechterhaltungskosten beteiligen.“

## 2. Das Curtis-Syndikat.

Das sogenannte Curtis-Syndikat wurde durch die Firmen Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Berlin, und die General Electric Company, New-York, gegründet. Verschiedene der General Electric Company nahestehende Curtis-Turbinen-Gesellschaften traten den Syndikatsvereinbarungen bei. Die getroffenen Vereinbarungen zielten darauf ab, einander die Benutzung von Erfindungen möglich zu machen. Die Leistung der General Electric Company bestand darin, daß sie der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft die Benutzung der Erfindungen von Curtis zugestand, die Gegenleistung der deutschen Gesellschaft beruhte auf den Erfindungen der Professoren A. Riedler und Stumpf. Mit diesen beiden Erfindern hatte die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft eine eigene Gesellschaft zur Einführung von Erfindungen gegründet. Gleichzeitig mit den Patentvereinbarungen wurden auch Vereinbarungen über eine gegenseitige Abgrenzung der Markt- und Anwendungsgebiete getroffen<sup>46)</sup>. So wurde vereinbart, daß das Recht der Benutzung von Curtis-Patenten für Schiffsbewegungszwecke ausschließlich der International Curtis-Marine-Turbine Company vorbehalten sein sollte. Diese Gesellschaft sollte hingegen der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft für deren europäisches Gebiet Lizenzen erteilen, wogegen letztere der International Marine-Turbine Company die Benutzung der Erfindungen von A. Riedler und Stumpf für Betriebsmaschinen von Schiffen gestattete. Ein territorial begrenzter Teil des Curtis-Syndikats erhielt die Form einer G. m. b. H., die sich Vereinigte Dampfturbinengesellschaft benannte.

## 3. Das Anzapfturbinen-Syndikat.

Zwischen dem Hochdruck- und dem Niederdruckteil von Turbinen hat man Anzapfstellen vorgesehen, an denen zum Teil entspannter Dampf entnommen und für Heizzwecke und dergleichen verwendet werden kann. Das sogenannte Zwischendampfentnahme-Verfahren, dessen Benutzung ursprünglich nur einem Kartell, bestehend aus den Firmen Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Brown Boverie & Co. und der Dieselmotorenfabrik Augsburg zustand, macht Anzapfturbinen für gewisse Zwecke besonders geeignet. Um das von diesen Firmen innegehabte Monopol zu bekämpfen, schlossen sich im Jahre 1911 eine Anzahl von Außenseitern zum Schutzverband Deutscher Dampfkraftmaschinenfabrikanten zusammen<sup>47)</sup>.

<sup>46)</sup> Ufermann und Hüglin, Die A.E.G., 1922, S. 87 ff.

<sup>47)</sup> Harnisch, a. a. O.

#### Patentkartelle in der Glühlampenindustrie<sup>48)</sup>.

Als erster hat Emil Rathenau in Deutschland den wirtschaftlichen Wert der Glühlampe erkannt. 1882 gründete er die Versuchsgesellschaft für elektrisches Glühlicht, aus der 1883 die Deutsche Edison-Gesellschaft, die Vorläuferin der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, hervorging. Die Versuchsgesellschaft hatte vorerst keine eigenen Erzeugungsstätten, sondern befaßte sich mit dem Erwerb von Benutzungsrechten. Sie erwarb von der Compagnie Continental Edison in Paris die Lizenz für die deutschen Patente Edisons. Mangels eigener Erzeugungswerkstätten beauftragte die Deutsche Edison-Gesellschaft vorerst die Firma Siemens & Halske mit der Herstellung elektrischer Glühlampen. Im Jahre 1863 wurde zwischen diesen beiden Unternehmungen ein Vertrag geschlossen, demzufolge alle Aufträge für Glühlichtanlagen der Edison-Gesellschaft, alle Aufträge für Bogenlichtanlagen der Firma Siemens & Halske zugeführt werden sollten. Aber bald erkannte letztere den Wert der Glühlichtbeleuchtung und versuchte sich ihrerseits Benutzungsrechte für diese zu sichern. Den ersten Schritt hierzu bildete der Erwerb der Schutzrechte der französischen Edison-Gesellschaft, deren Lizenznehmerin die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft war. Den Abschluß eines langjährigen Konkurrenzkampfes auf technischem Gebiet bildete die Gründung eines Patentkartells, dessen Mitglieder die Firmen Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Siemens & Halske A.-G. und Auer waren<sup>49)</sup>. Die drei Kartellmitglieder sicherten sich gegenseitige Lizenzerteilung auf alle von ihnen innegehabten, sich auf Glühlampen beziehenden, gewerblichen Schutzrechte zu. Jede Firma blieb Inhaberin ihrer Schutzrechte. Nach langem Bestehen dieses Patentkartells erfolgte ein engerer Zusammenschluß der Kartellmitglieder im Jahre 1920 durch die gemeinsame Gründung der Osram G. m. b. H. Kommanditgesellschaft. Durch den „Osram-Konzern“ wird die Versorgung des deutschen Reichsgebietes nahezu beherrscht, umso mehr als im Jahre 1925 ein internationales Glühlampenkartell geschaffen wurde, das im wesentlichen den Charakter eines Patent- und Kontingentierungskartells hat<sup>50)</sup>. Auf die Preisbildung der Erzeugnisse soll seitens des Kartells angeblich kein Einfluß ausgeübt werden. In dem Internationalen Glühlampenkartell sind fast alle Unternehmungen vertreten, die sich mit der Erzeugung von elektrischen Glühlampen befassen. Deutscherseits sind dies die Firmen des „Osram-Konzerns“; die ausländischen Kartellmitglieder sind folgende: die amerikanische General Electric Company, die holländischen Firmen unter Führung von Philips, die gesamte französische Glühlampenindustrie unter der

<sup>48)</sup> Über die Glühlampenindustrie näheres bei Kreller, Die Entwicklung der deutschen elektrotechnischen Industrie, 1903; Fasolt, Die sieben größten deutschen Elektrizitätsgesellschaften, 1904; Koch, Die Konzentrationsbewegung der deutschen elektrotechnischen Industrie, 1907; Riedler, Emil Rathenau und das Werden der Großwirtschaft, 1916; Ufermann und Hüglin, a. a. O.

<sup>49)</sup> Zeitschr. Kartellrundscha, Jg. 1919, S. 334; H. Isay, Die Patentgemeinschaft usw., a. a. O., S. 9 ff.

<sup>50)</sup> Frankf. Ztg. I. 11. Febr. 1925 u. I. 29. März 1925, ferner Zeitschr. Kartellrundscha, Jg. 1925, S. 99 u. 176.

Führung der Compagnie des Lampes sowie eine Anzahl englischer, skandinavischer, italienischer und japanischer Firmen. Über die Tätigkeit des Glühlampenkartells ist noch sehr wenig bekannt geworden. Der folgende Auszug aus dem Handelsregister der Stadt Genf gibt nur ein unklares Bild von der konkreten Zielsetzung der Vereinigung<sup>51)</sup>.

#### Extrait du Registre du Commerce du Canton de Genève.

Journal A.

No. 200. 3. février 1925.

Aux termes d'acte reçu par Me Pierre Jeandin, notaire à Genève, le 15. janvier 1925, il a été constitué sous la raison de Phoebus S.A., Compagnie Industrielle pour le, développement de l'Eclairage, une société anonyme qui a son siège à Genève et pour objet, dans l'intérêt commun et général des actionnaires ou des tiers, d'améliorer et de développer l'industrie de l'éclairage et ses applications. A ces fins, elle aura l'obligation, le droit et le pouvoir de recourir dans les domaines commercial, scientifique ou technique, à tous les moyens autorisés par la loi, à toutes les méthodes et à tous procédés. Elle devra et pourra de même procéder à toutes recherches ou études scientifiques et pratiques, ayant pour but de développer l'industrie ou les méthodes d'éclairage, la standardisation des produits, etc. Elle pourra également créer et établir en vue de la réalisation de son objet des laboratoires scientifiques ou tous autres établissements analogues. En outre, et d'une manière générale elle a également pour objet de traiter et diriger toutes affaires ou entreprises ayant un rapport quelconque avec l'un de ces objets ou qui en serait une conséquence directe ou indirecte. Sa durée n'est pas limitée. Le capital social est de cinq cent mille francs (Fr. 500 000.—) divisé en mille actions de Fr. 500.— chacune, nominatives. — — —

Extraits certifiés conformes et délivrés à . . . . .

Genève, le 15 Juillet 1925.

Le Secrétaire  
Du Registre du Commerce.

Die Phöbus S.A. kann als die Nachfolgerin eines internationalen Glühlampenkartells angesehen werden, das im Jahre 1903 gegründet worden war, aber mittlerweile unwirksam wurde<sup>52)</sup>.

#### Patentkartelle im Elektromaschinen- und Apparatebau.

Im Elektromaschinen- und Apparatebau ist neben dem Gebiet des Dampfturbinenbaues und der chemischen Industrie die Form des Patentkartells häufig anzutreffen. Eine der ältesten Vereinbarungen in diesem Gewerbegebiet, die sich auf den gegenseitigen Austausch

<sup>51)</sup> Für die Beurteilung des Kartells belanglose Details wurden in diesem Auszug fortgelassen.

<sup>52)</sup> Zeitschr. Kartellrundscha, Jg. 1903, S. 785, 894, 933, 1005 u. s. f.

von Erfindungen und Erfahrungen bezog, wurde zwischen der deutschen Union-Elektrizitätsgesellschaft und der amerikanischen Thomson Houston Company geschlossen. Im Jahre 1903 kam zwischen der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und Union-Elektrizitätsgesellschaft eine Interessengemeinschaft zustande, die später zu einer völligen Verschmelzung dieser beiden Unternehmungen führte<sup>53)</sup>. Die Konzentrationsbewegung der Industrie führte innerhalb der Vereinigten Staaten gleichfalls zu einer Vereinigung zweier Großfirmen; dort wurde die Thomson Houston Company mit der Edison Electric Company zu einer neuen Gesellschaft, der General Electric Company, vereint. Den ursprünglichen Vereinbarungen zufolge, die zwischen der Union-Elektrizitätsgesellschaft und der Thomson Houston Company bestanden hatten, sollten zwischen diesen beiden Gesellschaften Erfindungen, Erfahrungen, Konstruktionszeichnungen usw. gegenseitig ausgetauscht werden; die deutsche Gesellschaft sollte sich jedoch hinsichtlich ihres Wirkungsgebietes auf Mittel- und Nordeuropa beschränken. Da die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft ein örtlich wesentlich größeres Wirkungsfeld als die Union-Elektrizitätsgesellschaft hatte, mußten die bestehenden Kartellverträge als Folge der im Jahre 1903 geschlossenen Interessengemeinschaft abgeändert werden. Die neuen Kartellvereinbarungen, die nunmehr zwischen der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und der General Electric Company zustande kamen, behielten Bestimmungen über Austausch von Erfindungen und Erfahrungen bei, regelten jedoch die Absatzverhältnisse in einer der neuen Kräftegruppierung entsprechenden Weise<sup>54)</sup>. Der deutschen Gesellschaft wurde als Marktgebiet außer Deutschland, Luxemburg, Österreich-Ungarn, Rußland, Finnland, Holland, Belgien, Schweden, Norwegen, Dänemark, die Schweiz, die Türkei sowie alle übrigen Balkanstaaten zuerkannt. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft schloß ferner mit den europäischen Thomson Houston-Unternehmen Kartellverträge, die ähnliche Bestimmungen aufwiesen wie die Vereinbarung mit der General Electric Company. Der Vertrag mit der British Thomson Houston Company bestimmte, daß Erfindungen und Erfahrungen gegenseitig ausgetauscht werden sollen, enthielt ferner Bestimmungen über eine Kontingentierung des englischen Marktes und endlich wurde der British Thomson Houston Company eine Beteiligung an der englischen Tochtergesellschaft der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft zugesichert. Die Vereinbarungen, die mit der Compagnie Thomson Houston in Paris geschlossen wurden, bezogen sich gleichfalls auf einen Austausch von Erfindungen und Erfahrungen sowie auf Einschränkung des gegenseitigen Wettbewerbes innerhalb des französischen Marktgebietes. Der französischen Gesellschaft wurde der Vertrieb der Dampfturbinen und elektrischen Maschinen, die von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft hergestellt wurden, für Frankreich ausschließlich vorbehalten<sup>55)</sup>.

<sup>53)</sup> Koch, a. a. O., S. 51 ff.

<sup>54)</sup> Ausführungen von Emil Rathenau in der Generalversammlung v. 12. Dez. 1903, vgl. hierzu Zeitschr. Kartellrundschauf, Jg. 1903, S. 1242.

<sup>55)</sup> Bericht der außerordentl. Generalversammlung der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft vom 24. Febr. 1904, vgl. hierzu Zeitschr. Kartellrundschauf, Jg. 1904, S. 308.

Das Zusammenarbeiten zwischen den Elektrizitätsgesellschaften mußte selbstverständlich während des Krieges unterbrochen werden, doch sind die alten Vereinbarungen hinsichtlich des Austausches von Erfindungen und Erfahrungen zwischen der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und der General Electric Company einer Wolff-Meldung vom 27. Juli 1923 zufolge wieder hergestellt worden. Sie gestatten der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft vor allem die Benutzung der Ergebnisse einer sehr umfangreichen Laboratoriumstätigkeit, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Deutschland nur in viel geringerem Umfange ausgeübt werden kann als in den Vereinigten Staaten.

Technisch wird der Austausch von Erfindungen zwischen der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und der General Electric Company derart durchgeführt, daß zunächst beide Firmen ihre eigenen Erfindungen in dem Staat, in dem sie ihren Sitz haben, zum Patent anmelden, und das ihnen gemäß dem Unionsvertrag zustehende Prioritätsrecht auf Erteilung eines Patents im Staate des anderen Vertragspartners geltend machen<sup>56)</sup>; die Anmeldeunterlagen werden nach erfolgter Anmeldung gegenseitig ausgetauscht, und die beiden Vertragspartner haben sich die ihnen zustehenden Prioritätsrechte auf die Gesamtheit ihrer Anmeldungen gegenseitig zediert, so daß es ihnen anheimsteht, durch Anmeldung der in Frage stehenden Erfindungen im Staatsgebiet ihres Firmensitzes von ihren Prioritätsrechten Gebrauch zu machen. Die Entscheidung seitens eines der beiden Vertragspartner, ob der Gegenstand eines der ihm zedierten Prioritätsrechte geeignet ist, seine Interessen zu fördern oder nicht, erfolgt praktisch in der Weise, daß die ihm übermittelten Anmeldeunterlagen zur Begutachtung durch die maßgebenden technischen Stellen innerhalb seines Betriebes in Umlauf gesetzt werden. Den Urteilen dieser Stellen nach erfolgt die Anmeldung des betreffenden Erfindungsgegenstandes zum Patent bzw. Gebrauchsmuster, oder sie wird unterlassen.

Erfahrungen werden zwischen der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und der General Electric Company insbesondere durch Vermittlung Sachverständiger ausgetauscht, die eigens zu diesem Zweck von jedem der beiden Vertragspartner an den Sitz des anderen Vertragspartners entsendet sind.

Der Austausch von Erfindungen und Erfahrungen, der nach Beendigung des Krieges zwischen der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und der British Thomson Houston Company gleichfalls wieder aufgenommen wurde, vollzieht sich in der gleichen Weise wie mit der General Electric Company. Die Beziehungen, die früher zwischen der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und der Compagnie Thomson Houston in Paris bestanden haben, sind bis nun noch nicht wieder hergestellt worden. Hingegen bestehen zwischen der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und anderen Firmen noch eine Reihe von Verträgen über gegenseitigen Austausch von Erfindungen und Erfahrungen, die sich aber im Gegensatz zu den oben behandelten Abkommen nur auf kleinere Teile des technischen Produktionsgebietes der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft beziehen.

<sup>56)</sup> Isay, Patentgesetz, 1926, S. 629 u. 630.



Ebenso wie die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft ihre Vereinbarungen über Austausch von Erfahrungen und Erfindungen nach dem Krieg wieder erneuert hat, verfuhr auch die Siemens-Firmen<sup>57)</sup>. Schon vor dem Krieg hatte die Firma Siemens & Halske A.-G. mit den europäischen Verbandsgesellschaften der Western Electric Company einen diesbezüglichen Vertrag geschlossen, der im Jahre 1921 erneuert wurde. Ein Vertrag über den gegenseitigen Austausch von Erfahrungen und Erfindungen, der mit der Automatic Electric Company in Chicago bestanden hatte und der abgelaufen war, wurde durch ein entsprechendes Übereinkommen mit der Automatic Telephone Company, mit der die Automatic Electric Company verbunden worden war, ersetzt. Die getroffenen Vereinbarungen beziehen sich auf den gemeinsamen Ausbau des automatischen Strowger Telefonsystems. Ein Vertrag, der zwischen der Firma Siemens & Schuckert-Werke G. m. b. H., und der Westinghouse Company geschlossen wurde, bestimmt gleichfalls einen gegenseitigen Austausch von Erfahrungen und Erfindungen.

Während des Krieges war in Deutschland vorübergehend ein Zusammenschluß erfolgt, der nahezu die gesamte Elektroindustrie umfaßte. Dieser Zusammenschluß bezweckte, einander Lizenzen auf gewerbliche Schutzrechte zu gewähren, die Ersatzmittel für Rohstoffe betrafen, die durch den Krieg knapp geworden waren. Die Anregung zu dieser Vereinbarung, die sich nur auf Ersatzmittel und Ersatzkonstruktionen erstreckte, war vom Verband Deutscher Elektrotechniker ausgegangen<sup>58)</sup>.

#### Das internationale Funkkartell<sup>59)</sup>.

Ein Jahr nach dem Abschluß des Vertrages von Versailles, im Oktober 1921, setzten Verhandlungen ein zwischen den vier durch ihre Patente das gesamte Funkwesen monopolisierenden Gesellschaften: der deutschen Telefunken-Gesellschaft für drahtlose Telegraphie, der Radio Corporation of America, der Marconi Wireless Telegraph Company of Great Britain und der Compagnie Générale de Télégraphie sans fil. Die getroffenen Vereinbarungen beziehen sich auf den Austausch von Erfahrungen und Erfindungen, auf eine gegenseitige Abgrenzung der Marktgebiete, auf eine Regelung von Preisen u. a. m. Die vier Gesellschaften bildeten auch ein Konsortium, dem die Aufgabe obliegt, in Süd-Amerika Funkstationen zu errichten.

#### Patentkartelle in der chemischen Industrie.

In der chemischen Industrie hat die Form des Patentkartells eine relativ sehr starke Verbreitung gefunden. Dies ist im wesentlichen auf zwei Ursachen zurückzuführen: erstens auf die hervorragende Rolle, die das gewerbliche Schutzrecht in der chemischen Industrie

spielt, zweitens auf den Umstand, daß die Zusammensetzung chemischer Stoffe nicht schutzfähig ist, sondern nur Verfahrensweisen zu ihrer Darstellung. Dieser Rechtsnorm der Patentgesetzgebung zufolge ist es leicht möglich, daß ein neuer, nur durch sein Herstellungsverfahren geschützter Stoff von anderen als dem Patentinhaber mittels eines anderen Verfahrens hergestellt wird, ohne gegen das diesem erteilte Patent zu verstoßen. Mit Rücksicht hierauf scheint es oft angezeigt, Verträge über gegenseitige Lizenzabgabe zu schließen oder Verfahren zur Darstellung neuer Stoffe geheimzuhalten, statt sie zum Patent anzumelden<sup>60)</sup>. Durch die gegenseitige Lizenzgewährung geben die Patentinhaber allenfalls augenblickliche Vorteile bis zu einem gewissen Grade auf und erhalten dafür die Gewißheit, die Vorteile, die ihnen das gewerbliche Schutzrecht bringt, durch dessen Umgehung nicht vollständig zu verlieren. Aus derartigen Überlegungen hervorgehend entstand seinerzeit die sogenannte Indigokonvention.

Bis zur Entdeckung des synthetischen Indigos wurde der gesamte Bedarf an diesem Farbstoff durch die uralte indische Indigokultur versorgt. Durch die Entdeckungen Perkins wurde aber im Jahre 1856 der Grundstein zur Entstehung der Teerfarbenindustrie gelegt, durch welche die Indigokultur Indiens vollständig zu Grunde gerichtet wurde. Im Jahre 1880 gelang es A. Bayer auf synthetischem Weg künstlichen Indigo aus o-Nitrophenylpropionsäure herzustellen und die Badische Anilin- und Sodafabrik gelangte in den Besitz der sich auf das neue Verfahren beziehenden Patente. Dies veranlaßte die Höchster Farbwerke vorm. Meister, Lucius & Brüning mit der Badischen Anilin- und Sodafabrik einen Kartellvertrag abzuschließen, dessen Bestimmungen u. a. dahin lauteten, daß alle von den beiden Vertragsteilen bereits erworbenen sowie auch alle Patente, die zukünftig in den Besitz eines der Vertragsteile gelangen würden, jedem von ihnen in der gleichen Weise zur Benutzung freistehen sollten. Es wurde ferner die gegenseitige Bekanntgabe aller Ergebnisse von Laboratoriumsarbeiten und aller übrigen technischen Arbeiten vereinbart. Auch alle Betriebseinrichtungen sollten einander bekanntgegeben werden. Die getroffenen Vereinbarungen erstreckten sich ausschließlich auf das Gebiet der Herstellung synthetischen Indigos. Im Jahre 1890 wurden in diesen Vertrag die Patente aufgenommen, die sich auf das Herrmann'sche Verfahren zur Herstellung künstlichen Indigos beziehen. Die getroffenen Kartellvereinbarungen liefen im Jahre 1897 ab und wurden dann nicht mehr erneuert<sup>61)</sup>. Als sich aber später die Großunternehmungen der chemischen Industrie zu der bekannten Interessengemeinschaft zusammenschlossen, wurde zwischen ihnen ein Austausch von Erfindungen und Erfahrungen vereinbart.

Kretschmar berichtet, daß auf dem Gebiet der Anilinfarbenfabrikation, sowohl der basischen als auch der sich davon ableitenden Säurefarbstoffe, eine große Anzahl von Konventionen bestanden hat,

<sup>57)</sup> Schultze, Die Entwicklung der chemischen Industrie in Deutschland, 1908, S. 93 ff.

<sup>61)</sup> Festschrift d. Farbwerke vorm. Meister, Lucius & Brüning 1883 bis 1913.

<sup>57)</sup> Frankf. Ztg. I. 18. Juni 1921.

<sup>58)</sup> Festschrift des Verbandes Deutscher Elektrotechniker a. a. O., S. 78.

<sup>59)</sup> Elektrotechn. Zeitschr., Jg. 1924, S. 1217; Roscher, Weltwirtschaftsgemeinschaften im Nachrichtenverkehr, Juliheft 1924, Jahrbuch f. Verkehrswissenschaft; Täg. Rundschau Nr. 87, 21. Febr. 1922.

die auf gegenseitigen Austausch von Lizenzen und auf eine Vereinheitlichung der Verkaufspreise hinausliefen<sup>42)</sup>.

Kartellvereinbarungen, die der jüngsten Zeit angehören, und die sich auf einen Austausch von Erfahrungen und Erfindungen beziehen, wurden auf dem Gebiet der Leimfabrikation geschlossen<sup>43)</sup>. Es handelt sich hierbei um zwischenstaatliche Vereinbarungen, die zwischen der deutschen Firma Interessengemeinschaft A.-G. für chemische Produkte, vorm. H. Scheidemandel und der American Glue Company in Boston sowie dieser Firma nahestehenden Unternehmungen getroffen wurden. Außer auf einen gegenseitigen Austausch von Erfindungen und Erfahrungen beziehen sich die getroffenen Vereinbarungen auch auf eine Regelung des Wettbewerbes beim Verkauf der Erzeugnisse. Es soll ferner zwischen den beiden genannten Unternehmungen eine gegenseitige Delegation von Aufsichtsratsmitgliedern stattfinden und von ihnen gemeinsam eine Fabrik im fernen Osten errichtet werden.

#### Bemerkung.

##### Patentkartelle im Maschinenbau.

Durch den Verfasser wurde eine Reihe von Fragebogen versandt, um zu ermitteln, welche Verbreitung Vereinbarungen über einen Austausch von Erfindungen und Erfahrungen im deutschen Maschinenbau gefunden haben. Annähernd gleichzeitig mit der vom Verfasser veranstalteten Erhebung erließ der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten ein Rundschreiben an seine Unterverbände, dessen Ergebnis hier mitgeteilt werden soll<sup>44)</sup>. Ende 1925 sollen im Rahmen des Verbandes Deutscher Maschinenbauanstalten innerhalb folgender Verbände „Patentgemeinschaften“ bestanden haben.

1. Im Deutschen Lokomotiv-Verband,
2. in der Vereinigung Deutscher Druckmaschinenfabriken,
3. im Arbeitsverband der Deutschen Autogen- und Druckgas-apparate-Industrie,
4. im Verband zur Wahrung der Interessen der Zementmaschinen-Industrie und
5. im Keramikmaschinen-Verband.

In folgenden Verbänden sollen sogenannte Patentgemeinschaften in Vorbereitung gewesen sein.

1. In der Interessengemeinschaft der Deutschen Mähmaschinenfabriken,
2. im Transmissionsbau-Verband und
3. im Verband der Aufzugfabrikanten.

Die an die oben bezeichneten Verbände von Seiten des Verfassers gerichteten Fragebogen lieferten folgende Angaben.

<sup>42)</sup> Kretschmar, Die Kartellbewegung in der chem. Industrie, 1921, S. 85 (Diss. Heidelberg).

<sup>43)</sup> Zeitschr. Kartellrundschau, Jg. 1920, S. 493.

<sup>44)</sup> Mitteilg. d. Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten.

1. Im Deutschen Lokomotiv-Verband bestehen keine Vereinbarungen über gegenseitige Erteilung von Lizenzen. Es werden lediglich Patentangelegenheiten durch den Verband von Fall zu Fall behandelt.

2. Durch die Vereinigung Deutscher Druckmaschinenfabriken, die 95 Prozent der gesamten deutschen Produktion von Druckmaschinen und Hilfsmaschinen für Druckereien zusammenfaßt, wurden keine Bestimmungen über gegenseitige Lizenzabgabe und Austausch von Erfahrungen zwischen ihren Mitglieder getroffen. Diese Vereinigung dient vor allem der Interessenvertretung der Druckmaschinenfabriken gegenüber den Behörden, hat aber auch den Charakter eines Preis- und Konditionenkartells. Es werden zwar innerhalb des Verbandes Erfahrungen unter den Mitgliedern ausgetauscht, doch bestehen hierüber keine bindenden Verpflichtungen. Hingegen haben die Mitglieder zum Teil untereinander Abkommen über einen gegenseitigen Austausch von Erfahrungen und Erfindungen getroffen. Die gegenseitigen Abkommen, die innerhalb der Vereinigung Deutscher Druckmaschinenfabriken getroffen wurden, erstrecken sich vielfach über den Rahmen von Untergruppen für einzelne Maschinenarten, wie Schnellpressen, Rotationsmaschinen, Tiegeldruckpressen, Offsetpressen, Bogenanlege-apparate u. a. m., doch haben Vereinbarungen, die eine ganze Untergruppe umfassen, vorwiegend Spezialisierungsbestimmungen und Preisfestsetzung zum Gegenstand.

3. Im Arbeitsverband der Deutschen Autogen- und Druckgas-apparate-Industrie besteht zwar keine „Patentgemeinschaft“ in dem Sinne, daß sich die in ihm zusammengeschlossenen Firmen ohne jeweils neuerdings festzusetzende Bedingungen ein für alle Mal eine gegenseitige Erteilung von Lizenzen zusichern. Es wurden hingegen in mehreren Fällen zwischen der Geschäftsstelle des Verbandes und einzelnen Verbandsmitgliedern Vereinbarungen getroffen, denen zufolge letztere sich verpflichteten, nur an Verbandsmitglieder, nicht aber an Außenseiter Lizenzen zu erteilen. Den getroffenen Vereinbarungen gemäß soll auch für jede vom Patentinhaber an ein Verbandsmitglied erteilte Lizenz eine mäßige Abgabe an das Verbandsorgan abgeführt werden. Solche Abkommen wurden beispielsweise hinsichtlich des wichtigen Fouché-Patents, des Schneidbrenner-Patents Griesheim-Elektron und des Grauguß-Patents getroffen.

Schon im vorigen Abschnitt wurde auf ein Verfahren vor der Nichtigkeitsabteilung des Reichspatentamtes hingewiesen, zu dem sich die auf das Schneidbrenner-Patent 216 963 beziehenden Vereinbarungen des Arbeitsverbandes der Deutschen Autogenindustrie E. V. den Anlaß boten. Die Klage auf Erteilung einer Zwangslizenz auf Grund des § 11 Pat.-Ges. war von Außenseitern des oben bezeichneten Verbandes ausgegangen, die sich im Schutzverband der deutschen Autogenindustrie eigens zu dem Zweck vereinigt hatten, um das vom sogenannten Adaverband kontrollierte Schneidbrenner-Patent zu bekämpfen. Im Schutzverband hatten sich sowohl Hersteller als auch bloße Verkäufer zusammengeschlossen, von denen einige vom Adaverband auf Unterlassung

der Benutzung des patentierten Gegenstandes verklagt worden waren. Die Mitglieder des Schutzverbandes erklärten sich bereit, 3 % des Verkaufspreises der nach dem D.R.P. 216 963 von ihnen hergestellten Schneidbrenner als Lizenzgebühr an den Patentinhaber abzuführen sowie eine Sicherheitsleistung von 3 % des voraussichtlichen jährlichen Umsatzes zu hinterlegen. Dieses Angebot wurde jedoch abgelehnt und die Erteilung einer Lizenz an die Bedingung des Beitritts der Außenseiter zum Adaverband geknüpft. In dieser Bedingung offenbart sich die Bedeutung, die dem gewerblichen Schutzrecht als Mittel des Organisationszwanges zukommt.

4. und 5. Der Verband zur Wahrung der Interessen der Zementmaschinen-Industrie und der Keramikmaschinen-Verband sind mit noch zwölf anderen Verbänden im Gesamtverband des Zerkleinerungs- und Aufbereitungsmaschinenbaues zusammengeschlossen. Die Mitglieder dieser beiden Verbände sichern einander die Erteilung von Lizenzen auf die von ihnen innegehabten gewerblichen Schutzrechte zu. Die gegenseitige Lizenzerteilung erfolgt mittelbar, indem jedes Kartellmitglied dem Verbandsorgan Ausschließlich-Lizenzen auf die von ihm innegehabten Schutzrechte erteilt und hierfür ein Recht auf Erteilung von Einfachlizenzen auf alle vom Verbandsorgan kontrollierten Schutzrechte zuerkannt erhält. Den Anlaß zum Abschluß dieser Vereinbarungen, die im Jahre 1916 zustande kamen, ergab sich in einem Fall dadurch, daß ein Verbandsmitglied eine Erfindung von großer Tragweite zum Patent angemeldet hatte, und daß diese Anmeldung von anderen Verbandsmitgliedern angefochten wurde. Durch den Abschluß von Vereinbarungen über gegenseitige Lizenzerteilung konnte der Konflikt zwischen den Verbandsmitgliedern behoben werden. Die Absicht, mittels der zusammengefaßten Patente den Markt monopolistisch zu beherrschen, begegnet im Zerkleinerungs- und Aufbereitungsmaschinenbau gewissen Schwierigkeiten, weil ein Teil der Verbandsmitglieder noch vor Abschluß der sogenannten Patentgemeinschaft Lizenzvereinbarungen mit Außenseitern eingegangen war. Um wenigstens allmählich die monopolistischen Bestrebungen des Verbandes verwirklichen zu können, wird es den Verbandsmitgliedern untersagt, abgelaufene Lizenzabkommen mit Außenseitern zu erneuern<sup>65)</sup>. Der Wortlaut der im Hartzerkleinerungs- und Aufbereitungsmaschinenbau getroffenen Vereinbarungen wird nicht veröffentlicht. Der von H. Isay ausgearbeitete Kartellvertrag entspricht seinem Aufbau nach dem von ihm veröffentlichten Vertragsbeispiel. (H. Isay, Die Patentgemeinschaft im Dienst des Kartellgedankens, 1923).

Aus den Erhebungen des Verfassers ergab sich, daß im Verband der Aufzugsfabrikanten und im Transmissionsbau-Verband keine sogenannte Patentgemeinschaft eingerichtet wurde.

<sup>65)</sup> Einige weitere Angaben über die Patentvereinbarungen im Rahmen des Gesamtverbandes des Aufbereitungs- und Zerkleinerungsmaschinenbaues finden sich bei Polysius, Verbandsbestrebungen im deutschen Maschinenbau (Diss.).

Hingegen aber besteht außerhalb des Rahmens des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten eine größere Anzahl von Vereinbarungen, die sich auf einen gegenseitigen Austausch von Erfindungen und Erfahrungen beziehen. Vor allem sind solche Abkommen fast durchwegs zwischen deutschen Mutterfirmen und ihren selbständigen Tochtergesellschaften im Ausland getroffen worden. Mit Rücksicht darauf, daß die technischen Fortschritte der Tochtergesellschaften meist von geringerem Wert sind als diejenigen der Muttergesellschaften, sichern erstere den letzteren meist zu, als Entschädigung für die ihnen eingeräumten Vorteile gewisse Warengattungen nicht selbst herzustellen und diese nur von den Muttergesellschaften zu beziehen. Vereinbarungen über einen Austausch von Erfahrungen und Erfindungen sollen laut Mitteilungen aus der Industrie zwischen den Siemens & Schuckert-Werken G.m.b.H. und den Oesterreichischen Siemens-Schuckert-Werken in Wien bestehen, ferner zwischen der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin und der AEG-Union in Wien und endlich zwischen der Firma Fritz Neumeyer A.-G. in München und der Firma Maschinenfabrik Andritz in Steiermark.

### B. Patentkartelle in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Das Sherman-Gesetz von 1890, das im Jahre 1914 durch das Clayton-Gesetz ergänzt wurde, richtet sich gegen jede „unvernünftige“ Einschränkung der Gewerbefreiheit in den Vereinigten Staaten. Diese Gesetze wenden sich vorzugsweise gegen die monopolistische Beherrschung des Marktes durch Kartelle und sie waren die Ursache, daß man nach Formen des Zusammenschlusses zum Zwecke der monopolistischen Marktbeherrschung suchte, um ihre Bestimmungen zu umgehen<sup>66)</sup>. Die eine dieser Form ist bekanntlich der Trust, die andere das Patentkartell. Hinsichtlich des Patentkartells vertrat man vielfach, gestützt auf eine Anzahl von Gerichtsentscheidungen, die Auffassung, daß dasselbe eine zulässige Form des Zusammenschlusses sei, da seine wirtschaftliche Machtstellung auf einem staatlich anerkannten Monopol beruht. Aus dieser Rechtsauffassung geht ohne weiteres die Erklärung dafür hervor, daß das Patentkartell in den Vereinigten Staaten größere Verbreitung gefunden hat als in Deutschland. Im übrigen hat man sich in den Vereinigten Staaten eine zielbewußte Patentpolitik seit jeher in bedeutend höherem Maße angelegen sein lassen als bei uns. Viele amerikanische Trusts verdanken ihre Monopolstellung im wesentlichen einer Zusammenfassung von Patenten. Zu diesen Trusts gehört vor allem die United Shoe Machinery Company, der Kodak'sche Camera Trust, der Cash Register-Trust, der Schießpulver-Trust, der Schwefel-Trust, der Aluminium-Trust u. a. m.<sup>67)</sup>. Gegenüber den ersten Urteilen, die Gerichte in Sachen von Patentkartellen fällten und durch die diese für eine zulässige Form des Zusammenschlusses erklärt wurden, änderte die

<sup>66)</sup> H. A. Walker, History of the Sherman Law, 1910; Tschierschky, Das Problem der staatlichen Kartellaufsicht, 1923.

<sup>67)</sup> Jones, a. a. O.

Rechtsprechung später ihre Auffassung und erklärte das Patentkartell für unzulässig. Die meisten der gefällten Gerichtsentscheidungen aber berufen sich darauf, daß gleichzeitig mit gegenseitiger Lizenzabgabe Festsetzung von Mindestpreisen und dergl. erfolgte und daß, wo tatsächlich keine solchen Vereinbarungen stattfanden, dennoch das Patentkartell dem Zwecke einer Preisfestsetzung dienen sollte.

Die United Shoe Machinery Company, der große Schuhmaschinen-trüster der Vereinigten Staaten, der seine Monopolstellung in erster Reihe auf die Zusammenfassung von Patenten zurückführt, ist aus dem Zusammenschluß der Consolidated Lasting Machine Company, der Mc. Kay Machinery Company und der Goodyear Shoe Machinery Company entstanden, ein Zusammenschluß, der durch die Angliederung der International Goodyear Shoe Machinery Company, der Davey Pegging Machine Company und anderer Firmen nachträglich erweitert wurde. Ursprünglich — im Jahre 1898 — war nur eine Art von Patentkartell, ein „Working Agreement“, zwischen der Consolidated und der Goodyear Company geplant, doch der Leiter der Goodyear Company veranlaßte mit Rücksicht darauf, daß ein solcher kartellartiger Zusammenschluß als wider das Sherman-Gesetz verstößend angesehen werden könnte, eine festere Bindung zwischen den beiden Unternehmungen<sup>68)</sup>. Aber solche Fälle ändern nichts an der Tatsache, daß das Patentkartell vielfach als eine bevorzugte Form des Zusammenschlusses angesehen wurde, um die Antikartellbestimmungen der Gesetzgebung zu umgehen.

#### Das Emailwarenkartell<sup>69)</sup>.

Beim Emailierungsvorgang wird eine Emailmasse auf Eisenwaren aufgebracht, die dann bis zur Rotglut erhitzt werden, wobei die Masse schmilzt und einen homogenen, glatten Überzug bildet.

In den Vereinigten Staaten wurde eine große Anzahl von Verfahren geschützt, die die Herstellung derartiger Emailüberzüge betrafen, doch war die der Standard Sanitary Manufacturing Company geschützte Herstellungsweise die zweckmäßigste. Diese Gesellschaft versorgte im Jahre 1912 allein etwa 50 % des Marktbedarfes an Emailwaren, doch weigerte sie sich anfänglich, anderen Unternehmungen Lizenzen auf ihr Schutzrecht zu erteilen. Unter Berücksichtigung, daß infolge des Angebots minderwertiger Emailwaren die Nachfrage nach ihnen zurückzugehen drohte, schloß sich die Standard Sanitary Manufacturing Company mit zwei führenden Unternehmungen der Emailindustrie, die auch Eigentümer bedeutender Schutzrechte waren, zu einem Kartell zusammen. Die Standard Sanitary Manufacturing Company, die Firma I. L. Mott Iron Works und die Firma L. Wolff Manufacturing Company übertrugen vereinbarungsgemäß ihre Schutzrechte an einen Treuhänder, den Sekretär der Association of enameled ware manufacturers. Jedes Mitglied des Patentkartells sollte nach Ablauf von zwei Jahren die Rück-

<sup>68)</sup> Jones, a. a. O., S. 165 ff.

<sup>69)</sup> Jones, a. a. O., S. 15 ff., S. 424 ff.; Vaughan, a. a. O., S. 49 ff.; U. S. Court Papers 20—52, Nov. 18, 1912; Zeitschr. Kartellrundschauf, Jg. 1913, S. 64 und S. 242; Jg. 1910, S. 695.

übertragung der von ihm abgetretenen Schutzrechte fordern können. Der die Patente des Kartells innehabende Treuhänder war verpflichtet, jedem Kartellmitglied auf dessen Wunsch auf jedes der von ihm kontrollierten Schutzrechte eine Lizenz zu erteilen. Dem Patentkartell schlossen sich später eine große Anzahl von Fabrikanten und Händlern an, so daß es angeblich 80—90 % des gesamten Bedarfes an Emailwaren zu versorgen hatte. Jedes ihm beigetretene Unternehmen mußte eine tägliche Lizenzgebühr von Doll. 5.— für jeden im Betrieb befindlichen Schmelzofen abführen, erhielt jedoch jeweils am Monatsende 80 % der gezahlten Lizenzgebühren zurückerstattet. Die nach den Schutzrechten des Kartells hergestellten Waren durften nur zu bestimmten, von Zeit zu Zeit festgelegten Preisen verkauft werden. Die dem Kartell beigetretenen Händler mußten sich verpflichten, ihren Bedarf nur von Kartellmitgliedern zu beziehen; dem Kartell nicht beigetretene Händler wurden von der Belieferung ausgeschlossen. Als Konventionalstrafen gegen Händler, die den Kartellvereinbarungen zuwiderhandeln sollten, wurde die Annullierung laufender Aufträge und der Ausschluß von weiterer Belieferung sowie der Verlust aufgelaufener Rückvergütungen vorgesehen, welche letztere den dem Kartell beigetretenen Händlern zugesichert waren. Das Emailwarenkartell wurde auf Grund der Entscheidung eines Kreisgerichtshofes mit der Begründung aufgelöst, daß es eine wider das Sherman-Gesetz verstößende Körperschaft sei. Der Oberste Gerichtshof, bei dem seitens des Kartells Berufung eingelegt wurde, schloß sich der Auffassung des Kreisgerichtshofes hinsichtlich der Unzulässigkeit der getroffenen Vereinbarungen an.

#### Das Eggenkartell<sup>70)</sup>.

In der Absicht, mittels ihrer Patente den Markt zu beherrschen, schlossen sich in den Vereinigten Staaten sechs Unternehmungen zusammen, die sich mit dem Bau von Eggen befaßten. Das von ihnen gegründete Kartellorgan erhielt den Namen National Harrow Company und war als eine sogenannte „Patent Holding Company“ gedacht, d. h. als ein Kartellorgan, in das die Patente der Kartellmitglieder eingebracht werden sollten. Insgesamt sollen in die National Harrow Company 85 Patente eingebracht worden sein. Wie über die meisten Kartelle, so ist auch über das Eggenkartell nur dadurch genaueres in die Öffentlichkeit gelangt, daß die Kartellvereinbarungen zum Gegenstand eines Gerichtsverfahrens wurden. Die Firma Beament & Sons hatte ihre Patente nur unter ganz bestimmten Bedingungen der National Harrow Company überlassen. Sie hatte sich das ausschließliche Recht vorbehalten, die Erfindungsgegenstände, welche durch die von ihr eingebrachten Patente geschützt waren, herzustellen, wogegen sie sich verpflichtete, an die National Harrow Company Doll. 1.— für jede verkaufte Egge abzuführen, dieser Gesellschaft allmonatlich einen Geschäftsbericht zukommen zu lassen und eine Buße von Doll. 5.— für jede Egge zu bezahlen, die durch

<sup>70)</sup> Jones, a. a. O., S. 389; U. S. Court Decisions 70—90, May 19, 1902; House Report Nr. 1161, 62nd Cong. 3rd. Sess. 1913 part 2, S. 3; Vaughan, a. a. O., S. 36 ff.



sie entgegen den Kartellbestimmungen veräußert würde. Ferner verpflichtete sich die Firma Bement & Sons, nur eine beschränkte Anzahl von Eggentypen zu bauen. Da diese Kartellfirma sich dem ihr auferlegten Bindungen nicht unterwarf, erhob die National Harrow Company gegen sie Klage. Die Beklagte verteidigte sich damit, daß die getroffenen Vereinbarungen nichtig sein müßten, da sie gegen das Sherman-Gesetz verstießen. Der Oberste Gerichtshof von New York erkannte die von der Firma Bement & Sons vorgebrachten Gründe für zutreffend an, doch diese Entscheidung wurde auf die Berufungsklage der National Harrow Company im Jahre 1902 von dem Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten verworfen und die Beklagte wurde des Vertragsbruches schuldig befunden. In der Urteilsbegründung heißt es, daß der Auffassung der Klägerin beigetreten werden müsse, da diese als Inhaberin der Patente das Recht gehabt hätte, mit der Beklagten jede beliebige Lizenzvereinbarung zu treffen. Der Umstand, daß ihr hierdurch Gelegenheit gegeben war, ein Monopol zu erlangen, könne an dieser Auffassung nichts ändern, da das Patent ein staatlich anerkanntes Monopol sei. Dieser Auffassung des Obersten Gerichtshofes wurde in einer Anzahl späterer Entscheidungen beigetreten, es wurde aber auch eine Reihe jüngerer Entscheidungen in anderem Sinne gefällt.

#### Das Kraitwagenkartell<sup>71)</sup>.

In den Vereinigten Staaten wurde unter dem Namen Association of Licenced Automobile Manufacturers ein Patentkartell gegründet, dessen Mitglieder verpflichtet waren, einander Lizenzen gegen eine angemessene Entschädigung zu erteilen und an der Verfechtung von Patenten gemeinsam mitzuwirken. Gleichzeitig wurden Vereinbarungen getroffen, die den gegenseitigen Austausch von Erfahrungen betrafen. Jedes Kartellmitglied war den anderen gegenüber verpflichtet, ihnen Angaben über die Ausbildung seiner Erzeugnisse, über die Art seiner maschinellen Hilfsmittel, über den Umfang und die Kosten der Produktion u. a. m. zu machen. Das Mittel, durch gegenseitige Bekanntgabe der Selbstkosten zu Einheitspreisen zu gelangen, ist in den Vereinigten Staaten sehr verbreitet und läuft vielfach auf einen Versuch der Umgehung der Bestimmungen des Sherman- und des Clayton-Gesetzes hinaus, die Festsetzung von Höchstpreisen untersagen. Vereinigungen, die durch gegenseitige Mitteilungen eine Vereinheitlichung der Selbstkostenberechnung, vielfach aber auch eine Preisfestsetzung anstreben, sind unter dem Namen „open price“-Verbände in U.S.-Amerika allgemein bekannt. Oft werden zu einheitlich berechneten Selbstkosten Gewinnzuschläge von bestimmter Höhe vereinbart. In dem vorliegenden Fall ging man zwar nicht soweit, behielt jedoch dem Kartell insofern einen wesentlichen Einfluß auf die Preisbildung vor, als von ihm diesbezügliche Richtlinien an die Kartellmitglieder erlassen wurden, die jedoch nicht verbindlich sein sollten. Hingegen sollte es dem Kartell vorbehalten sein, die Qualität der Erzeugnisse seiner Mitglieder zu überwachen und

<sup>71)</sup> Zeitschr. Kartellrundscha, Jg. 1904, S. 316.

gegebenenfalls Unternehmungen, deren Erzeugnisse nicht bestimmten Mindestanforderungen entsprechen sollten, von der Körperschaft auszuschließen.

#### Das Nähmaschinenkartell<sup>72)</sup>.

Die Nähmaschinenindustrie entstand in den Vereinigten Staaten um die Mitte des vorigen Jahrhunderts. Schon im Jahre 1856 kam es zur Gründung eines Patentkartells, das den Markt bis zum Jahre 1877 beherrschte. Die Mitglieder dieses Kartells waren die Firmen Elias Howe, Wheeler & Wilson, Grover & Baker und I. M. Singer.

#### Das Elektrokartell<sup>73)</sup>.

Im Jahre 1896 trafen die beiden größten Unternehmungen der Elektroindustrie, die General Electric Company und die Westinghouse Electric Company ein Kartellabkommen, in dem unter anderem bestimmt wurde, daß beide Kartellmitglieder einander Lizenzen auf die von ihnen erworbenen Schutzrechte gewähren sollten. Das ad hoc gegründete Kartellorgan wurde als „Board of Patent Control“ bezeichnet. Jede der beiden Unternehmungen war verpflichtet, von Außenseitern nur dann eine Lizenz aufzunehmen, wenn dem anderen Vertragsteil dieselbe Lizenz unter den gleichen Bedingungen angeboten würde.

Der Jahresbericht der Westinghouse Company vom Jahre 1910 berichtet eingehender über die Art der getroffenen Vereinbarungen. Aus ihm geht hervor, daß der Zusammenschluß, der zwischen den Elektrofirmen stattfand, über ein bloßes Kartellabkommen hinausging. Die Westinghouse Company verzichtete auf die Herstellung verschiedener Warengattungen zugunsten der General Electric Company, wogegen sich diese verpflichtete, der Westinghouse Company den Vertrieb dieser Warengattungen zu übertragen. Eine von der Regierung auf Grund des Sherman-Gesetzes erhobene Klage, die sich außer gegen die General Electric Company, die von ihr kontrollierte National Lamp Company und die Westinghouse Company ungefähr gegen 30 weitere Gesellschaften richtete, nötigte zur Aufhebung der getroffenen Kartellvereinbarungen für das Gebiet der Fabrikation elektrischer Glühlampen.

#### Das Türschließerkartell<sup>74)</sup>.

Vier Unternehmungen, die sich mit der Herstellung von Türschließern befaßten, schlossen ein Abkommen, demzufolge jede von ihnen sich verpflichtete, jeder anderen Lizenzen auf alle von ihr innegehabten Patente zu erteilen und Außenseiter von der Erteilung von Lizenzen auszuschließen. Auch diese Kartellvereinbarung wurde zum Gegenstand von Rechtsstreitigkeiten, wobei das Gericht die Auffassung, die in der Sache Bement & Sons geäußert worden war,

<sup>72)</sup> Vaughan, a. a. O., S. 36 ff.; Singer, Das Land der Monopole: Amerika oder Deutschland? 1913, S. 88 ff.

<sup>73)</sup> Jones, a. a. O., S. 15; Vaughan, a. a. O., S. 99; Zeitschr. Kartellrundscha, Jg., S. 57; Frankf. Ztg., I. 24. 12. 1910, I. 28. 12. 1910, I. 18. 2. 1910.

<sup>74)</sup> Vaughan, a. a. O., S. 46 ff.

einer Revision unterwarf. Der Zusammenschluß der vier Unternehmungen wurde als gegen das Sherman-Gesetz verstoßend befunden. Das Gericht äußerte sich dahin, daß der Zweck der Vereinbarung die Festsetzung von Preisen, die Ausschaltung des Wettbewerbes und die Unterdrückung von Verbesserungen sei. Das Sherman-Gesetz, meinte das Gericht, sei deshalb nicht unanwendbar, weil die getroffenen Vereinbarungen sich auf Erfindungen beziehen, die durch Patente geschützt sind, denn die von den Kartellmitgliedern getroffenen Vereinbarungen entzögen der Allgemeinheit die Vorteile, die der freie Wettbewerb mit sich bringt. Auch die von den Kartellmitgliedern angestrebte Monopolstellung ging nach der Auffassung des Gerichts über den Bereich dessen hinaus, was durch die Patentgesetzgebung als rechtlich zulässig anerkannt sei.

#### Das Gummireifenkartell<sup>75)</sup>.

Das amerikanische Gummireifenkartell entstand unter der Führung der Rubber Tire Wheel Company. Es umfaßte außer ihr 18 Unternehmungen und beherrschte den gesamten Reifenmarkt fast ausschließlich. Neben Lizenzvereinbarungen wurden auch Preisvereinbarungen getroffen und der Produktionsumfang bis zu einem gewissen Grade kontingentiert. Jeder Lizenznehmer mußte für jene Produktionsquote, die das ihm zuerkannte Kontingent überstieg, eine Abgabe von 20 Prozent ihres Wertes entrichten. War der faktische Umfang der Produktion kleiner als der ihm zugebilligte, so erhielt er 20 Prozent des Wertes rückvergütet. Die Lizenzgebühr wurde auf 4 Prozent des Verkaufspreises der Erzeugnisse festgesetzt und die Hälfte der eingegangenen Lizenzgebühren wurde zur Bestreitung der Geschäftskosten des Kartells verwendet, das den Verkauf der von den Kartellmitgliedern hergestellten Gummireifen übernahm. Ein anderer Teil der an das Kartellorgan abgeführten Lizenzgebühren diente zur Speisung eines Fonds, aus dem an die Kartellmitglieder nach einem bestimmten Schlüssel allmonatlich Rückvergütungen verteilt wurden.

#### Die Consolidated Seeded Raisin Company<sup>76)</sup>.

Im Jahre 1909 übertrugen acht Unternehmungen ihre Patente an eine Treuhandgesellschaft, die Consolidated Seeded Raisin Company und erhielten von dieser Gesellschaft Lizenzen auf die von ihr innegehabten Schutzrechte. Es wurde vereinbart, an Außenseiter nur dann Lizenzen zu erteilen, wenn mindestens die Hälfte der Kartellmitglieder ihre Zustimmung hierzu erteilen würde. Anlässlich einer Klage, die von einem Kartellmitglied gegen die Seeded Raisin Company erhoben wurde, entschied das Gericht den Fall im Sinne des Urteils Bemet & Sons, obzwar zwischen den beiden Streitfällen offenbar ein Unterschied vorlag. Denn in dem Fall Bemet & Sons waren seitens dieser Firma die Schutzrechte an das Kartellorgan unter dem ausdrücklichen Vorbehalt des ausschließlichen Benutzungsrechtes an deren Erfindungsgegenständen zediert worden, wogegen es sich in dem Fall der Consolidated Seeded Raisin Company um einen Vertrag handelte,

<sup>75)</sup> Vaughan, a. a. O., S. 40.

<sup>76)</sup> Vaughan, a. a. O., S. 39.

demzufolge jedes Kartellmitglied nicht nur Anspruch auf Lizenzgewährung für die von ihm in das Kartellorgan eingebrachten, sondern auch auf alle anderen vom Kartellorgan kontrollierten Schutzrechte zugebilligt erhielt. Das Gericht sprach sich in dem Fall der Consolidated Seeded Raisin Company für die Zulässigkeit einer Vereinbarung aus, derzufolge mehrere Patentinhaber ihre Schutzrechte an einen Treuhänder gegen die Verpflichtung übertragen, auf jedes von ihm kontrollierte Patent eine Lizenz zu erhalten.

#### Das Fahrrad- und Motorradnabenkartell<sup>77)</sup>.

Das Fahrrad- und Motorradnabenkartell umfaßte sechs Unternehmungen, die einander zugesichert hatten, sich gegenseitig Lizenzen auf die von ihnen innegehabten Schutzrechte zu gewähren. Das Kartell wurde durch die Entscheidung eines Kreisgerichtshofes vom Jahre 1913 auf Grund des Sherman-Gesetzes für unzulässig erklärt.

#### Das Kinematographenkartell<sup>78)</sup>.

Die Kinematographenindustrie entstand während der letzten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts und in aller kürzester Zeit war schon eine große Anzahl von Patenten für kinematographische Vorführungs- und Aufnahmeapparate erteilt worden. Dieser Umstand bildete selbstverständlich eine starke gegenseitige Hemmung für alle industriellen Unternehmungen, die sich mit der Herstellung solcher Apparate befaßten. Im Jahre 1908 erfolgte ein umfassender Zusammenschluß in der Kinematographenindustrie, der den Zweck verfolgte, gegenseitige Beeinträchtigungen aufzuheben und den Markt zu beherrschen. Das hierzu gegründete Kartell umfaßte nicht nur industrielle Unternehmungen, sondern auch Filmverleihanstalten, Händler von Filmwaren u. a. Gleich bei seiner Gründung schlossen sich in dem Kartell die größten Unternehmungen zusammen, nämlich:

1. Die American Mutoscope and Biograph Company,
2. die Selig Polyscope Company,
3. die Essanay Film Manufacturing Company,
4. die Kalem Company,
5. die Fa. George Klein, das größte Unternehmen, das sich mit dem Export von Filmen befaßte,
6. die Lubin Manufacturing Company,
7. die George Melies Manufacturing Company, die sich mit der Herstellung und Import von Filmen befaßte,
8. die Fa. Pathé Frères,
9. die Vitograph Company of Amerika und endlich
10. die Edison Manufacturing Company.

Die Kartellmitglieder brachten ihre Patente in ein eigens hierzu gegründetes Kartellorgan, die Motion Picture Company, ein, das an jedes Kartellmitglied Lizenzen abgeben sollte. Es wurde auch vereinbart, daß jedes Kartellmitglied im Falle der Kartellauflösung An-

<sup>77)</sup> Vaughan, a. a. O., S. 59.

<sup>78)</sup> Vaughan, a. a. O., S. 49 ff. und 121 ff.; Jones, a. a. O., S. 422; U. S. Court Papers (angegeben bei Vaughan); Zeitschr. Kartellrundscha, Jg. 1916, S. 49.

spruch auf Rückübertragung der von ihm eingebrachten Schutzrechte haben sollte. Diese Patentvereinbarung wurde noch mit einer Reihe weiterer Abmachungen kombiniert, von denen die in den Vereinigten Staaten sehr verbreiteten Exklusivklauseln und Stücklizenzbestimmungen die größte Bedeutung hatten. Die dem Patentkartell beigetretenen Filmverleihanstalten verpflichteten sich, nur an solche Lichtbildtheater Filme zu verleihen, die Vorführungsapparate benutzten, die auf Grund der Patente des Kartellorgans gebaut waren. Damit wurde es für den Außenseiter unmöglich, nach eigenen Patenten gebaute Vorführungsapparate zu verkaufen. Nur nach den Patenten des Kartells hergestellte Filme durften auf den Vorführungsapparaten laufen. An jedem Apparat, der aus den Erzeugungsstätten eines Kartellmitgliedes hervorging, wurde ein Schild mit folgender Inschrift angebracht:

„The sale and purchase of this machine gives only the right to use it solely with moving pictures containing the invention of Reissued Patent Nr. 12.192 leased by a licence of the Motion Picture Patents Company, the owner of the above patent and reissued patent, while it owns said patents and upon other terms to be fixed by the Motion Picture Patents in use and while the Motion Picture Patents Company own said patents. The removal or defacement of this plate terminate the right to use this machine.“

„Motion Picture Patents Company“,  
„New York, N. Y., U.S.A.“

Für die Benutzung eines Vorführungsapparates mußte eine wöchentliche Stücklizenz von Doll. 2.— an das Kartellorgan abgeführt werden. Unter den Kartellmitgliedern erfolgte eine Kontingentierung der Produktion, der Filmeinfuhr usw. Die Motion Picture Patents Company behielt sich gegenüber jedem Benutzer eines kinematographischen Vorführungsapparates das Recht vor, diesem binnen vierzehn Tagen auch ohne Angabe irgend eines Grundes das ihm mit dem Verkauf des Apparates erteilte Benutzungsrecht zu entziehen. Durch die Gründung einer eigenen Filmverteilungsgesellschaft, der General Film Company, gelang es der Motion Picture Patents Company bis zum Jahre 1901, mit einer einzigen Ausnahme, alle Filmverleihanstalten vom Markt zu verdrängen. An das Kinematographenkartell mußten sich bald die meisten Außenseiter anschließen. Sie erhielten vom Kartellorgan Lizenzen auf die von ihm innegehabten Patente, mußten sich jedoch unter anderem verpflichten, ihre Vorführungsapparate nur zu einem bestimmten Preis zu verkaufen und an die Motion Picture Patents Company für jeden von ihnen verkauften Apparat eine Stücklizenz von Doll. 1.— abzuführen.

Eine Streitsache zwischen der Universal Film Company und der Motion Picture Patents Company gab den Gerichten Gelegenheit, sich hinsichtlich der Rechtszulässigkeit der getroffenen Kartellvereinbarungen zu äußern.

Der zuerst angerufene Kreisgerichtshof vertrat die Auffassung, daß die an den Vorführungsapparaten angebrachten Lizenzbedingungen gegen das Clayton-Gesetz verstoßen, da dort bestimmt ist, daß

Vereinbarungen, denen zufolge dem Käufer einer Ware der Geschäftsverkehr mit Wettbewerbern untersagt wird, also alle Exklusivklauseln, rechtsunzulässig sind.

Der Oberste Gerichtshof ließ es dahingestellt, ob die getroffenen Vereinbarungen gegen das Clayton-Gesetz verstoßen, erklärte diese vielmehr auf Grund des Sherman-Gesetzes und dem Sinn der Patentgesetzgebung nach für unzulässig. Damit war die bis dahin oft herangezogene Entscheidung des Falles der Dick Company, derzufolge grundsätzlich alle Arten von Lizenzvereinbarungen gesetzlich erlaubt sein sollten, endgültig umgestoßen und damit der Industrie die Möglichkeit genommen, der amerikanischen Gesetzgebung zum Trotz Kartellvereinbarungen auf Grund von Patenten zu schließen.

#### Bemerkungen.

Nicht nur die Patentkartelle, sondern auch sehr viele Trusts führen ihre Machtstellung im wesentlichen auf außerordentlich fein ausgeklügelte Lizenzsysteme zurück. Es ist vom Schuhmaschinen-trust einmal gesagt worden, daß dessen Lizenzsystem eine bedeutendere Erfindung darstellt, als die beste der von ihm gebauten Maschinen. Trotz der unbestreitbaren Tatsache, daß durch entsprechende Lizenzvereinbarungen die Benutzer von patentierten Erfindungsgegenständen hinsichtlich ihrer Erwerbstätigkeit in weitgehendem Maße vom Patentinhaber bzw. von der Patentkontrollgesellschaft abhängig werden, bietet dennoch das Lizenzsystem bestimmte, nicht zu unterschätzende Vorteile für die gesamte Gesellschaftswirtschaft. Die Inhaber von Schutzrechten verkaufen ihre Erzeugnisse oft zum Selbstkostenpreis, vielfach auch unter diesem, fallweise wurden auch patentierte Erfindungsgegenstände ohne sofortige Gegenleistung veräußert. Die Gegenleistung des Lizenznehmers besteht in diesen Fällen in der Zahlung der Lizenzgebühren und auf diese Weise finanziert die Industrie vielfach die Abnehmer ihrer Erzeugnisse. Dieser Umstand soll in den Vereinigten Staaten viel zur Verbreitung gewisser Maschinen und Vorrichtungen beigetragen haben.

Was die Formen der Patentkartelle betrifft, so weichen diese nicht von den in Deutschland üblichen ab. Das Emailwarenkartell und das Kinematographenkartell beruhten auf mittelbarer, das Gummireifenkartell u. a. auf unmittelbarer gegenseitiger Lizenzabgabe.

Selbstverständlich haben Vereinbarungen über den gegenseitigen Austausch von Erfahrungen und Erfindungen nicht nur in Deutschland und in den Vereinigten Staaten, sondern auch in den Industrien anderer Länder eine gewisse Verbreitung gefunden. In England wurden über den gegenseitigen Austausch von Erfahrungen und Erfindungen in der British Pottery Manufacturers' Association Vereinbarungen getroffen. Dieser Verband bezweckt neben der allgemeinen Interessenvertretung seiner Mitglieder technische Forschung, Regelung von Verkehrsfragen u. a.<sup>79)</sup> Des-

<sup>79)</sup> Marshall, Industry and Trade, 1923, S. 604, nach Supplement to the Times, Dezember 1918.

gleichen werden auch zwischen den Mitgliedern der englischen Cable Makers' Association Erfahrungen und Erfindungen gegenseitig ausgetauscht. Jedes Mitglied dieser Vereinigung, das einen technischen Fortschritt erringt, erhält den aus ihm fließenden Nutzen während einer bestimmten Zeitdauer ausschließlich zuerkannt<sup>60)</sup>. Allem Anschein nach haben Vereinbarungen über technisches Zusammenarbeiten jedoch in England eine wesentlich geringere Verbreitung gefunden als in Deutschland und in den Vereinigten Staaten, und das gleiche gilt auch für Frankreich.

<sup>60)</sup> Marshall, Industry and Trade, S. 607.

## IX. Die monopolistische Tendenz des Patentkartells.

Wenn es hier unternommen wird, auf den Monopolcharakter einer Kartellart einzugehen, so scheint dies mit Rücksicht auf die bisher über diesen Gegenstand erschienenen und zum Teil sehr erschöpfenden Arbeiten dadurch gerechtfertigt, daß die Wirkungen des Patentkartells von denen anderer monopolistischer Verbände in gewisser Hinsicht abweichen.

Die Festsetzung von Preisen durch einen monopolistischen Unternehmerverband wird im allgemeinen durch die Möglichkeit einer Substitution der Verbandserzeugnisse beeinflusst. Steigt etwa der Preis von Kupfer, so wird dieses in verschiedenen Gewerbezweigen durch Aluminium ersetzt werden. Wird umgekehrt der Preis von Aluminium in die Höhe getrieben, so kann dieses bis zu einem gewissen Grad durch Kupfer ersetzt werden. Bei patentierten Erzeugnissen ist die Möglichkeit einer Substitution unwahrscheinlicher als sonst. Der Preisfestsetzung durch einen monopolistischen Unternehmerverband ist daher nach oben hin kaum eine Grenze gesetzt.

Wenn ein Kartell eine Preiserhöhung vornimmt, so werden hierdurch die Gewinnaussichten von Außenseiterunternehmungen gesteigert. Je stärker die Preise durch ein Kartell erhöht werden, desto mehr wird ein bis dahin vielleicht nur latent vorhandener Wettbewerb großgezogen. Unter Umständen führt eine Preissteigerung zur Neugründung von Wettbewerbsunternehmungen. Das Kapital strömt immer in diejenigen Produktionszweige, in denen sich ihm eine möglichst hohe Verzinsung bietet. Diese Tendenz, die zur Ausgleichung der „Profitraten“ führt, wird allerdings in ihrer Wirkung vielfach überschätzt. Das Ab- und Zufließen des Kapitals wird durch dessen Illiquidität, die eine Folge der neuzeitlichen Art der technischen Produktion ist, stark gehemmt. Beim Patentkartell ist die Wahrscheinlichkeit, daß ein bis dahin nicht vorhandener Wettbewerb durch Preissteigerungen geweckt wird, in geringerem Maße vorhanden als sonst. Das Aufkommen von Wettbewerbern ist an die Bedingung geknüpft, daß Erfindungsgegenstände vorhanden sind, um die vom Kartell kontrollierten Erzeugnisse zu ersetzen, und diese Voraussetzung verringert die Wahrscheinlichkeit des Aufkommens von Wettbewerbern eben sehr wesentlich. Nicht ohne Berechtigung wurde daher das Patent als „das Monopol der Monopole“ bezeichnet.

Das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein von Schutzzöllen sowie deren Höhe kann für die Preispolitik eines Kartells von ausschlaggebender Bedeutung sein. Viele Kartelle verdanken ihren Bestand nur dem Vorhandensein von Zollschranken und müßten ihre



Preispolitik aufgeben, wenn vorhandene Zollschranken fortfallen würden. Die Monopolstellung eines Patentkartells ist hingegen von Zollschranken völlig unabhängig. Ausländischer Wettbewerb kann ihm überhaupt nicht erwachsen, weil die Einfuhr und der Verkauf geschützter Erzeugnisse durch die Patentgesetzgebung untersagt sind.

Nach den Wirkungen, die Kartelle auf die Wirtschaft ausüben, muß man zwischen solchen der Rohstoffe und der Halbzeug produzierenden Industrien unterscheiden und solchen, deren Erzeugnisse Fertigwaren sind. Die Preispolitik der ersteren kann leicht darauf hinauslaufen, die Ausfuhr von Fertigwaren unmöglich zu machen, weil eine übermäßig starke Erhöhung der Materialunkosten, die auf die Preise von Fertigwaren überwälzt wird, diese ihrer Wettbewerbsfähigkeit dem Auslande gegenüber beraubt. Preiserhöhungen in den Fertigwarenindustrien werden auf einen ungleich kleineren Kreis von Wirtschaften überwälzt als in den Rohstoffe und den Halbzeug produzierenden Industrien. Die Wirkungen solcher Preiserhöhungen sind daher weniger weittragend. Da das Patentkartell vorzugsweise in den Fertigwaren herstellenden Industrien vorkommt, so hat dessen Preispolitik verhältnismäßig geringere Wirkungen zur Folge als diejenige der Kartelle der Rohstoffe und Halbzeug produzierenden Industrien. Eine gewisse Ausnahmestellung muß man wohl den Patentkartellen der chemischen Industrie einräumen, da deren Erzeugnisse bis zu ihrer endgültigen Konsumtion sich meist noch über einen weiten Kreis von Wirtschaften ausdehnen.

Eine Frage, der man besonders in den Vereinigten Staaten Aufmerksamkeit schenkte, ist die, ob durch Patentkartelle und Patenttrusts der technische Fortschritt gehemmt werde oder nicht. Exakte Untersuchungen sind zur Lösung dieser Frage nicht möglich. Es ist sicher, daß das Streben nach technischem Fortschritt durch das Patentkartell nicht ausgeschaltet wird, doch es mag sein, daß dieses Streben dem freien Spiel der Kräfte gegenüber an Intensität nachläßt. Die Wirkungen, die ein Patenttrust und ein Patentkartell auf den technischen Fortschritt ausüben, sind durchaus nicht die gleichen. In allgemeinen dürfte das Vorhandensein eines Trusts in viel stärkerem Maße auf den technischen Fortschritt hemmend wirken als dasjenige eines Kartells. Hier sollen nur die Wirkungen untersucht werden, die das Kartell auf den technischen Fortschritt ausübt. Durch das Vorhandensein einer Monopolstellung werden jene Kräfte des freien Wettbewerbs, die befruchtend auf den technischen Fortschritt einwirken, teilweise ausgeschaltet. Am vollkommensten geschieht dies dann, wenn so gut wie keine Außenseiter mehr vorhanden sind. Trifft dieser Fall nicht zu, so erfolgt beim Patentkartell noch immer ein Wettkampf zwischen den zusammenarbeitenden Kartellmitgliedern einerseits und den Außenseitern andererseits. Das Vorhandensein von Außenseitern wirkt unbedingt auf den technischen Fortschritt stimulierend ein. Unter der Annahme, daß kein Außenseiter mehr vorhanden ist, das Patentkartell also eine unbedingte Monopolstellung innehat, kann, wenn die Verkaufspreise und der Umfang der technischen Produktion einmal festgesetzt sind, jedes einzelne Kartellmitglied seine Aussichten auf Gewinnerzielung nur durch eine Herabsetzung der Selbstkosten erhöhen; das Streben nach

möglichst hoher Gewinnerzielung wird daher in seiner ganzen Intensität in dem Streben nach größtmöglicher technischer Effektivität, also nach technischem Fortschritt, zum Ausdruck kommen. Da jedes Kartellmitglied für die anderen Kartellmitgliedern erteilten Lizenzen eine Entschädigung in Form von Lizenzgebühren erhält, so kann sich jedes Unternehmen durch die Erlangung wertvoller Patente eine besondere Einnahmequelle erschließen. Fast durchwegs muß der Fall der Kartellauflösung von den Kartellmitgliedern andauernd in Betracht gezogen und mit Rücksicht darauf die Schaffung einer potentiellen Wettbewerbsfähigkeit angestrebt werden, wie sie sich aus der Inhaberschaft von gewerblichen Schutzrechten ergibt. Ob alle diese auf technischen Fortschritt hinwirkenden Einflüsse ihrer Wirkung nach denjenigen des freien Wettbewerbs gleichkommen, muß dahingestellt bleiben. Jedenfalls ist die Reihe von Motiven, die selbst beim Vorhandensein einer unbedingten Monopolstellung auf technischen Fortschritt hinwirkt, mit dem bisher Gesagten nicht vollständig aufgezählt. Durch ein Kartell kann lediglich eine Festsetzung der Preise für die Verbandserzeugnisse erfolgen und deren technische Beschaffenheit bestimmt werden. Die Größe des Umsatzes wird aber durch die Verbraucher angegeben und damit auch die Höhe des Gewinns. Demnach wird das Kartell bestrebt sein müssen, die Preise dermaßen festzusetzen und den Verbandserzeugnissen eine derartige Beschaffenheit zu verleihen, daß die Größe des Umsatzes jenen Wert annimmt, der den Kartellmitgliedern größtmögliche Gewinnaussichten bietet. Der technische Fortschritt wird demnach nicht bloß durch den freien Wettbewerb, sondern auch durch die freie Konsumtionswahl angeregt. Auch wenn in einem Produktionszweig ein unbedingtes Monopol geschaffen wurde, so steht der Monopolist dennoch mit anderen Produktionszweigen um die Kaufkraft seiner Abnehmer im Wettbewerb. Haben Erzeugnisse der Technik infolge ihrer Beschaffenheit keinen genügend hohen Nutzen, um den für ihre Beschaffung erforderlichen Kostenaufwand zu rechtfertigen, so wird die Nachfrage nach ihnen nicht jenen Umfang annehmen, bei welchem deren Produzenten einen optimalen Gewinn erzielen. Endlich muß man, um den Einfluß der monopolistischen Tendenz eines Patentkartells auf den technischen Fortschritt hinreichend zu würdigen, auch den Umstand in Betracht ziehen, daß durch die gegenseitige Erteilung von Lizenzen gegenseitige Hemmungen zwischen Unternehmungen der gleichen Art beseitigt werden, ein Umstand, der sicher auf eine Förderung des technischen Fortschrittes hinwirkt.

Im Anschluß an die obigen Ausführungen scheinen noch einige Bemerkungen über das Monopol im allgemeinen angebracht.

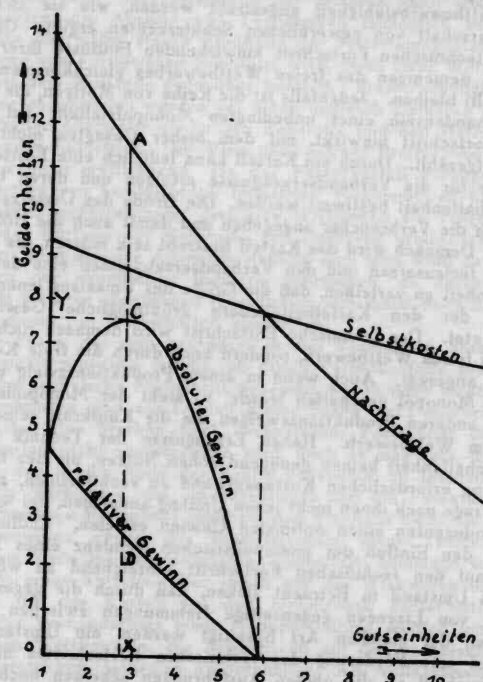
Eine sogenannte Monopoltheorie wurde von Cournot geschaffen und dann von Edgeworth weiter ausgebaut<sup>81)</sup>. Diese Theorie wurde auch von Marshall und Taussig in deren nationalökonomische Systeme aufgenommen<sup>82)</sup>. Ihr Grundgedanke ist sehr einfach. Der Monopolist

<sup>81)</sup> Cournot, Recherches sur les principes mathématiques de la théorie des Richesses, 1838; Edgeworth, Papers relating to Political Economy, 1925.

<sup>82)</sup> Marshall, Principles of Economics, 1922, S. 477; Taussig, Principles of Economics, 1924, Bd. 1, S. 195 ff.

wird bestrebt sein, einen möglichst hohen Gewinn zu erzielen. Dieses Streben wird sich darin äußern, daß er den Umfang der Produktion und die Höhe des Verkaufspreises des monopolisierten Gutes mit Rücksicht auf die Elastizität der Nachfrage dermaßen festgesetzt, daß er einen möglichst hohen Gewinn erzielt.

Die sogenannte Monopoltheorie wurde durch untenstehende Abbildung in graphischer Weise dargestellt. Hierbei wurde die Nach-



fragekurve für das monopolisierte Gut und die Selbstkostenkurve des Monopolisten als gegeben angenommen. Dessen relativer, d. h. auf die Gütereinheit bezogener Gewinn ergibt sich dann aus der Differenz der Ordinaten dieser beiden Kurven. Die Werte der Ordinaten der so erhaltenen relativen Gewinnkurve, multipliziert mit den Werten ihrer Abszissen — dem jeweiligen abgesetzten Produktionsumfang — ergeben die Kurve des absoluten Gewinns. Mit dem Maximalwert ihrer Ordinaten XC ist dann sowohl der Umfang der Produktion YC als auch der Verkaufspreis XA der Gütereinheit bestimmt.

Diese sogenannte Monopoltheorie beruht auf der Voraussetzung, daß das Streben nach Erzielung eines möglichst hohen Gewinns nicht durch Motive außererwerbswirtschaftlicher Natur beeinträchtigt wird; die sich aus dem dargestellten Diagramm ergebenden Werte für den Verkaufspreis und den Produktionsumfang des monopolisierten Gutes sind selbstverständlich nur als Größen anzusehen, nach denen die Entwicklung tendiert. Eine Theorie des Monopols, wie sie eben formuliert wurde, setzt auch voraus, daß das monopolisierte Gut nicht durch ein anderes substituiert werden kann, wenn der Preis für dessen Beschaffung eine gewisse Höhe überschreitet. Sie setzt weiterhin voraus, daß die Nachfragekurve und die Selbstkostenkurve stetige Linien sind, was nicht zutreffen muß. Verschwindend kleine Änderungen hinsichtlich der Preishöhe haben meist nicht entsprechend kleine Änderungen hinsichtlich der Größe der Nachfrage zur Folge, da dieser eine gewisse Trägheit innewohnt, die sich darin äußert, daß es oft ziemlich erheblicher Änderungen in der Höhe der Preise bedarf, um die Nachfrage zu erhöhen bzw. herabzumindern. Auch verschwindend kleine Änderungen in der Höhe des Produktionsumfanges haben meist nicht entsprechend kleine Änderungen in der Höhe der auf eine Gütereinheit entfallenden Selbstkosten zur Folge. Endlich beruht die hier vorgetragene Theorie auf der Voraussetzung, daß der Monopolist für das monopolisierte Gut einen einheitlichen Preis festsetzt, was mitunter nicht zutrifft, da der Monopolist mitunter die Kaufkraft verschiedener Bevölkerungsschichten, bzw. verschiedener Länder, durch verschiedene Preislagen nach Möglichkeit auszunutzen sucht.

Nicht die bisher angeführten Voraussetzungen sind es aber, die der zuvor dargestellten Monopoltheorie wesentlichen Abbruch tun, sondern es ist dies der Umstand, daß sie voraussetzt, daß die Preishöhe des monopolisierten Gutes ohne Einfluß auf die Preise aller übrigen Güter bleibt, bzw. die Abhängigkeit der verschiedenen Güterpreise voneinander nicht beachtet. Ändert der Monopolist den Umfang der Produktion des monopolisierten Gutes und die Höhe des Verkaufspreises, so ändern sich auch die Preise aller anderen Güter, mithin auch seine Selbstkosten. Er ist daher nicht in der Lage, auf Grund des in einem bestimmten Zeitpunkt bestehenden allgemeinen Preisniveaus eine Selbstkostenkurve zu berechnen, die von seinen verschiedenen Preisfestsetzungen unabhängig ist und man kann die Selbstkostenkurve somit nicht als gegeben annehmen. Man kann, wie dies Cassel dargetan hat, die Preise aller Güter nur gleichzeitig berechnen<sup>87)</sup>. Als Ergebnis der vorgetragenen Monopoltheorie kann man nur festhalten, daß ein Monopolist Verkaufspreise und Produktionsumfang dermaßen regeln wird, daß er den größtmöglichen Gewinn erzielt. Damit ist man aber wieder beim Ausgangspunkt der Theorie angelangt und stellt eine Selbstverständlichkeit fest. Eine begrifflich genaue Bestimmung des Monopolpreises vermag diese Theorie nur dann zu geben, wenn die Annahme gerechtfertigt scheint, daß der Preis des monopolisierten Gutes die Preise der anderen Güter nur in vollkommen unwesentlicher Weise beeinflusst, wobei man die Nachfragekurve als Gegebene des Problems aufzufassen hat.

<sup>87)</sup> Cassel, Theoretische Sozialökonomie, 1923, S. 115 ff.

Die bisherigen theoretischen Ausführungen bezweckten ausschließlich, darauf hinweisen zu können, daß die sogenannte Monopoltheorie jedenfalls nur für den Fall des Einzelmonopols, nicht aber für denjenigen des Gruppenmonopols — also des Kartells — anwendbar ist. Bei dem ersteren kann man ein einheitliches Streben nach Erzielung eines möglichst hohen Gewinns voraussetzen, bei dem letzteren hingegen nicht. Durch das Kartell wird zwar der gegenseitige Wettbewerb mehr oder minder vollkommen ausgeschaltet, jede Einzelunternehmung verfolgt aber in seinem Rahmen ihre eigenen Erwerbsinteressen, die sehr oft von denjenigen der anderen Kartellmitglieder wesentlich abweichen. Es geht beispielsweise von den technisch leistungsfähigeren Unternehmungen sehr oft die Forderung nach einer Herabsetzung der Preise aus, um ihren Absatz und damit ihren Gewinn erhöhen zu können. Die technisch minderleistungsfähigen Kartellmitglieder haben hingegen ein Interesse an der Hochhaltung der Verkaufspreise. Die Höhe des Differentialgewinnes, der technisch leistungsfähigeren Kartellmitgliedern infolge der Heranziehung technisch weniger leistungsfähiger Unternehmungen zur Befriedigung der Nachfrage zufließt, bietet ersteren durchaus nicht immer einen genügenden Ersatz für jene Gewinnquote, die von ihnen erzielt werden könnte, wenn die Preise herabgesetzt würden und damit gleichzeitig der Umfang des Absatzes gesteigert werden könnte. Unternehmungen verschiedener technischer Leistungsfähigkeit haben demnach oft genug wesentlich voneinander abweichende Interessen hinsichtlich der Preisbemessung. Die Geschichte der deutschen Kartellbewegung gibt so zahlreiche Beispiele für erbitterte Kämpfe, die im Rahmen von Kartellen ausgefochten wurden, und die Divergenz der Erwerbsinteressen der Kartellmitglieder ist so offensichtlich, daß es wohl keiner weiteren Argumente bedarf, um darzutun, daß das Gruppenmonopol als etwas ganz anderes aufgefaßt werden muß als das Einzelmonopol. Auf diesen Umstand hinzuweisen schien angebracht, weil er bisher nicht die genügende Beachtung fand. Liefmann meint, daß dieselben „Sätze und Grenzen“, die für das Einzelmonopol gelten, „prinzipiell“ auch auf das Gruppenmonopol übertragbar seien und Oppenheimer faßt „privatrechtliche“ monopolistische Zusammenschlüsse als „ökonomische Kollektivperson“ auf<sup>84</sup>).

<sup>84</sup>) Liefmann, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, 1922, Bd. II, S. 87; Oppenheimer, Theorie der reinen und politischen Ökonomie, 1924, 2. Halbband, S. 467 ff.

## X. Schlußbetrachtung.

Die Untersuchung des Patentkartells oder vielleicht besser und allgemeiner gesagt, diejenige einer mehr oder weniger vollkommenen Ausschaltung des gegenseitigen Wettbewerbs in der Sphäre der technischen Produktion, eröffnet neue Wege für die Gestaltung der Wirtschaft und für die Rationalisierung des technischen Produktionsprozesses. Man hat sich bisher einen Einblick in die sich aus einer Ausschaltung des gegenseitigen Wettbewerbs in der Sphäre der technischen Produktion ergebenden Möglichkeiten meist dadurch verbaut, indem man behauptete, daß ein Austausch von Erfahrungen und Erfindungen in bemerkenswertem Umfang überhaupt nicht möglich sei, da jedes Unternehmen eines kartellartigen Verbandes im Hinblick auf dessen Auflösung bestrebt sein müsse, auf technischem Gebiet möglichst wettbewerbsstark zu bleiben, und man mit Rücksicht auf diese Überlegung die Frage des technischen Zusammenarbeitens für „erledigt“ hielt<sup>85</sup>). Wenn auch die Forderung nach möglichst hoher Wettbewerbsfähigkeit im Hinblick auf die Auflösung eines Kartellverbandes eine starke Hemmung gegen einen schrankenlosen Austausch von Erfahrungen und Erfindungen darstellt, so löst das Wirtschaftsleben, wie stets so auch hier, Kräfte aus, die in entgegengesetzter Richtung wirken. Die Notwendigkeit der Rationalisierung des technischen Produktionsprozesses, die unter dem Druck des ausländischen Wettbewerbs stets dringlicher wird, muß Kräfte wirksam machen, die manche der bestehenden Hemmungen zu beseitigen vermögen. Man hat auch die Durchführbarkeit einer Spezialisierung im Rahmen von kartellartigen Verbänden bezweifelt, weil ein spezialisiertes Unternehmen Konjunkturschwankungen, die eine besondere Verschiebung des gesellschaftlichen Bedarfssystems mit sich bringen, in viel größerem Ausmaß unterworfen ist als ein unspezialisiertes Unternehmen. Aber trotz der mit einer Spezialisierung verbundenen Erhöhung des Konjunkturrisikos sehen sich die Unternehmer unter dem Druck machtvoller Notwendigkeiten zu ihr genötigt. Durch gegenseitige Abgrenzung des technischen Arbeitsgebietes fallen aber auch die Hemmungen, die zuvor einem gegenseitigen Austausch von Erfindungen und Erfahrungen im Wege standen, zum größten Teil fort. Viele Unternehmungen haben eine Spezialisierung derart durchgeführt, daß sie wie vor derselben verschiedene Gütergattungen herstellen, sich aber hinsichtlich jeder Gütergattung auf eine geringe Anzahl von Varianten (Typen) beschränken und die Herstellung an-

<sup>85</sup>) Beckerath, a. a. O., S. 47; Mannstädt, Ursachen und Ziele des Zusammenschlusses im Gewerbe, 1916, S. 123.



derer Varianten anderen Unternehmungen überlassen. Auf diese Weise suchte man sich gegen die mit einer Spezialisierung verbundene Erhöhung des Konkurrentenrisikos zu sichern. Auch wenn die Spezialisierung auf diese Weise durchgeführt wird, werden die sonst bestehenden Hemmungen gegen einen Austausch von Erfindungen und Erfahrungen im wesentlichen beseitigt. Was aber den Einwand betrifft, daß ein Austausch von Erfahrungen und Erfindungen im Hinblick auf eine spätere Aufhebung getroffener Kartellvereinbarungen undurchführbar sei, so ist ihm, wiewohl er im allgemeinen zutrifft, doch entgegenzuhalten, daß er in Bezug auf geschützte Erfindungsgegenstände und der mit ihnen gemachten Erfahrungen unhaltbar ist. Mit der Auflösung eines Patentkartells entziehen sich die in ihm vereint gewesenen Unternehmungen die Lizenzen, die sie während seines Bestehens einander erteilt hatten und bewahren mithin ihre volle Wettbewerbsfähigkeit. Auch Erfahrungen, die ein Unternehmen mit einem ihm geschützten Erfindungsgegenstand gemacht und dann an andere Unternehmungen preisgegeben hat, können von diesen nach Auflösung des Patentkartells nicht gegen seine Erwerbsinteressen verwertet werden, weil ihnen das Benutzungsrecht des Erfindungsgegenstandes entzogen wird. Gegen einen Austausch ungeschützter Erfindungen und sich auf sie beziehender Erfahrungen bestehen allerdings ungeheuer starke Hemmungen, die aber auch beseitigt werden können, wenn die zeitliche Stabilität der Kartellvereinbarungen gewährleistet scheint. Diese Voraussetzung dürfte am ehesten bei solchen zwischenstaatlichen Kartellvereinbarungen erfüllt werden, deren Kontrahenten infolge verkehrswirtschaftlicher Verhältnisse, insbesondere von Zollschranken, nicht in Versuchung kommen, gegeneinander in Wettbewerb zu treten. Die jahrelang dauernden Beziehungen von weltwirtschaftlicher Bedeutung, die zwischen der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und der General Electric Company unterhalten werden, geben ein Beispiel dafür, daß auch ein restloser Austausch von Erfindungen und Erfahrungen durchführbar ist.

Eine Beurteilung des Patentkartells kann — wie überhaupt jede wirtschaftswissenschaftliche Beurteilung wirtschaftlicher Maßnahmen und Gestaltungen — nur unter dem Gesichtspunkt der Wirkungen erfolgen, die hierdurch auf die Art der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse entspringen. Ein wirtschaftswissenschaftliches Werturteil kann nur von der Frage ausgehen, ob durch eine wirtschaftliche Maßnahme oder Gestaltung menschliche Bedürfnisse mit einem Aufwand geringerer Mittel als zuvor befriedigt werden können, bzw. ob sie sich mit dem Aufwand gleicher Mittel wie zuvor vollkommener befriedigen lassen. Von diesem Standpunkt aus ist man im allgemeinen zu einer Bejahung des freien Wettbewerbs gelangt und von ihm aus im besonderen zu einer Bejahung seiner Ausschaltung durch monopolistische Zusammenschlüsse, die eine rationellere Gestaltung der Produktion, insbesondere der technischen, möglich machen. Man wird demnach, um ein wirtschaftswissenschaftliches Werturteil über das Patentkartell fällen zu können, von der Frage auszugehen haben, ob die im allgemeinen als schädlich anerkannten Monopolwirkungen, die das Patentkartell mit sich bringt, gegenüber den

vorteilhaften Wirkungen, die es durch eine Rationalisierung des technischen Produktionsprozesses zeitigen kann, wesentlicher oder unwesentlicher einzuschätzen sind. Dabei wird zu beachten sein, daß in der Zeitspanne, in der eine monopolistische Beeinflussung des Marktes angestrebt wird, die Preise niedriger gehalten werden dürften und der technische Fortschritt in stärkerem Ausmaß stimuliert werden dürfte als in der darauffolgenden Zeitspanne, in der eine monopolistische Beeinflussung des Marktes tatsächlich erfolgt. Das Streben nach einer monopolistischen Beeinflussung des Marktes verstärkt die Kräfte des freien Wettbewerbs und läßt sie erst dann erlahmen, wenn die erstrebte monopolistische Marktbeeinflussung auch tatsächlich durchgeführt werden konnte. Mit Rücksicht darauf, daß durch Vereinbarungen über gegenseitige Erteilung von Lizenzen mitunter nur eine Ausschaltung der mit der Institution des gewerblichen Rechtsschutzes verbundenen gegenseitigen Behinderung an der Ausübung gewerblicher Technik angestrebt wird, könnte man die Frage aufwerfen, ob die wesentlichste Zweckbestimmung des Patentkartells in der Beseitigung gegenseitiger Hemmungen liegt, oder in einer gemeinsamen monopolistischen Beherrschung des Marktes. Das Überwiegen der ersten dieser beiden Bestrebungen müßte zu einer günstigen Beurteilung des Patentkartells beitragen, weil die Beseitigung gegenseitiger Hemmungen gleichbedeutend einer Rationalisierung ist. Im allgemeinen kann man jedoch die durch das Patentkartell angestrebte Rationalisierung der technischen Produktion seinem Streben nach einer monopolistischen Beherrschung des Marktes nicht als gegensätzlich gegenüberstellen und die Frage aufwerfen, welche von diesen beiden Bestrebungen die wesentlichere sei, denn beide sind teleologisch miteinander verbunden. Letztes Ziel ist eine Steigerung oder Stabilisierung der Aussichten auf Gewinnerzielung; diesem Zweck dient das monopolistische Machtstreben; alle Rationalisierungsbestrebungen sind nur Mittel zur Erlangung einer wirtschaftlichen Machtstellung. Würde bloß die Beseitigung gegenseitiger Behinderung durch das gewerbliche Schutzrecht angestrebt werden, so wäre es nicht erforderlich, Bestimmungen über den Ausschluß von Außenseitern von der Erteilung von Lizenzen zu treffen, wie dies fast durchwegs geschieht.

Will man eine monopolistische Beeinflussung des Marktes um bestimmter Vorteile willen in Kauf nehmen, so muß man sich fragen, ob ein monopolistischer Zusammenschluß unter Aufgabe der Selbständigkeit ursprünglich selbständiger Unternehmungen nicht geeigneter ist, um eine Rationalisierung durchzuführen, als ein Zusammenschluß selbständig bleibender Unternehmungen unter mehr oder minder vollkommener Ausschaltung des gegenseitigen Wettbewerbs. Es handelt sich also um die Frage: kartellartiger oder konzern- bzw. trustartiger Zusammenschluß, die aber hier nur im Hinblick auf das Patentkartell glossiert werden kann. Gewiß bietet im allgemeinen ein engerer Zusammenschluß unter Aufgabe der Selbständigkeit einzelner Unternehmungen viel eher die Möglichkeit einer Rationalisierung des technischen Produktionsprozesses, schon allein darum, weil hierbei eine Rationalisierung der Werkstattarbeit viel leichter möglich ist als beim Zusammenarbeiten selbständig bleibender Unternehmungen.



gen, durch das vorzugsweise nur der konzeptive Teil des technischen Produktionsprozesses rationalisiert wird. Selbst wenn man aber die großen vertikalen und horizontalen Kombinationen geeigneter hält, um den technischen Produktionsprozeß zu rationalisieren, als die loseren kartellartigen Vereinigungen, so ist es doch unbestreitbar, daß das Kartell ein geeignetes Mittel ist, um aus der zufälligen, historisch entstandenen atomistischen Gliederung eines Industriezweiges zu größeren „organischen“ Unternehmungseinheiten zu gelangen. Die kapitalistische Konzentrationsbewegung, die im Rahmen von Kartellen stattgefunden hat, bietet einen Beweis dafür, daß sich das Kartell zur Lösung dieser Aufgabe eignet. Zugegeben, daß das Kartell den unrationell arbeitenden Betrieb oft dadurch stützt, indem es die Verkaufspreise nach seinen Selbstkosten bemißt, so besteht doch wieder oft das Streben auf Seiten rationeller arbeitender Unternehmungen, unrationell arbeitende auszuschalten; denn eine mit einer Senkung der Verkaufspreise verbundene Erhöhung der Produktionsquote verspricht rationeller arbeitenden Unternehmungen oft einen größeren Gewinn als den ihnen ursprünglich zuteil werdenden Differentialgewinn. Gerade beim Patentkartell ist der Vorwurf der Stützung unrationell arbeitender Betriebe, der dem Kartellgedanken so oft zur Last gelegt wird, kaum gerechtfertigt; denn es werden sich im allgemeinen nur solche Unternehmungen zu gegenseitiger Lizenzerteilung verpflichten, die annähernd auf der gleichen Stufe technischer Leistungsfähigkeit stehen, gewerbliche Schutzrechte annähernd gleichen Wertes innehaben. Werden aber aus bestimmten Gründen Unternehmungen in ein Patentkartell aufgenommen, die nur über geringwertigere Schutzrechte verfügen, so werden sie durch die Erteilung von Lizenzen in die Lage versetzt, rationeller zu arbeiten. Durch das Patentkartell wird somit das unrationell arbeitende Unternehmen rationalisiert. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß das Kartell in seinem Rahmen einander unidentische Erwerbsinteressen zusammenschließt, und daß die Spannungen, die sich aus dem Widerstreit der zusammengeschlossenen Erwerbsinteressen ergeben, in gewisser Hinsicht die Kräfte des freien Wettbewerbs ersetzen, insbesondere auf eine Rationalisierung des technischen Produktionsprozesses hinwirken. Die Frage, ob die kapitalistische Kombination oder das Kartell geeigneter ist, um eine Rationalisierung des technischen Produktionsprozesses durchzuführen, ist nach alledem nicht ohne weiteres zu Gunsten der ersten Art des Zusammenschlusses zu beantworten. Man wird im allgemeinen wohl sagen müssen, daß in dem einen Fall diese, in dem anderen Fall jene Art des Zusammenschlusses hierzu geeigneter ist. Welcher Weg im Sonderfall im Interesse der Wirtschaftsgesellschaft zweckmäßigerweise beschritten werden muß, hängt davon ab, ob nur „Kartellierungsreife“ oder schon „Konzernreife“ in dem betreffenden Industriezweig vorhanden ist, hängt von dem Stand der Technik und einer großen Zahl anderer Umstände ab.

## Literaturverzeichnis.

### A. Sozialökonomik.

#### I. Theoretische Sozialökonomik.

- Carver, Principles of National Economy, 1921  
 Cassel, Theoretische Sozialökonomie, 1923.  
 Cournot, Recherches sur les principes mathématiques de la théorie des Richesses, 1838  
 Edgeworth, Papers relating to Political Economy, 1925  
 Liefmann, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, 1922  
 Marshall, Principles of Economics, 1922  
 Oppenheimer, Theorie der reinen und politischen Ökonomie, 1924  
 Schäffle, Die nationalökonomische Theorie der ausschließlichen Absatzverhältnisse, 1867  
 Taussig, Principles of Economics, 1924

#### II. Politische Sozialökonomik.

##### 1a) Deutsche Kartellliteratur.

- Aschrott, Die amerikanischen Trusts als Weiterbildungen der Unternehmerverbände, 1889.  
 Baumgarten und Meszlény, Kartelle und Trusts, 1906.  
 Beckerrath, Zwangskartellierung oder freie Organisation in der Industrie, 1918.  
 Calwer, Kartelle und Trusts, 1906.  
 Dejon, Die Kartellbildung in der Dampfkessel- und Apparate bauenden Industrie, 1925 (Diss. Rostock).  
 Deumer, Industrielle Genossenschaften, 1920.  
 Entscheidungen des Reichswirtschaftsgerichts und des Kartellgerichts.  
 Ettinger, Die Regelung des Wettbewerbes im modernen Wirtschaftsleben, 1905.  
 Flechtheim, Deutsches Kartellrecht, 1912.  
 Franz, Die industriellen Syndikate und Kartelle, 1902.  
 Großmann, Über industrielle Kartelle, 1891 (Schmollers Jahrbücher, 15. Jahrg. Heft 1).  
 Harnisch, Die Kartellierungsfähigkeit der Maschinenindustrie, 1919 (Diss. Heidelberg).  
 Huber, Die Kartelle, 1903.  
 Isay, H. Die Patentgemeinschaft im Dienst des Kartellgedankens, 1923.  
 Isay, R. Studien im privaten und öffentlichen Kartellrecht.  
 Isay, R. und Tschierschky, Die Kartellverordnung, 1925.

- Kantorowicz, Zur Psychologie der Kartelle, 1904.  
 Kleinwächter, Die Kartelle, 1883.  
 Kontradiktorische Verhandlungen über Kartelle, 1904.  
 Kretschmar, Die Kartellbewegung in der chemischen Industrie, 1921 (Diss. Heidelberg).  
 Liefmann, Kartelle und Trusts, 1924.  
 Die Kartelle in und nach dem Kriege, 1918 (Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung).  
 Die Unternehmerverbände, 1898.  
 Die Allianzen usw. (Jahrb. f. Nationalök. u. Stat. III. F., Bd. 30).  
 Mannstaedt, Ursachen und Ziele des Zusammenschlusses im Gewerbe mit besonderer Berücksichtigung der Kartelle und Trusts, 1916.  
 Nicklisch, Der Kartellbetrieb, 1909.  
 Polysius, Verbandsbestrebungen im deutschen Maschinenbau (Diss.)  
 Pohle, Die Kartelle der gewerblichen Unternehmer, 1898.  
 Rothschild, Kartelle, Gewerkschaften und Genossenschaften, 1912.  
 Rottenburg, Die Kartellfrage in Theorie und Praxis, 1905.  
 Schönkank, Die Kartelle, 1890 (Arch. f. soz. Gesetzgeb. u. Stat.).  
 Sievers, Das industrielle Kartellwesen, 1912.  
 Singer, Das Land der Monopole: Amerika oder Deutschland? 1913.  
 Steinmann-Bucher, Ausbau des Kartellwesens, 1902.  
 Troeltsch, Die deutschen Industriekartelle vor und seit dem Kriege, 1916.  
 Tschierschky, Kartelle und Trusts, 1903.  
 Zur Reform der Industriekartelle, 1921.  
 Das Problem der staatlichen Kartellaufsicht, 1923.  
 Zeitschrift Kartellrundschau (hg. v. Tschierschky).

#### 1b) Ausländische Kartellliteratur.

- Cassa, I Sindacati Industriali, 1901.  
 Cassola, I Sindacati Industriali, cartelli, pools, trusts, 1905.  
 Hauser, Les méthodes allemandes d'expansion, 1906.  
 Jones, E. The trust problem in the U.S.A., 1922.  
 Jones, F. Trade association activities and the law, 1922.  
 Laur, De l'accaparement, 1903.  
 Palmer, Private companies and syndicates, 1903.  
 Pantaleoni, Alcune osservazioni sui sindacati e sulle leghe (Giorn. degli Economisti), 1903.  
 Walker, History of the Sherman-Law, 1910.

#### 2. Verschiedenes.

- Beckerath, Ziele, Kräfte und Gestaltungen in der deutschen Industriewirtschaft, 1924.  
 Daeves, Großzahlforschung, 1924.  
 Damm, Geschichte der „Hütte“.  
 Fasolt, Die sieben größten deutschen Elektrizitätsgesellschaften, 1904.  
 Geiler, Gesellschaftliche Organisationsformen des neueren Wirtschaftsrechts, 1922.  
 Goebel, Selbstverwaltung in Technik und Wirtschaft, 1921.  
 Koch, Die Konzentrationsbewegung in der deutschen elektrotechnischen Industrie, 1907.  
 Kreller, Die Entwicklung der elektrotechnischen Industrie, 1903.

- Liefmann, Die Unternehmungsformen, 1923.  
 Marshall, Industry and Trade, 1923.  
 Peters, Die Geschichte des Vereins Deutscher Ingenieure, 1912.  
 Riedler, Emil Rathenau und das Werden der Großwirtschaft, 1916.  
 Schlesinger, Über Normung, Typung und Spezialisierung. (O. J.)  
 Schultze, Die Entwicklung der chemischen Industrie in Deutschland, 1908.  
 Tross, Der Aufbau der Eisen- und eisenverarbeitenden Industriekonzerne Deutschlands, 1923 (Diss. München).  
 Ufermann und Hüglin, Die A.E.G., 1922.

#### B. Patentwesen.

- Allfeld, Grundriß des gewerblichen Rechtsschutzes, 1910.  
 Bolze, Aus dem Patentrecht, 1909.  
 Damme, Der Schutz technischer Erfindungen als Erscheinungsform moderner Volkswirtschaft, 1910.  
 Damme und Lutter, Das deutsche Patentrecht, 1925.  
 Du Bois Reymond, Erfindung und Erfinder, 1906.  
 Isay, H. Das Patentgesetz, 1926 (1922).  
 Kandler, Der staatliche Erfindungsschutz im Lichte moderner Nationalökonomie, 1914.  
 Kohler und Mintz, Die Patentgesetze aller Völker, 1909.  
 Kühl, Patentrecht und chemische Industrie, 1914.  
 Osterrieth, Lehrbuch des gewerblichen Rechtsschutzes, 1908.  
 Vaughan, Economics of our Patent System, 1925.  
 Witt, Die deutsche chemische Industrie und ihre Beziehungen zum Patentwesen, 1893.

COLUMBIA UNIVERSITY



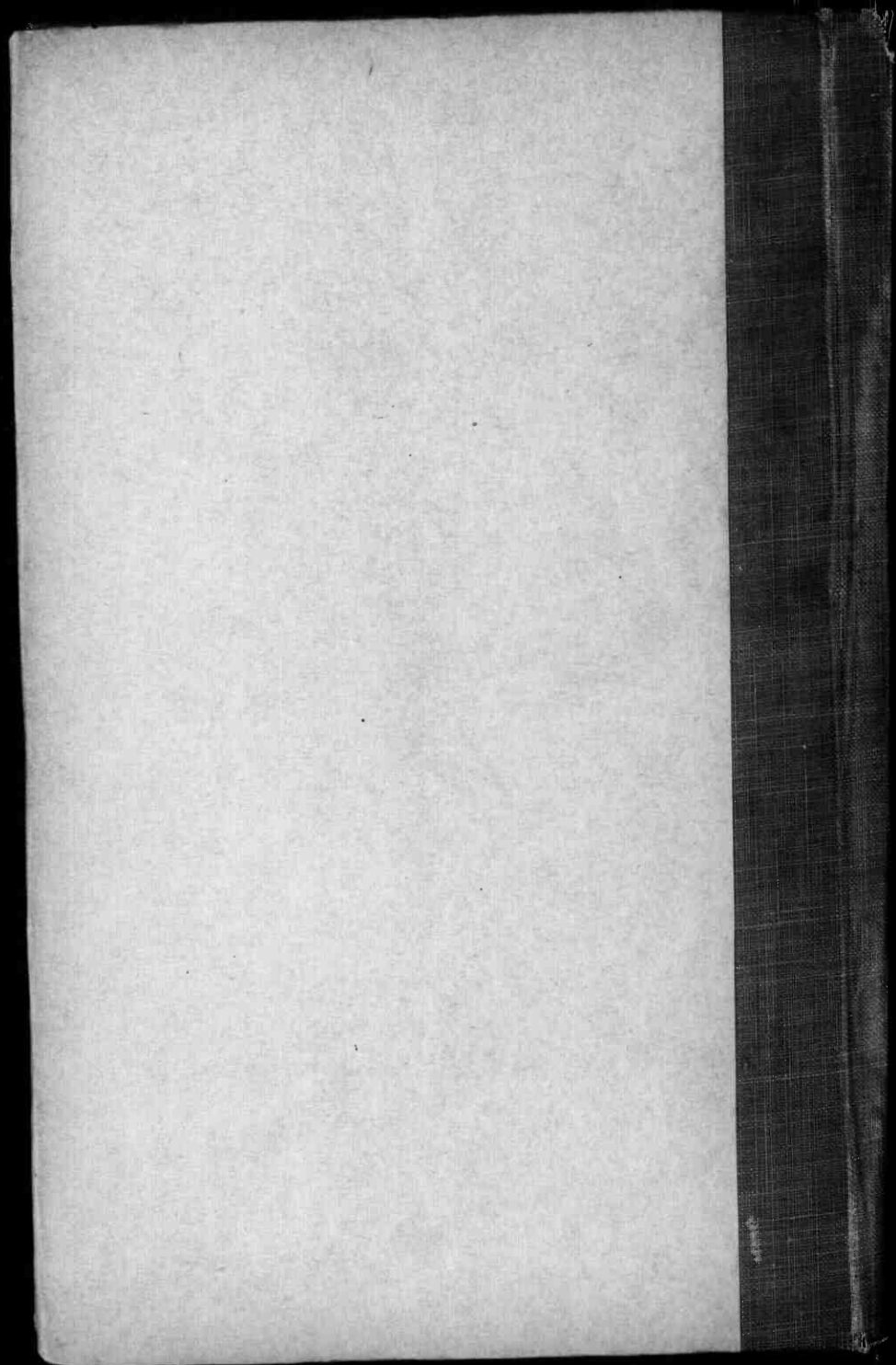
0032057970

NEH

MAR 2 8 1994

MSH 00982

JAN 6 1931





*END OF  
TITLE*